

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis dreimonatlich: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenfremdenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilung täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Ertrag der Landwirtschaft.

I.

Die Dreifachheit der Agrarier steigt von Tag zu Tag. Auf der letzten Versammlung des Bundes der Landwirte haben diese Herren das deutsche Volk geradezu verhöhnt. Es ist eine alte Erfahrung, daß man den Sklaven verachtet, den man ausbeutet — und die Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Agrarier ist riesenhaft angestiegen. Ein Großgrundbesitzer ist es, der diese Tatsache offen zugesteht: ein Herr S. v. Chlapowski tritt im Februar-Fest der „Preussischen Jahrbücher“ gegen die bäuerliche Kolonisation im Osten auf und zeigt, in welchem enormen Maße die Grundrente in den letzten Jahren gestiegen ist. Die Angaben des Herrn v. Chlapowski beruhen auf eigenen Erfahrungen und Ermittlungen. Es wird daher den Agrariern schwer fallen, diese zu bestreiten. Dabei ist er ein Standesgenosse der Agrarier, der mit seinen Enthüllungen nur deshalb hervorgetreten ist, weil er beweisen will, daß die Fortsetzung der Ansiedlungspolitik in Posen einer kostspieligen Entwertung des Grund und Bodens gleicht. Diese Seite seiner Darlegungen interessiert uns jedoch, die wir die entschiedensten Gegner dieser Ansiedlungspolitik sind, nicht; um so wertvoller sind für uns seine allgemeinen Angaben, die die tatsächlichen Verhältnisse ohne Rücksicht auf diese Seite der Ansiedlungspolitik beleuchten. Und diese Tatsachen verurteilen nicht allein die Ansiedlungspolitik, sie verurteilen die gesamte Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, für die Chlapowski selbst eintritt.

Von Chlapowski berechnet, in welchem Maße die gestiegenen Getreidepreise den Bodenertrag erhöhten. Die bessere Verarbeitung des Bodens hat den Ertrag von 8 Zentnern auf 10 Zentner pro Morgen erhöht. Der Wirtschaftsverbrauch (Saat, Düngemittel, Futtermittel) beträgt ungefähr 6 Zentner pro Morgen. Der Reinertrag stellte sich also früher auf 2 Zentner, heute auf 4 Zentner. Jene 2 Zentner brachten vor einigen Jahren zirka 6 M. pro Zentner; für heute legt Chlapowski den Getreidepreis auf 7,5 M. an (in Wirklichkeit beträgt der Getreidepreis heute 9,5 M.). Nach Chlapowski ergab sich früher ein Reinertrag von 12 M., in den letzten Jahren aber ein solcher von 30 M., also 18 M. mehr. Dazu tritt noch die größere Strohernte, die ungefähr mit dem Doppelten der Körnerernte zu berechnen ist, also 4 Zentner ergibt, zum Preise von 1 M. pro Zentner. Wir erhalten somit 18+4=22 M.

Die gestiegenen Produktionskosten berechnet Chlapowski auf zirka 6 M. Andererseits sind die Wirtschaftskosten durch bessere Verkehrsmittel nicht unbedeutend herabgesetzt worden. Nimmt man aber trotzdem jene 6 M. voll an, so beträgt die Differenz immer noch 22-6=16 M. pro Morgen. Rechnet man auch noch 5 M. für künstliche Düngemittel ab, so verbleiben 11 M. als erhöhter Betrag pro Morgen.

Da der frühere Reinertrag sich auf 12 M. stellte, so hat sich der Gewinn der Landwirte fast verdoppelt. Chlapowski nimmt aber einen sehr niedrigen Getreidepreis an, in Wirklichkeit ist der Gewinn auf das Anderthalbfache, oft gar auf das Zweifache und Dreifache gestiegen. Er führt selbst Beispiele an, die dies beweisen.

Ein Gut G., Kreis Kosten, von 1873 bis 1909 in der Hand eines Besitzers, 663 Hektar groß, erhielt bis 1906 an Kapitalzuwendungen rund 340 000 M. Die Durchschnittserträge von 1873 bis 1902 betragen 28 M. pro Hektar, für die Periode 1902 bis 1907 dagegen 98 M. pro Hektar.

Dieses Beispiel ist um so beachtenswerter, als dadurch die Behauptung Chlapowskis, die Bodenpreise seien infolge der Intension des Betriebes gestiegen, gründlich widerlegt wird. Denn die Kapitalaufwendung von durchschnittlich 518 Mark pro Hektar konnte doch nicht den Reingewinn mehr als verdreifachen!

Dieses Beispiel sieht auch nicht allein. „Für jeden Kenner der Verhältnisse ist es eine bekannte Tatsache“, sagt der Verfasser, „daß analoge Beispiele in Posen-Beispielen keine Seltenheit bilden.“

Dasselbe läßt sich auch im ganzen Reich konstatieren, indem mit der neuen Schutzollära, verstärkt durch die allgemein preissteigende Tendenz auf dem Weltmarkt, für die Großgrundbesitzer eine goldene Zeit heranbricht.

Ein anderes Beispiel beleuchtet das Ansteigen des Reinertrages in den letzten Jahren. Ein Gut von 414 Hektar ergab einen Reinertrag pro Hektar:

1904/5	84,62 M.
1905/6	209,45
1906/7	123,64
1907/8	156,58
1908/9	146,92
1909/10	148,84
1910/11	178,60
1911/12	269,81

Der Reinertrag ist hier auf das Zwei- bis Dreifache allein im letzten Jahrzehnt angestiegen.

Ein weiteres Gut im Kreise Posen-West, 450 Hektar groß, ergab 1902/3 einen Reinertrag von 91,73 M. pro Hektar, 1909/10 einen solchen von 197,09 M. Was Wunder, wenn die Bodenpreise, die sich im Zeitraum von 1886 bis 1898 auf einem ziemlich gleichen Niveau gehalten haben, seit 1902

rapid zu steigen beginnen. Der niedrigste durchschnittliche Bodenpreis fällt in das Jahr 1894 — er betrug 573 M. pro Hektar oder 59 M. für 1 M. Grundsteuerreinertrag. Im Jahre 1906 betrug der Durchschnittspreis schon 1388 M. pro Hektar und 138 M. für 1 M. Grundsteuerreinertrag, mithin das Doppelte des 1894 gezahlten Preises. Seitdem ist der Bodenpreis noch weiter gestiegen.

Nun behaupten die Agrarier, daß die Steigerung der Getreidepreise durch die Steigerung der Löhne verursacht sei, daß auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ein großer Teil des Mehrertrages fällt. Diese Behauptung wird durch die Feststellungen Chlapowskis aufs glänzendste widerlegt.

Zunächst beweist er, daß die Löhne in der heutigen kapitalistischen Agrarkultur nur noch eine geringe Rolle spielen. Er schätzt die Kosten der menschlichen Arbeit bloß auf 30 M. pro Morgen für einen intensiven Betrieb, deren Gesamtkosten sich auf 60 M. stellen. Die Arbeitslöhne machen also heute bloß ein Drittel der Gesamtkosten aus. Außerdem haben wir schon gesehen, daß trotz des Anstieges der Löhne und der anderen Kosten der Reinertrag sich gewaltig erhöht hat. Folglich vermag die Steigerung der Löhne die Rentabilität nicht zu vermindern.

Lesst man agrarische Schriftsteller, so findet man gewöhnlich phantastische Löhne, die jetzt gezahlt werden. Nach Chlapowski, der doch gewiß nicht ein Arbeiteragitator ist, war der Tagesverdienst eines Anechts vor 15 bis 20 Jahren 1,7 M., heute 2,8 M.; eines Scharwerkers 0,37 früher und heute 0,55 M. Der Arbeitslohn ist also in 15 bis 20 Jahren nur etwa 35 Proz. gestiegen, während sich der Reingewinn verzweifelt bis verdreifacht hat.

Daraus ergibt sich, in welchem steigendem Maße die Agrarier aus der jetzigen Leuerung Nutzen ziehen, wie sie immer noch den Arbeitern wahre Hungerlöhne zahlen und die große Masse der Bevölkerung immer mehr ausbeuten. Warum sollen sie diese nicht auch noch erhöhen?

Chlapowski ist also ausgezogen, die Ansiedlungspolitik der Regierung zu bekämpfen und hat die himmelschreiende Tatsache der unglaublichen Ausbeutung des gesamten Volkes durch den Großgrundbesitz aufgedeckt. Er wolle die preussische Regierung treffen und verurteilen den gesamten Großgrundbesitz.

## Der König von Griechenland ermordet.

König Georg I. von Griechenland ist am Nachmittag des 18. März von einem Rißbergkniggen namens Schimas durch einen Revolveranschlag tödlich verletzt worden, so daß er kurze Zeit darauf verstarb. Die Kugel traf den 63jährigen König gerade in dem Jubiläumsjahr seiner 50jährigen Regierung, gerade in der eroberten Stadt Saloniki. Ueber die Motive des Mörders ist noch nichts festgestellt worden. Während man anfangs vermutete, daß irgendein bulgarischer Verschwörer das Attentat begangen habe, da ja bekanntlich auch Bulgarien auf Saloniki spekuliert, meldeten die späteren Telegramme, daß der Mörder ein Geistesgestörter sei, der sich selbst einen Sozialisten nenne.

Welche Gefühle dem Mörder die Waffe in die Hand gedrückt haben, vermag also einzuweilen nicht festgestellt zu werden, ebensowenig ob es sich wirklich um einen Geistesgestörten handelt oder um einen jener politisch Rißbergkniggen, deren es in Griechenland viele Tausende gibt. Denn wenn jetzt auch der siegreiche Eroberungszug gegen die Türken dem Hofe und der Regierung in der letzten Zeit wieder einige Popularität verschafft hatte, so darf doch nicht vergessen werden, daß die griechische Geschichte der letzten Jahrzehnte, insbesondere auch der letzten Jahre, eine ununterbrochene Kette von politischen Konflikten und Aufständen darstellt. Daß es sich dagegen um das Attentat eines bewußten Sozialisten handeln könnte, wird weder von griechisch-offiziöser Seite selbst behauptet, noch von solchen Kreisen, die mit den Verhältnissen Griechenlands vertraut sind. Ist doch der Sozialismus in Griechenland noch außerordentlich schwach entwickelt, während sich umgekehrt alle möglichen Elemente, die mit den sozialistischen Ideen selbst sehr wenig zu tun haben, „sozialistisch“ nennen mögen. Das denunziatorische Scharmachgeheul der „Post“ und der „Deutschen Tageszeitung“ nimmt sich deshalb nur lächerlich aus!

Der ermordete König bestieg im Jahre 1888 den Thron, nachdem im Jahre zuvor der aus dem bayerischen Königshaus stammende König Otto entthront worden war. Der neue König Georg, der bei seiner Thronbesteigung erst 18 Jahre zählte, stammte aus dem dänischen Königshaus und vermählte sich 1867 mit der russischen Großfürstin Olga. Sein im Jahre 1868 geborener erster Sohn Konstantin, der jetzige Thronerbe, ist durch seine Heirat mit einer Tochter des Kaisers Friedrich mit Wilhelm II. verschwägert.

Innerhalb der ganzen 30 Jahre seiner Regierung hat sich König Georg kaum einmal seiner Krone völlig sicher fühlen können, denn ständige Finanzkalamitäten, ewige Ministerkrisen, unglückliche Kriege und wiederholte Revolutionenversuche liehen ihn bis in die allerneueste Zeit hinein nicht zur Ruhe kommen. Georg I. ist sogar schon einmal das Objekt eines Attentats gewesen, das damals freilich harmlos verlief. Als 1897 Griechenland im türkisch-griechischen Kriege eine schwere Niederlage erlitten hatte, war nicht nur die Stimmung des Volkes, sondern vor allen Dingen auch die der Armee gegen den König und den Kronprinzen, die die Führung des Krieges innegehabt hatten, eine außerordentlich erbitterte. Zwei griechische Unteroffiziere unternahmen am 28. Februar 1898 mit ihren Dienstgewehren jenes Attentat, aus dem der König völlig

unverletzt hervorging, das ihm aber vielleicht in dieser äußerst gespannten Situation gerade die Krone rettete.

Aber auch in der folgenden Zeit war die Situation des Königs keineswegs eine rosig. So brach im Jahre 1900 eine Offiziersrevolte, namentlich eine Erhebung der Flotte gegen das Königshaus aus, die nur mit Mühe und Not halbwegs unterdrückt werden konnte. Im Jahre darauf kam es wieder zu einem Bauernaufstand in Thessalien, indem die in unsäglich traurigen Verhältnissen sich befindenden Bauern sich jener Kalfundien bemächtigten, deren Verteilung an die Bauern von der Regierung zwar in Aussicht gestellt worden war, aber aus Finanzschwierigkeit immer wieder hinausgeschoben wurde. Immer wieder aber vermochte sich der König durch geschicktes Vabieren zu retten, so auch dadurch, daß er während der letzten großen politischen Krise den gerissenen kritischen Führer Venizelos zum Ministerpräsidenten machte. Den letzten Rettungsanker bildete dann die panhellenische Bewegung und der Eroberungskrieg gegen die Türkei. Mit größerem Glanz als im Jahre 1897 beteiligte sich die griechische Armee unter der Führung des Kronprinzen und des Königs an dem Vorstoß der vereinigten Balkanstaaten gegen die Türkei. Es gelang Griechenland, Saloniki zu erobern und auch in Südbalkanien siegreich vorzudringen; ist doch auch die Stadt Janina vor kurzem gleichfalls zur Kapitulation gezwungen worden. So tragisch es ist, daß der König nach 50jähriger Regierung gerade in einem Augenblick niedergetreten wurde, als er sich auf der Höhe seines Triumphes fühlte, so kann doch in gewissem Sinne von einer rührenden Remeis gesprochen werden. Haben die griechischen Truppen doch gerade in Saloniki in der barbarischsten Weise gegen die Türken und türkenfreundlichen Juden gehaßt!

Der Kronprinz Konstantin hat sich bereits von seinem Bruder zum König ausgerufen und die Offiziere den Treueid leisten lassen. Vielleicht ist seine Situation gerade durch das Attentat eine um so günstigere geworden, wenn auch nicht bekannt werden kann, daß die aus der neuen Bestattung der Balkanverhältnisse zweifellos erwachsende Eifersüchtelei der Balkanstaaten untereinander das Jhrige dazu beitragen wird, die schwierigen inneren Verhältnisse noch schwieriger zu gestalten.

### Wie das Attentat vor sich ging.

Saloniki, 19. März. (Meldung der Agence Havas.) Als König Georg gestern nachmittag um 3 1/2 Uhr das Palais seines Sohnes, des Prinzen Nikolaus, in Begleitung seines Adjutanten Oberst Frangudis verlassen hatte, um seinen gewohnten Spaziergang zu machen, feuerte ein Individuum aus nächster Nähe einen Revolveranschlag auf den König ab. Die Kugel durchbohrte den König vollständig. Der König, der in das Herz getroffen war, stürzte in die Arme seines Adjutanten und wurde mit Hilfe von zwei herbeigeeilten Soldaten in einen Wagen getragen und nach dem benachbarten Militärhospital gebracht, verstarb jedoch bereits im Wagen. Generäle und Offiziere aller Grade eilten in das Hospital, wo der Militärarzt Dr. Frangudis den König untersuchte und den Tod kundgab und den Treueid für König Konstantin abnahm. Prinz Nikolaus ist allein von der königlichen Familie hier anwesend. — Der Verbrecher macht einen geistesverwirrten Eindruck und gibt ausweichende Antworten. Der Minister Makrisan erließ als Vertreter der Regierung eine Proklamation an das Volk, in der er ihm die Trauerbotschaft kundgibt und von dem dem Könige Konstantin geleisteten Treueid Mitteilung macht.

Athen, 19. März. Augenzeugen des Attentats berichten noch folgende Einzelheiten: Der Mörder hielt sich an der Ecke der Treinigkeit und der Feldstraße bei dem Polizeikommissariat verborgen. Der König lehrte von seinem Spaziergang zurück und ging auf den Palast zu. Als er die Straße überquerte, schoß der Attentäter auf zwei Schritt Entfernung aus seinem Revolver auf ihn. Beim ersten Schusse wollte Flügeladjutant Oberst Frangudis seinen Revolver ziehen; sofort richtete der Mörder die Waffe gegen ihn, aber sie verlagte. Die beiden kritischen Gendarmen, die dem Könige folgten, stürzten sich auf den Mörder, der jetzt keinen Widerstand mehr leistete. Soldaten kamen den Gendarmen zu Hilfe. Als der Mörder festgenommen war, wandte der Adjutant sich nach dem Könige um, den er unerleuchtet glaubte, aber der König war halb bewusstlos zu Boden gesunken und mußte in einen Krankenwagen gebracht werden; er konnte kein Wort mehr sprechen. Soldaten trugen ihn zum Hospital. Bei dem Mörder wurden Revolverpatronen gefunden; er soll einige Jahre im Auslande gelebt haben und nach der Besetzung von Saloniki durch die Griechen dorthin gekommen sein.

## Der Balkankrieg.

Die türkischen Votchsaster für die Friedensbedingungen. Konstantinopel, 19. März. (Meldung des Wiener f. f. Tel.-Korr.-Bur.) Nach Berichten, die der Pforte von ihren Votchsastern zugegangen sind, waren die von der Votchsastertkonferenz in London ausgearbeiteten Friedensbedingungen für die Türkei annehmbar. Die Bedingungen, die noch nicht endgültig formuliert seien, würden demnächst der Pforte notifiziert werden.

Bulgariens Stellung zu dem Vermittlungsvorschlag der Mächte. London, 18. März. Das neutrale Bureau erfährt von bulgarischer Seite, daß der Vorschlag der Mächte, die Linie Enos-Ridja, als neue türkisch-bulgarische Grenze einzusetzen, anstatt der von den Balkanverbündeten vorgeschlagenen Linie Rodosto-Ridja für fast unmöglich



angesehen werde. Als Bulgarien Rodosto-Midia als neue Grenze vorschlug, sei es nicht von politischen Erwägungen beeinflusst worden. Bulgarien habe diese Linie für dringend notwendig gehalten im Hinblick auf den ausgedehnten Handel Bulgariens mit Konstantinopel und Kleinasien. Es habe sie auch aus militärischen Gründen gewählt wegen der verhältnismäßigen Kürze der Grenze vom Schwarzem Meer zum Marmarameer, deren Verteidigung weniger Truppen erfordere als die Linie über Enos. Der Hauptgrund sei jedoch der, daß die von Europa vorgeschlagene Linie so nahe der Eisenbahn Adrianopel-Debagatsch laufe, daß sie diese so wichtige Verbindung ernstlich bedrohe. Außerdem würde die Annahme der vorgeschlagenen Grenze die Zurückziehung eines großen Teils der bulgarischen Armee aus den jetzt besetzten Städten notwendig machen und diese Gegenden den Türken überliefern, was eine schwere Gefahr für die Bevölkerung dieser Orte sein würde. Vom bulgarischen Standpunkte aus sei es schwierig einzusehen, aus welchem Grunde die Mächte so sehr gegen die Linie Rodosto-Midia seien.

#### Oesterreichische Versimmung gegen Montenegro.

Wien, 19. März. In der Anhaltung eines Dampfers vor San Giovanni di Medua meldet das „Neue Wiener Abendblatt“, daß es sich um den Dampfer „Skobra“ der Ungarisch-Kroatischen Schiffahrtsgesellschaft handle. Die bisherigen Nachrichten über den Vorfall deuteten auf eine ernste Verletzung des Völkerrechts hin.

Wien, 19. März. Die Abendblätter besprechen das Bombardement von Sutari, welches nicht nur den Fortifikationen, sondern auch der wehrlosen Stadt und der Zivilbevölkerung zu gelten schien und bereits schweren Schaden angerichtet hat, in sehr ernster Weise. Außer den früher genannten Gebäuden sollen auch das österreichisch-ungarische Waffenhaus nahezu vollständig und das Franziskanerkloster teilweise zusammengebrochen worden sein. Es wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Montenegriner mit dem Bombardement eine Stadt zerstören wollen, von der sie wissen, daß sie niemals ihr Eigentum werden könne. Eine gleich ernste Beurteilung findet der Zwischenfall von San Giovanni di Medua. Einige Blätter geben der Meinung Ausdruck, daß diese Vorkommnisse zu einem ernstlichen Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro führen könnten. Wie die „Reichspost“ erzählt, steht ein energischer Schritt Oesterreich-Ungarns zur Wahrung seiner Interessen an der Westküste Albanien gegenüber dem eklatanten Bruch des Völkerrechts durch die Kriegführenden bevor. Der Gesandte in Cetinje sei beauftragt, bei der montenegrinischen Regierung energisch zu intervenieren und sein Verzicht soll für die weiteren Entschlüsse Oesterreich-Ungarns entscheidend sein.

#### Eine österreichische Flottendemonstration an der albanischen Küste?

Frankfurt a. M., 19. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Wien: Nach Verhandlung mit Italien sind heute zwei Divisionen des Geschwaders in Pola mit der Bestimmung nach der albanischen Küste aufgetaucht.

#### Montenegro befreit die österreichischen Vormürde.

Cetinje, 19. März. Von amtlicher montenegrinischer Seite wird die Meldung eines Wiener Blattes, daß montenegrinische Truppen einen österreichischen Dampfer im Hafen von San Giovanni di Medua am Ufer der Baren gehindert und die Matrosen mit dem Tode bedroht hätten, als durchaus unrichtig bezeichnet.

#### Wieder ein serbisches Dementi.

Belgrad, 19. März. Die Nachrichten der Blätter über die Erschießung von 600 Albanern in der Umgebung von Ucklab und Prizrend sowie über eine Bewegung im Njuma-Gebiet und unheimliche Behandlung der albanischen Bevölkerung von Seiten der serbischen Behörden werden von berufener Seite für absolut unmöglich erklärt.

#### Kämpfe an der Tschadalschalinie.

Konstantinopel, 19. März. (Meldung des Wiener I. I. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Amlicher Kriegsbericht. In Adrianopel hat sich gestern nichts Bemerkenswertes ereignet. Unsere vom rechten Flügel aufbrochenden Streitkräfte konnten gestern bis östlich von Sofaköy, Kalkaföy und Afalan vordringen. Der Feind wurde vertrieben und seine Stellungen besetzt. Abteilungen des ersten Korps, die sich in Eskil und Sarganföy befanden, vereinigten sich mit den Truppen des Zentrums und rückten bis Kadiföy vor, besetzten dieses sowie die Stellungen in der Umgebung, welche sich in den Händen des Feindes befanden, nach einem blutigen Kampfe, der bis Sonnenuntergang dauerte. Der Bericht über die auf beiden Seiten Gefallenen und Verwundeten liegt noch nicht vor. Die beiderseitigen Streitkräfte stehen längs der ganzen Front in engem Kontakt.

#### Die Verzwieselung der Mobilisierten.

Aus Wien wird uns geschrieben: Nun kann sich selbst die deutsche nationale Kurtpresse dem Jammergehrei der in Rot und Graß in Schmutz und Häufnis, in Arantheit und Verzwieselung zu Tausenden dahinschreitenden Reservisten im bosnischen Karst nicht entziehen. Die „Ostdeutsche Rundschau“ in Wien veröffentlicht einen langen Reservistenbrief, der die entsetzlichen Einzelheiten berichtet, viel Gräßlicheres mitteilt als je unsere Presse, und der dabei von einem der Regierungsoffiziere des Deutschen Nationalverbandes als unbedingt glaubwürdig erklärt wird. Seit Weihnachten sind die Reservisten in der Festung Raivar nicht aus den Kleidern und Schuhen gekommen, um nicht in den eiskalten Voranden zu erstarren; sie schlafen zu 100 in einem Raum je 48 Zentimeter voneinander entfernt, ganze Kompagnien haben die Kräfte, selbst Fälle von Lungenentzündung werden von den Militärärzten nicht als Krankheit anerkannt, und jeder Mann, dem das Kranksein bestritten wird, wandert auf Befehl des Korpskommandanten auf 10-14 Tage in den Arrest. Hat schließlich nicht der R. u. I. „Arzt“ recht, der den Leuten sagte, ob sie verrecken oder von den Montenegrinern niedergelassen werden, sei ganz egal? — Einstweilen häufen sich die Selbstmorde und Wahnsinnsfälle. Aber zum Schandensatz für die I. und I. Verwahrlosung schenkt man den Leuten die weiteren Waffenübungen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März 1913.

### Die leidige Dedungsfrage.

Beziehungsverhältnisse zu bewilligen, ist nicht schwer, die zur Dedung der Ausgaben erforderlichen Mittel aufzubringen um so schwieriger. Die Ausschüsse des Bundesrats beraten noch immer über die Peeres- und Dedungsvorlagen, ohne bisher zu einem Abschluß ihrer Verhandlungen gekommen zu sein. So viel steht jedenfalls fest, daß zum Zwecke der Vermögensabgabe eine Abschätzung des ganzen in Deutschland vorhandenen Vermögens nach einheit-

lichen Grundrissen erfolgen soll. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind die beteiligten Behörden auch bereits eifrig beschäftigt, die Einbringungsbestimmungen für die einmalige Vermögensabgabe auszuarbeiten. Besondere Schwierigkeiten bietet hierbei die Frage der Ermittlung des Wertes bei Immobilienwerten. Bei der Ungleichheit der bestehenden Grundbesitz für die Vermögenssteuer der Einzelstaaten besteht die Absicht, die Deklarationspflicht einzuführen. Man wird dabei allerdings mit dem Widerstand der besitzenden Klassen rechnen müssen, denn es ist zur Genüge bekannt, daß bei der Angabe des Vermögens zum Zwecke der Besteuerung sich die besitzenden Kreise eine große Weisheit auferlegen. Hat doch der frühere Schatzsekretär Frhr. von Stengel einmal im Reichstag gesagt, daß das Reich aller Schwierigkeiten ledig wäre, wenn es gelänge, dem Reiche das zu überweisen, was in den Einzelstaaten an Steuern hinterzogen wird.

Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die dafür eintreten, daß auch die „Tote Hand“ zur Vermögensabgabe mit herangezogen wird. So schreiben die „Dresdener Nachrichten“:

„Es ist von mehreren Seiten der Vorschlag gemacht worden, bei der einmaligen Vermögensabgabe auch die „Tote Hand“ mit heranzuziehen, und man muß sagen, daß es durchaus der Gerechtigkeit entspricht, hier ebenfalls zuzugreifen. Wenn sogar die deutschen Bundesfürsten bei dem allgemeinen Opfer auf dem Altar des Vaterlandes nicht zurückstehen wollen, so ist schlechterdings nicht einzusehen, warum gerade die „Tote Hand“ ganz unbedeutend bleiben soll. Eine umfassende Statistik über die im ganzen Reichsgebiet in der „Toten Hand“ aufgestellten Besitztümer ist bisher nicht vorhanden, so daß sich eine auch nur annähernde Schätzung des zu erwartenden steuerlichen Erfolges nicht geben läßt, nur soviel steht fest, daß es sich um ganz erhebliche Werte handelt, bei denen in erster Linie der kirchliche Besitz in Betracht kommt.“

Dieser Vorschlag hat entschieden viel für sich. Gerade die Kirche hat nicht allein ein ganz gewaltiges mobiles Vermögen, sondern auch überaus großen und wertvollen Grundbesitz. Der Einwand, daß dieses Vermögen karitativen Zwecken dient, ist nicht stichhaltig; denn das, was die Kirche auf dem Gebiete der Caritas leistet, steht in gar keinem Verhältnis zu ihrem enormen Vermögen.

Wenn sich aber schon in den Ausschüssen des Bundesrates so gewaltige Schwierigkeiten bei der Beratung dieser Frage aufstürmen, dann darf man als sicher annehmen, daß diese Schwierigkeiten im Reichstage noch wesentlich größer werden, und daß insbesondere an eine Verabschiedung dieser Steuer und der anderen, die mit ihr in Verbindung stehen, vor den Pfingstferien nicht gedacht werden kann.

### Walhall oder Himmel?

Die „Germania“ ist unzufrieden mit der schönen pathetischen Rede, die hier am Sonntag der General v. Brochm beim Fadelzug gehalten hat, denn der „deutsch-völkisch“ veranlagte General hat zum Schluß gesagt: „Deutsche wollen wir sein, Herz und Augen nach Walhalla gerichtet.“

Entrüstet fragt das fromme Blatt:

„Hat denn der christliche Himmel für Herrn v. Brochm aufgehört zu existieren, daß er seine Zuhörer auffordert, Herz und Augen auf den heidnischen Walhalla zu richten, wo nach heidnisch-germanischer Auffassung die Heiden ihren Meistern an den Schälern der erschlagenen Feinde trinken sollten? Soll das wegwerfende Wort vom „Weltbürgertum“ die christliche Lehre, daß alle Menschen Brüder sind, auch zum alten Eisen werfen? Soll das Wort „Deutsche wollen wir sein“ in religiöser Beziehung bedeuten: „Wir wollen wieder die Uergermanen, Heiden werden?“

Der Herr Generalleutnant, so fordert das ultramontane Blatt weiter, hätte bedenken sollen, daß seine in religiöser Beziehung anstößigen Worte auch von katholischen Bürgern und Arbeitern mitangehört werden müßten, die sich in so starker Anzahl und in so glänzender Weise an dem Fadelzug beteiligt hatten, die aber an ihrem katholischen Glauben festhalten und nicht gewillt sind, ihre Herzen und Augen statt auf den christlichen Himmel auf das heidnische Walhalla zu richten.“

Von ihrem Standpunkt hat die „Germania“ nicht so unrecht. Es ist wirklich gar zu albern, daß die Konservativen und Altpreußen, die für das sogenannte positive Christentum schwärmen und die Lehre vom christlichen Staat des getauften Juden Julius Friedrich Stahl als feststehende Staatsweisheit preisen, ihre Anrufungen immer an Botan und Thor richten und vom heidnischen Walhall reden. Der große Garde Georg Certeil hat zwar diesen Unsinn angefangen und versteht vortrefflich in seinen religiösen Festartikeln christliche Anschauungen mit urgermanischen zu einem rätselhaften vaterländischen Ragout zusammenzuführen; aber muß denn jede Ähnlichkeit dieses schleichenden Uergermanen gleich nachgeahmt werden?

### Preußens Schubengel.

Bei den jetzt überall veranstalteten „Jahrhundertfeiern“, die weit wichtiger Hohenzollernfeiern genannt werden sollten, wird meist neben dem „völkischen“ gütigen König Friedrich Wilhelm III. auch seine Gattin, die Königin Luise, in allen Tonarten gepriesen und angefangen. Angeblich soll sie ein „Muster aller Weiblichkeit“, ein „Engel an Güte“, die „Besorgte aller Wälder“ und sonst noch allerlei gewesen sein. Es dürfte daher ein Urteil interessieren, das bald nach ihrem Tode der Generalleutnant v. Gneisenau über sie in einem Briefe an seine Frau gefaßt hat und der Sammlung ungedruckter Briefe dieses Offiziers entnommen ist, die soeben Julius von Pflugk-Partung im Verlage von Perthes (Gotha) erscheinen läßt.

Gneisenau schreibt am 6. Oktober 1810 aus Warmbrunn an seine Gattin:

„Hierbei übersende ich Dir etliche bei Gelegenheit des Todes der Königin gehaltene Predigten. Zwei davon sind von einem meiner Freunde, dem Prediger Schleiermacher, einem vortrefflichen Kanzelredner. Du wunderst Dich vielleicht über diesen Predigtenlauf, aber ich will nicht läugnen, daß ich nach dem Tode dieser Fürstin mehr für sie fühlte, als es oft bei ihrem Leben nicht der Fall war. Sie war zu sehr Frau, zu wenig Königin und unfähig, sich auf einen hohen Standpunkt zu stellen oder darauf zu verhalten. Selbst ihr Herz war ihrem Gemüthe nicht immer zugewandt, viel mehr einem anderen, was sie auch nicht verhehle, und als Mutter war sie nicht achtungswürdig, da sie sich um die Erziehung ihrer Kinder nicht ernstlich bekümmerte. Aber sie besaß noch so manche gute Eigenschaften und wußte, so jung noch, von ihren Kindern schreiben, von denen sie fürchten mußte, daß sie nach wenigen Jahren das Grabdenkmal würden eilen müssen. Ein so gedrohenes Mutterherz erregt Mitleid und diese arme Königin scheint nun bereits vergessen zu sein.“

### Preußen in der Welt voran!

Als kürzlich im Reichstag die Frage der Ueberführung der Eisenbahnen in den Besitz oder wenigstens den Betrieb des Reiches berührt wurde, begab sich der Abgeordnete Graf Kanitz auf die Tribüne, um zu verkünden, daß Preußen nimmermehr auf seine glänzenden Eisenbahnerträge verzichten werde. Er trumpfte auf mit den mehr als 800 Millionen Ueberfluß, die bei der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1911 gemacht worden seien, und rechnete den übrigen, be-

sonders den süddeutschen Staaten vor, wie armelig es um ihre Pöhnen bestellt sei. Das Eisenbahnkapital habe sich in Preußen mit 7,22 Proz. verzinst, in Baden nur mit 4,17 Proz., in Württemberg gar nur mit 3,43 Proz.

Nur zu einem Teil darf sich die preussische Eisenbahnverwaltung und der Landtag die günstige Rente als ein eigenes Verdienst anrechnen. Die dem Bau und Betrieb der Eisenbahnen sehr vorteilhafte Vordengestaltung Preußens, die gewaltige Größe des Verkehrsnetzes, die den Vorteil des Großbetriebs gewährt, die günstigen Bedingungen der industriellen Entwicklung im Westen, sind wahrlich nicht auf junkerliche Rumezustände zurückzuführen. Wohl aber haben die Junker nach einer anderen Richtung sich verdient gemacht um die Rentabilität der preussischen Bahnen: durch Festhalten an den niedrigen Löhnen der Unterbeamten und Arbeiter des Eisenbahnbetriebs. Schärfer als wir sie darstellen könnten, wurde diese Tatsache im Finanzauschuss des württembergischen Landtags vom württembergischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht, der gegenüber den Anträgen unserer Genossen auf Revision der Lohnordnungen folgende Ziffern bekannt gab: Im Jahre 1911 wurde an Löhnen gezahlt:

	Württemberg	Preußen	Bayern	Sachsen	Baden
Bahnunterhaltungsarbeiter im Zugabfertigungs- u. Zugbegleitungsdiens.	1087	853	955	982	1067 M.
Arbeiter im Zugförderungs- und Werkstättendienst.	1401	1285	1812	1245	1871
	1607	1407	1442	1520	1507

Trotz der fabelhaften Eisenbahnüberschüsse steht Preußen in der Bezahlung seiner Arbeiter durchweg an letzter Stelle. Nur Sachsen weist bei einer Kategorie einen noch etwas geringeren Satz auf als der Kulturstaat Preußen. Für 853 M. läßt der preussische Staat einen Arbeiter ein volles Jahr kaufen, damit 800 Millionen aus den Eisenbahnen herausgepreßt und den Besitzenden an Steuern erspart werden. Dabei prunkte der preussische Eisenbahnminister vor wenigen Tagen bei Beratung des Eisenbahnetats im Landtag mit der Erhöhung der Arbeiterlöhne um 33,7 Proz. seit dem Jahre 1902! Und trotzdem kommen heute, in der Zeit höchster Lebensmittelpreise, erst 853 M. Jahreslohn für Bahnunterhaltungsarbeiter heraus!

Der preussische Staat deutet aber nicht nur seine eigenen Arbeiter aus, sondern hindert auch die süddeutschen Staaten an weiteren Lohnhöhungen. Der württembergische Ministerpräsident erklärte nämlich weiter, wenn Württemberg den Lohnunterschied noch vorzöge, so entstehe die Gefahr, daß innerhalb des Staatsbahnmagenverbandes an den Kosten der in Württemberg ausgeführten Wagenreparaturen von den übrigen Verwaltungen Abzüge gemacht würden wegen der hohen Löhne in Württemberg!

### Eine köstliche Empfehlung.

Die nationalliberale Partei in Nürnberg geht auf den Mitgliederangabe aus und verweist zu diesem Zwecke ein Rundschreiben, in dem sie mitteilt, daß sie sich einen „Aquisiteur“ mit dem poetischen Namen Silberius Wengel zugelegt hat. Zu dessen Empfehlung wird hervorgehoben:

„Genannter wird Ihnen sicherlich kein Unbekannter mehr sein, wenn Sie erfahren, daß er in seiner Eigenschaft als Kapellmeister des Königl. 11. Infanterieregiments ohne Wissen und Willen seiner Vorgesetzten aus eigenem Antriebe dem Fürsten Otto v. Bismarck, welcher damals zur Kur in Rissingen weilte, ein Ständchen brachte, welches fähne Unterfangen ihm die Entlassung eintrug.“

Es ist wirklich köstlich, wie die Partei der Reserveoffiziere — der Vorzöglinge der Partei, der das Rundschreiben unterzeichnet hat, ist selber Hauptmann der Landwehr — ihrem neuen Mann als besondere Jugfräulichkeit nachrühmt, daß er sich eines militärischen Disziplinvergehens schuldig machte, das mit Dienstentlassung geahndet wurde.

### Dr. Müller-Fürer.

Die „Kreuz-Ztg.“, die ohnehin keinen Ueberfluß an fähigen Leuten besitzt, hat ihren bisherigen Chefredakteur Dr. Müller-Fürer durch einen Gehirnschlag verloren. Der Gestorbene wurde 1853 geboren und erhielt nach beendeten Studien zunächst eine Stelle als Gymnasiallehrer, vertauchte dann aber diesen Beruf mit dem eines Redakteurs und trat 1891 in die Redaktion der „Kreuz-Ztg.“ als Feuilletonredakteur ein. Später übernahm er den Handelsteil und verlor nach dem Tode des Freiherrn v. Ungern-Sternberg insbesondere die Wochenüberblicke über die innere Politik. Nach dem Abschied des Ministerialdirektors a. D. Hermes von der Leitung der „Kreuz-Ztg.“ übernahm Dr. Müller-Fürer am 1. Juli v. J. die Chefredaktion.

### Gewitterwolken im fernen Osten.

Die Lage in Ostasien wird mit jedem Tage bedrohlicher. Aus der Mongolei, aus der Mandschurei, aus China kommen täglich Nachrichten, die auf drohende Verwickelungen zwischen Rußland und China hinweisen. Die russischen Blätter registrieren fortlaufend die besorgniserregenden Tatsachen, die auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch in den russischen Grenzgebieten in Ostasien gresse Schlaglichter werfen. Der Korrespondent der „Rietich“ schreibt, die Kanonen hätten noch nicht gesprochen und schon müßte das Land seine Verluste registrieren. In der Tat, wie aus den Berichten der Botschaft in Chardin, Wladimiroff u. a. hervorgeht, durchdringt das Transbaikalgebiet und die russische Einflusssphäre in der Mandschurei eine schwere wirtschaftliche Krise, die um so bedrohlicher erscheint, als ihre Ursachen und Konsequenzen noch gar nicht abzusehen sind. Handel und Industrie stoden, zahlreiche Firmen stellen ihre Zahlungen ein, die Tätigkeit der russischen ostasiatischen Bahn ist fast völlig lahmgelegt, da trotz der glänzenden Ernte fast keine Getreidezufuhr aus der Mandschurei nach den russischen Märkten zu verzeichnen ist. Alle diese Tatsachen üben auf das Erwerbsleben im Amurgebiet eine fast panikartige Wirkung aus, denn die örtliche Bevölkerung sieht darin keine lokale Zufallserscheinung, sondern ein Ergebnis der aggressiven Politik, die die russische Diplomatie neuerdings wieder in Ostasien eingeleitet hat und die gewaltige Komplikationen in sich birgt.

Den Ausgangspunkt dieser Komplikationen bildet die nur notdürftig verheilte Annexion der Mongolei, eines Gebietes von fast drei Millionen Quadratkilometer, durch Rußland, die durch das am 26. Dezember v. J. veröffentlichte Abkommen zwischen dem russischen Sondergesandten Korostowew und einigen mongolischen Fürsten proklamiert worden ist. Die russische Diplomatie mußte die durch den Balkankrieg heraufbeschworene Spannung in Europa in raffiniertester Weise dazu aus, um den von langer Hand vorbereiteten Schlag gegen China auszuführen und sich die unter chinesischer Oberhoheit stehende Mongolei anzugliedern. Formell „läßt“ sie allerdings nur die „Unabhängigkeit“ der mongolischen Fürsten, die sich von dem republikanischen China losgelöst haben. In Wirklichkeit hat die russische Diplomatie aber diese ganze Unabhängigkeitskomödie inszeniert, um durch Schaffung eines Pufferstaates nach dem Muster Persiens das ganze gewaltige Gebiet von der turkestanischen und sibirischen Grenze bis zur



Wüste Gobi an sich zu reißen und damit die Aufteilung der chinesischen Aussenländer einzuleiten. Schon die ersten Monate der russischen „Schutzherrschaft“ in der Mongolei haben gezeigt, daß die russische Regierung die Unabhängigkeitserklärung eines Teiles der mongolischen Fürsten, die für Geld und Schnaps gekauft worden sind, nur dazu benutzte, um im Namen des mongolischen Volkes gegen China aufzutreten zu können. Russische Truppen richteten sich in der Mongolei häuslich ein, russische Instruktionen schreien an die Ausbildung von mongolischen Truppen, die nach dem Muster der russischen Kavalleriebrigade das eigene Land an Rußland fesseln sollen, russische Konsulate reißen die Verwaltung an sich, russische Kaufleute und Industrielle plündern die natürlichen Schätze des Landes, und alles, was im Namen der mongolischen Regierung verkündet wird, geschieht unter dem Diktat des russischen Generalkonsuls in der Hauptstadt der Mongolei.

Die russische Diplomatie begnügt sich aber nicht mit diesem Vorgehen in der Mongolei. Auf ihre Veranlassung hin ergingen an die russische und französische Botschaft kategorische Weisungen, so lange China keine Finanzhilfe zukommen zu lassen, bis die „Autonomie“ der Mongolei volle Anerkennung gefunden habe. Mit diesem Schachzug vermittelte die russische Diplomatie den Abschluß der chinesischen Anleihe, die für die innere Reformarbeit Chinas unbedingt erforderlich ist, und setzte die englische und französische Diplomatie noch enger als bisher an ihren aggressiven Kurs in Ostasien. Zugleich rückte sie aber auch in der englischen Einflusssphäre vor, indem sie den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen der Mongolei und Tibet veranlaßte und dadurch, zum größten Mißvergnügen der führenden englischen Presse, ihre Fänge auch nach Thassa, der Hauptstadt des unter englischem Einfluß stehenden Gebietes, ausstreckte. Der Zweck dieses Vorgehens ist klar. Durch Schaffung einer solchen Brücke zwischen Urga und Thassa zwingt die russische Diplomatie England immerfort zur Unterstützung ihres Vorgehens gegen China und erpreßt von der englischen Diplomatie, genau so wie in Persien, immer weitere Konzessionen an ihren asiatischen Kurs. Dieselbe Methode verfolgt Rußland gegenüber Japan, dem es gegen die Gewährung der Annesion der Mongolei freie Hand in der südlichen Mandchurei gewährt hat. Hier aber stößt der schlaue eingefädelte russische Plan, der auf die Schaffung einer englisch-russisch-japanischen Koalition gegen China hinausläuft, auf unvorhergesehene Schwierigkeiten. Japan bereist sich nicht, dem Beispiel Rußlands zu folgen und die ihm freundschaftlich offerierten chinesischen Aussenländer zu okkupieren. Eritens bestehen zwischen Japan und Rußland noch recht tiefe Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung der beiderseitigen Beute. Rußland hat in dem Vertrage mit den mongolischen Fürsten die Grenzen seines Einflugsgebietes absteckend nicht festgelegt und durch die allgemeine Forderung des Vertrages sich der japanischen Einflugsphäre sehr bedenklich genähert. Dann aber hat in Japan neuerdings ein Umwandlung in der Stellung zu China stattgefunden, der die Durchführung des russischen Planes recht fraglich erscheinen läßt. Die schwere wirtschaftliche Krise in Japan, die heftige Konkurrenz mit Amerika, die nach der Eröffnung des Panamakanals noch verschärft werden wird, zwingen die japanischen Handels- und Industriekreise, sich durch eine freundschaftliche Annäherung an China den ungeheuren chinesischen Markt zu sichern. Auch ein Teil der bisherigen Kriegspartei in Japan neigt sich unter dem Einfluß der finanziellen Krise diesem Standpunkt zu, und so ist als Annäherung zwischen China und Japan stattgefunden hat, denn nicht erkauntlich, daß in der letzten Zeit eine gewisse Der Reformator Chinas, Dr. Sunjatsen, ist kürzlich in wichtiger diplomatischer Mission in Tokio gewesen, und wie die russische Presse mitzuteilen in der Lage ist, hat er bereits ziemlich wesentliche Erfolge errungen. Die Japaner erhalten eine Vorgesetzene Stellung auf dem chinesischen Markt und erwerben von China einige Inseln als Stützpunkte für die japanische Flotte. Dafür nimmt Japan von einer Besitzergreifung des chinesischen Territoriums Abstand. Kann diese Abmachung auch nicht als chinesisch-japanisches Bündnis betrachtet werden, so stellt sie jedenfalls den ersten wichtigen Schritt zu einer Annäherung zwischen beiden asiatischen Mächten dar, einen Schritt, der die russischen Hoffnungen auf ein gemeinsames Vorgehen gegen China zerstört. Erwägt man noch, daß sich bereits unter den mongolischen Fürsten, die sich an Rußland verkaufen, Anzeichen der Ernüchterung bemerkbar machen, und daß die ungezügelte Raublust der russischen Administratoren und Abenteurer heftige Gegenströmungen in der Mongolei wachgerufen haben, so muß man dem Mitarbeiter der „Reichs-“, dem bekannten Orientalisten F. Popow, recht geben, welcher erklärt, daß die heutige Lage Rußlands im fernem Osten außerordentlich an die Verhältnisse erinnert, die vor einem Jahrzehnt, kurz vor dem Ausbruch des japanischen Krieges, an der Grenze Chinas und Japans geherrscht haben.

### Frankreich.

#### Die politische Krise.

Paris, 19. März. Von den 161 Senatoren, die das Ministerium gestürzt haben, sind 130 Mitglieder der demokratischen Linken, 23 der republikanischen Vereinigung, 6 Wilde und je ein Mitglied der republikanischen Linken und der Rechten. Gegen die Regierung stimmen unter anderem Clemenceau, Combes, Freycinet, Vichon, de Selves und Bellenot. Unter den 128 Senatoren, die für die Regierung stimmen, sind unter anderem zu nennen Ribot, Doumer, Paul Dupuy, General Perricr. Zehn Senatoren enthielten sich der Abstimmung, darunter Bourgeois.

Fast in der gesamten Presse gelangt die Ansicht zum Ausdruck, daß noch selten eine Kabinetskrisis unter so schwierigen Verhältnissen eingetreten sei. Der Gegensatz zwischen Kammer und Senat habe nicht nur die Aufgabe des künftigen Ministerpräsidenten außerordentlich schwierig gestaltet, auch der Präsident der Republik habe sich noch nie in einer so verwickelten Lage befunden.

Vielfach wird betont, daß es den radikalen Senatoren in erster Linie darum zu tun war, die Schlappe zu rücken, die sie in Versailles bei der Präsidentschaftswahl erlitten haben. Der „Figaro“ schreibt, Briand hübe den unermeßlichen Dienst, den er Frankreich erwiesen habe, als er am 17. Januar in so entscheidender Weise zur Wahl Voincarés beigetragen habe, welchem das Land die tatkräftige Entscheidung über die Reorganisation der Armee und die dreijährige Dienstzeit verdanke. Der konservative „Gaulois“ sagt, der Senat, den die Volkstümlichkeit des neuen Präsidenten der Republik erschreckte, möchte diesen zwingen, sich zurückzuziehen. Voincarés habe jedoch sehen können, daß es ihm ein Leichtes wäre, sich auf das Land zu stützen und den Präsenationen des Parlaments Schranken aufzusetzen. Die antimilitaristische „Guerre

sociale“ schreibt: Was das Volk bei dem Sturze des Ministeriums Briand interessiert, ist ausschließlich die Frage, ob auch das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit in Trümmer gegangen ist. Freuen wir uns nicht zu früh. Der Nationalist, den man zum Präsidenten der Republik gewählt hat, ist sehr wohl imstande, ein Ministerium Etienne zu berufen, dessen einzige Aufgabe es wäre, den dreijährigen Militärdienst durchzuführen. Jaurès kündigt in der „Humanité“ an, die proportionalistisch gestimmten Republikaner würden morgen eine Resolution einbringen, in der die Kammer aufgefordert werde, auf der von ihr angenommenen Wahlreform zu beharren. Der Senat habe den Konflikt gewollt, er werde auch die Verantwortung für die durch denselben entsetzte politische Verwirrung tragen.

#### Das Schicksal der Wahlreform und der Militärvorlage.

Paris, 19. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein Ausweg aus der Krise ist noch unsichtbar. Allgemein wird erklärt, daß eine so schwere Krise seit den Tagen Mac Mahons nicht vorgekommen sei. Die Proporzdeputierten sind entschlossen, jedes Ministerium, das ein Programm ohne Zulassung einer Vertretung der Minoritäten vorlege, zu stürzen. Heute wurde ein Antrag Jaurés angenommen, in der morgigen Sitzung eine Resolution vorzulegen, worin die Kammer ihr Beharren bei dem Proporz ausdrückt. Daher ist die Bildung eines neuen Kabinetts schwierig. Man nennt Etienne als Nachfolger Briands, der seinen Kriegsfestort beibehalten, zunächst die Annahme der Militärvorlage betreiben, aber die Wahlreform mit unverbindlichen Versprechungen zurücktreten lassen würde. Jedes wächst die Opposition der Radikalen gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit immer mehr. Man rechnet damit, daß die Kammer nur 420 Millionen Frank Kredit statt der dreijährigen Dienstzeit aber einen Kompromißvorlag annehmen werde. Die Kandidatur Delcassés als Kabinettschef ist ausgeschlossen, da er heute noch Petersburg abfuhr. Jaurés schreibt heute in der „Humanité“: Der Senat ist für den entsetzten Wirtmar verantwortlich, aber auch Voincarés, der, um in das Elisee zu kommen, eine halb fertige Reform Briand anheimgab, dessen Kredit im Versinken war, und den zugleich die Gegner seiner Wahl gegen die Reform lenkte. Eine weitere Schuld Voincarés und Briands ist es, daß sie, sich dem Nationalismus gefangenegebend, die Vorlage auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit quer durch die Wahlreform warfen und so den Proporzgegnern Hoffnung gaben, daß sich die durch die Militärfrage gespaltenen Proporzler bei den kommenden Wahlen nicht koalieren könnten. Aber die Sozialisten seien entschlossen, rücksichtslos sowohl gegen den Militarismus wie für den Proporz zu kämpfen. Sie wären die Duplizierten, wenn sie eine Reform des Wahlrechts preisgäben, da die künftige Regierung dann in der Militärfrage nichts zu fürchten brauchte. Es sei auch nicht zu vergessen, daß Clemenceau zur Sicherung seines Sieges sich auf die Einführung der dreijährigen Dienstzeit verpflichtet. Comperre Morel erklärte einem Interviewer, daß in der Serie von Krisen voraussichtlich ein Ausgleich unmöglich sei. Die nächstjährigen Wahlen werden nicht unter dem Bezirkswahlrecht stattfinden, oder wir werden uns verpflichten, uns nach Annahme einer Reform sofort aufzulösen. Die radikale Partei wird verschwinden, aber gegen den Senat und für die Aenderung der Konstitution ist eine mächtige Kampagne ermöglicht. Ein Artikel des „Temps“ zeigt indes, daß der Kampf gegen die Senatsrechte der Bourgeoisie unerwünscht ist. Die kapitalistischen Proporzler ziehen eine Lösung durch Etienne vor und wollen jedenfalls jetzt eine Auflösung vermeiden, die die Einführung der dreijährigen Dienstzeit übrigens verhindern würde. Wahrscheinlich würde der Senat die konstitutionell notwendige Zustimmung verweigern.

### Aus der Partei.

#### Kongresse im Ausland.

Zu Ostern halten unsere französischen Genossen ihren Parteitag in Brüssel; die belgischen Genossen tagen in Brüssel, die holländischen in Utrecht. Als Vertreter der deutschen Partei geht Genosse Polzenbueh nach Frankreich, Genosse Ebert nach Belgien, Genosse Scheidemann nach Holland.

#### Sam Fortschritt der Parteipresse.

Unser Parteiorgan für Niederösterreich, die „Görlicher Volkszeitung“, hat in den letzten drei Jahren, seit unsere dortigen Genossen sich die Produktivgenossenschaft „Arbeiterdruckerei Görlich“ geschaffen haben, so erfreuliche Fortschritte auf allen einschlägigen Gebieten gemacht, daß eine durchgreifende Erweiterung des Druckereibetriebes vorgenommen werden konnte. Zur Aufstellung kam auch eine zweite Rotationsmaschine, durch die das Parteiblatt im Umfang von 24 Seiten zweifach hergestellt werden kann.

#### Ablehnung des städtischen Etats.

Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament der Stadt Frankfurt a. M. stimmte gegen die Genehmigung des städtischen Etats, dergleichen dieser u. a. recht beträchtliche Mehraufwendungen für Körper- und soziale Zwecke, so für Schulspflege, Bekämpfung der Schwindsucht, Säuglingsfürsorge, Volksbildung, gemeinnützige Rechtsausbildung, auch die Unterstützung des Arbeiter-Abstinenzbundes, enthält. Maßgebend hierfür war insbesondere die starke Veranziehung der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung zu den allgemeinen Lasten durch Gebühren. Der Etat wurde natürlich von der bürgerlichen Mehrheit angenommen.

#### Die Märzfeier der Wiener Arbeiter.

Am letzten Sonntag statt. (In Wien brach 1848 die Revolution bekanntlich schon am 13. März aus.) Die Feier hat ihre Gestalt insofern verändert, daß in diesem Jahre nicht mehr ein Massenfest noch dem sehr weit entfernten Zentralriedhof stattfand, sondern die Kränze nur von Abordnungen der Bezirke überbracht wurden. Am Obelisk, den die Gemeinde Wien den Vorkämpfern der bürgerlichen Emancipation errichtet hat, brannten Klammern in den hohen Leuchtern, und Abg. Genosse Dr. Ellenbogen sprach Worte des Bedenkens. Nach ihm sprachen tschechische, polnische, ungarische und russische Genossen. Leute, die den Staat mit der Krone zerschanden hatten, waren nicht zu sehen. Das ist in Wien nicht üblich.

#### Ein Vortrag des Genossen Liebknecht in Paris.

Paris, 18. März. (Eig. Ber.) Genosse Dr. Karl Liebknecht, der jetzt eine Vortragsreise in Frankreich, Belgien und England unternimmt, sprach gestern in einer überfüllten Versammlung des deutschen sozialdemokratischen Botschafts über die inter-

nationale Situation. Nach einer Darstellung der ökonomischen Ursachen des imperialistischen Imperialismus zeigte er die Aufgaben, die sich für das internationale Proletariat in der ängeren und inneren Politik ergeben. Der Vortrag wurde von den Zuhörern, unter denen sich viele russische, ungarische und einige bekannte französische Genossen befanden, wiederholt von Beifall unterbrochen und der Schlussappell des Redners zur rastlosen, revolutionären Organisationsarbeit für die sozialistische Internationale fand ein stürmisches Echo. Die Versammlung wird der Entwicklung der alten Organisation der deutschen Arbeiter in Paris sicherlich zugute kommen und dazu beitragen, daß die zumeist jungen, in die Fremde ziehenden Proletarier in den Abteilungen der Weltstadt den Zusammenhang mit der sozialen Bewegung ihrer Klasse nicht verlieren.

#### Wahlerfolge in der Schweiz.

Nachdem nun im Kanton Argau die Kantonsratswahlen beendet sind, ergibt sich, daß zwölf Sozialdemokraten gewählt sind gegen sieben bisherige, so daß der Gewinn fünf Mandate beträgt. In Baden gelang es am Sonntag im dritten Wahlgang den sozialdemokratisch-katholischen Minderheitsparteien, die herrschenden Freisinnigen zu schlagen.

Im Kanton Tessin sind insgesamt drei Sozialdemokraten in den Kantonsrat gewählt worden.

### Aus Industrie und Handel.

#### Die Rohstoffversorgung des deutschen Volkes.

Die gemeinliche Produktion bewegt sich im allgemeinen noch in steigender Richtung. Leider ist man noch immer nicht zu statistischen Erhebungen über den Umfang der inländischen Warenherzeugung gelangt; nur die Gewinnung einiger Montanprodukte sowie die Erzeugung der Hochöfen werden regelmäßig veröffentlicht. Vor allem fehlen noch statistische Angaben über die Fabrikation der Fertigindustrie. So muß man sich an andere Faktoren halten, will man die Expansion der deutschen Volkswirtschaft verfolgen. Einen recht sicheren Maßstab gewährt die Versorgung des deutschen Marktes mit Kohle. Kein Gewerbezweig kommt heute mehr ohne Dampfkraft aus, auch für die Erzeugung elektrischen Stromes kommt in Deutschland die Wasserkraft nur in den wenigsten Fällen in Betracht. Im Januar d. J. ist die deutsche Steinkohlenherzeugung gegen das Vorjahr abermals erheblich gewachsen. Im ersten Monat der Jahre 1907 bis 1912 standen nach Einrechnung des Imports in die Eigenproduktion sowie nach Abzug der Ausfuhr in Millionen Doppelzentnern folgende Mengen Steinkohlen für den inländischen Verbrauch zur Verfügung:

Januar	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Verfügung	117,85	117,20	107,85	112,80	122,13	128,72
Geg. d. Vorj.		-0,65	-9,35	+4,54	+9,74	+6,59

Den weitaus stärksten Fortschritt machte die deutsche Steinkohlenherzeugung somit im laufenden Jahre. Gleichzeitig stieg der inländische Verbrauch von Braunkohle, der im Januar 1907 erst 57,21 Millionen Doppelzentner betragen hatte, auf 78,72 Millionen Doppelzentner. Die Ausdehnung der Braunkohlenherzeugung ging also auch in der laufenden Konjunkturperiode wieder über die Erhöhung der Steinkohlenherzeugung hinaus. Daß das Wachstum der industriellen Warenherzeugung im laufenden Jahre in Deutschland in kräftigem Tempo anhält, ergibt sich weiter aus der Entwidlung der Eisenherzeugung. Das Plus gegen das Vorjahr ist erheblich bedeutender als irgendwann in früheren Parallelmonaten. Von Januar 1907 bis Januar 1912 war die deutsche Eisenherzeugung nur von 7,60 Millionen Doppelzentner auf 8,03 Millionen Doppelzentner gewachsen; im ersten Monat des laufenden Jahres stieg sie auf 9,03 Millionen Doppelzentner. Angesichts dieser auffallenden Erhöhung der Versorgungsziffer ist allerdings die Frage berechtigt, ob die Versorgung des deutschen Marktes mit Roheisen nicht tatsächlich den heimischen Bedarf übersteigt; die mehrfach beobachtete Schwäche einiger ausländischen Eisenmärkte deutet darauf hin, daß man auch in anderen Ländern die Erzeugung nicht bedacht ausgedehnt, sondern ohne Rücksicht auf die Nachfrage das Angebot erheblich vermehrt hat. Eine exakte Feststellung der Rohstoffversorgung ist ferner beim wichtigsten Material der Fertigindustrie, bei Baumwolle, möglich, da hier inländische Produktion nicht in Betracht kommt. Die deutsche Baumwollherzeugung hat im Januar der letzten Jahre nach 1006 Doppelzentnern folgendes Bild:

Januar	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Verfügung	588	557	505	457	527	557
Geg. d. Vorj.		-31	-52	-48	+70	+30

Die Versorgung geht heute zum erstenmal über die verfügbare Quantität vom Januar 1907 hinaus. Von großem Interesse ist gegenwärtig die Gestaltung der Versorgung des Inlandsmarktes mit Leuchtöl. Die Reinfuhr von Petroleum stieg vom Januar 1907 bis 1910 fortwährend, ging aber seitdem im ersten Monat Jahr für Jahr zurück; sie belief sich im Januar 1912 noch auf 1 345 000 Doppelzentner, im Januar 1913 auf 1 078 567 Doppelzentner. Im Gesamtverlauf des Jahres 1912 war der inländische Petroleumverbrauch in Deutschland geringer als zwei Jahre vorher.

### Soziales.

#### Verordnung zum Schutz von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.

Der gestrige „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine längere Verordnung des Bundesrats über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasbläseereien, Glasbiegereien und Sandbläseereien vom 9. März 1913.

#### Die Schadenersatzklage gegen den früheren Prinzipal.

Die von einigen Kaufmannsgerichten mit Unrecht umstrittene Rechtsfrage, ob Schadenersatzklagen gegen den früheren Prinzipal beim Kaufmannsgericht oder beim ordentlichen Gericht anhängig zu machen seien, ist jetzt auch zur Entscheidung vor das Kammergericht gekommen. Die prinzipielle Zustimmung des Kammergerichts werden sich hoffentlich die unteren Instanzen zu eigen machen, so daß eine Stetigkeit in der Rechtsprechung bezüglich dieser Frage nunmehr Weg greifen wird. Angelegte Klagen nach ihrem Abgange oft wegen Schades, die sie an ihrer Gesundheit während ihrer Tätigkeit erlitten haben wollen. Wandten sie sich an das Amts- bezw. Landgericht, so wurden sie meist an das Kaufmannsgericht verwiesen, ebenso häufig aber auch vom Kaufmannsgericht an das ordentliche Gericht. Besonders der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts hielt an der verkehrten Auffassung fest, daß Klagen auf Schadenersatz seitens eines ausgeschiedenen Besitzers nicht mehr mit dem Dienstverhältnis zu tun haben. Während einzelne Zivilkammern des Landgerichts dieser Auffassung beizutreten, nahmen andere Kammern sehr entschieden dagegen Stellung. Die Folge dieser Divergenzen war jedenfalls eine Unsicherheit der Rechtsprechung, die oft Monate warten mußten, bis die leidige Zuständigkeitsfrage geklärt war.

In einer vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelten Sache verlangte der Kläger, der im Bankrott Gleichröder in Stellung war, einen Schadenersatz und eine Rente. Er will durch Zugluft einen unheilbaren Schaden an seiner Gesundheit erlitten haben. Da der behandelnde Arzt, auf dessen Aussage es im Prozeß im wesentlichen ankam, nicht zur Stelle war, konnte in der Sache selbst nicht entschieden werden. Dagegen wurde festgestellt, daß das Kaufmannsgericht in der Sache das Urteil zu sprechen hat. Kläger hatte erst beim Landgericht die Klage erhoben, das sich aber nicht für zuständig hielt. Auf eingeleitete Berufung entschied aber auch das Kammergericht, daß zur Entscheidung in der Schadenersatzklage nur das Kaufmannsgericht in Frage kommt.



# Gewerkchaftliches.

## Der Abschluß der Bewegung im Baugewerbe?

Der Bundesvorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat, wie man uns mitteilt, in seiner Sitzung vom 18. März den von den Unparteiischen vorgeschlagenen „Reichstarifvertrag für das Baugewerbe“ als Grundlage für die bezirklichen und örtlichen Tarifverhandlungen angenommen. Da die Zentralverbände der Arbeiter die Annahme bereits am 12. März ausgesprochen haben, können die Bezirks- und örtlichen Verhandlungen nunmehr beginnen. Sie sollen bis zum 19. April beendet sein. Bis dahin bleiben vorläufig die eigentlichen Ende dieses Monats ablaufenden Tarifverträge noch in Kraft.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf der Maler in Berlin.

In einer Mitgliederversammlung des Malerverbandes, die am Dienstag den Saal der „Brauerei Friedrichshain“ bis auf den letzten Platz füllte, gab Riech den Bericht über den Stand der Aussperrung. Danach ist die Situation so: In allen Geschäften, die ausgesperrt haben, sind auch diejenigen, welche weiterbeschäftigt wurden, bis auf den letzten Mann hinausgegangen. Die Zahl der am Kampfe Beteiligten ist dadurch nicht wesentlich erhöht; nur etwa 100 Streikende sind zu den ausgesperrten hinzugekommen, so daß die Gesamtzahl der in Berlin Aussperrten und Streikenden wenig über 1900 beträgt. Der Zusammenhalt des Arbeitgeberverbandes, der schon von Anfang an nicht besonders war, hat sich im Laufe der letzten Zeit immer mehr gelockert. Die gänzliche Lahmlegung der Geschäfte der aussperrungswichtigen Unternehmer hat viele derselben veranlaßt, mit dem Malerverband Frieden zu schließen. Das geschieht durch Unterzeichnung eines Vertrages, den der betreffende Arbeitgeber mit dem Malerverband abzuschließen hat. Der Vertrag gilt auf 2 Jahre. In der Hauptsache setzt er eine Verkürzung der Arbeitszeit fest von einer Stunde pro Woche sowie eine sofortige Erhöhung aller Lohnsätze um 5 Pf. pro Stunde. Am 15. Februar 1914 erfolgte eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pf. Der vertragsmäßige Mindestlohn beträgt für Gehilfen unter 20 J., für Gehilfen über 20 Jahre 75 Pf., für Anstreicher 70 Pf. Eine große Anzahl zum Teil namhafter Firmen hat den Vertrag bereits unterzeichnet. Die Zahl der Verträge könnte noch größer sein, wenn nicht der Malerverband in jedem Falle genau feststellen würde, daß das Angebot zur Unterzeichnung wirklich von dem Inhaber des Geschäftes ausgeht. Um sich dem Arbeitgeberverband gegenüber zu decken, verlangen nämlich nicht wenige Arbeitgeber, durch Scheinverträge und ähnliche Schiebungen ihr Geschäft einer vorgeschobenen Person zu übertragen, auf deren Namen der Vertrag abgeschlossen werden soll. Auf derartige Mäandere läßt sich der Malerverband natürlich nicht ein. Diese Vorkehrungen zeigen, daß die Gefolgschaft des Arbeitgeberverbandes stark abbröckelt, was ja auch in anderen Orten der Fall ist. Die Situation kann vom Standpunkt der Arbeiter als günstig bezeichnet werden.

Die Versammlung erklärte sich mit der Taktik der Verbandsleitung einverstanden und billigte den Inhalt des Vertrages. Dem Vorschlag des Hauptvorstandes, von der 14. Woche ab den Wochenbeitrag um 20 Pf. zu erhöhen, stimmte die Versammlung zu. Ferner wurde beschlossen, daß die in Arbeit stehenden Mitglieder von der 14. Woche an wöchentlich 1,40 M. zum Streikfonds zahlen. Die Angestellten der Filiale erklärten sich freiwillig bereit, für die erste Woche der Aussperrung die Hälfte ihres Gehalts zurückzahlen. — Am Sonnabend um 12 Uhr wird in allen Bezirkslokalen die erste Streikunterstützung ausgezahlt.

Die Kutscher und Hilfsarbeiter aus den Präferenzen, Habelwerken und Schneidemühlentrieben befinden sich in einer Bewegung zur Erneuerung ihres Vertragsverhältnisses, das ebenso wie alle anderen Verträge in der Holzindustrie am 15. Februar dieses Jahres abläuft. Da die Tarifverhandlungen für die gelernten Arbeiter in der Holzindustrie bis zum 15. Februar noch keine Klärung gebracht hatten, waren die beiden Parteien, der Verein der Präferenzbesitzer und der Transportarbeiterverband, übereingekommen, daß die Verhandlungen über den Tarif der Kutscher nach Beendigung der Verhandlungen für die Holzarbeiter vor sich gehen sollten, und daß der bisherige Tarif der Kutscher so lange als verlängert zu betrachten ist, bis die Verhandlungen hierüber ein Ergebnis erzielt haben. Die erste Verhandlung hat nunmehr am 13. März mit den Präferenzbesitzern stattgefunden. Ueber das Resultat derselben berichtete Uthoff am Montag in einer stark besuchten Versammlung der Kutscher im „Dresdener Garten“. Danach haben die Präferenzbesitzer bezüglich der von den Arbeitnehmern beantragten jehprozentigen Lohnerhöhung einen ebenso ablehnenden Standpunkt eingenommen, wie die Holzindustriellen bei den vorausgegangenen Verhandlungen mit den Holzarbeitern. Schließlich hätten die Unternehmer folgenden Vorschlag gemacht: Der Verein der Präferenzbesitzer ist bereit, wiederum in ein Vertragsverhältnis für die Kutscher und Hilfsarbeiter zu willigen, und zwar auf die gleiche Dauer wie der Vertrag für die Holzarbeiter: 4 Jahre. In dem ersten Jahre der Vertragsdauer tritt keine Lohnerhöhung ein. Im zweiten Vertragsjahre soll dann der Lohn um 1 M. pro Woche erhöht werden, so daß der Lohn für die brandenkundigen Kutscher 31 M. pro Woche betragen soll. Die brandenunkundigen Kutscher sowie allen Hilfsarbeitern soll keine Lohnerhöhung gewährt werden; für dieselben sollen die bisherigen Lohnsätze weiter beibehalten werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben den Präferenzbesitzern hierauf erklärt, daß dieser Vorschlag für sie unannehmbar sei und sie daher nicht in der Lage seien, ihren Auftraggebern diesen Vorschlag zur Annahme zu empfehlen. Die Vertreter der Kutscher haben dann den Präferenzbesitzern einen Vorschlag gemacht, dahingehend, daß den Kutschern eine gleiche Lohnzulage gewährt wird wie den übrigen Arbeitern in der Holzindustrie. Danach soll der Lohn am 1. April 1913 um 1 M., am 1. März 1914 um 1 M. und am 1. März 1915 um 50 Pf. pro Woche erhöht werden, so daß der Lohn im ersten Jahre 31 M., im zweiten Jahre 32 M. und im dritten und vierten Vertragsjahre 33,50 M. betragen würde. Die gleiche Lohnerhöhung soll auch für die brandenunkundigen Kutscher sowie für die Arbeiter eintreten. Die Präferenzbesitzer hätten erklärt, daß sie über diesen neuen Vorschlag mit ihren Auftraggebern beraten würden; die gleiche Erklärung wurde seitens der Vertreter der Arbeitnehmer gemacht. Die Versammlung gab nach längerer Diskussion ihrer Lohnkommission den Auftrag, die Verhandlungen mit den Unternehmern an der Hand der zuletzt angeführten Vorschläge fortzuführen.

#### Jur Lage der Destillationsgehilfen.

Die moderne Entwicklung schafft immer neue Formen kapitalistischer Betriebe oder Formen die alten um. Damit entstehen auch neue Kategorien von Arbeitern und Angestellten. So sehen wir zum Beispiel, wie seit einer Reihe von Jahren in Berlin die sogenannten Grobdestillationen immer mehr zunehmen, an Zahl wie an Umfang. In diesen Geschäften, deren Aushilfskraft sich zum größten Teile aus Arbeiterkreisen rekrutiert, sind z. B. etwa 1200 bis 1500 Gehilfen (Verläufer, Japsler, Hausdiener) beschäftigt. Numeist sind es junge, aus der Provinz zugewandene Leute, die von Organisation noch keine Ahnung haben. Die natürliche Folge davon ist: lange Arbeitszeit, geringe Löhne. Für 35 bis 50 oder 60 M. muß die Mehrzahl dieser Angestellten 15, 16 und auch 18 Stunden arbeiten. Kost und Logis finden diese jungen Leute meist im Hause des Prinzipals — beides in der üblen „Güte“. In einigen der größten Geschäfte wird den eigentlichen Verläufern ein etwas erhöhter Lohn gezahlt.

In der Mehrzahl der Fälle aber handelt es sich um junge Leute, die zum Teil im Keller und beim Putzen beschäftigt sind; bei stillerem Geschäftsgang oder helfen sie hinter dem Ladentisch die Käse bedienen. Weil sie beim Bedienen beziehmäßig „am

Büffel oder mit dem Festigmachen kalter Speisen“ tätig sind, so unterziehen sie der Bundesratsverordnung für das Gastwirtszergewerbe vom 23. Januar 1902, und müssen demzufolge alle 14 Tage einen vollen Rubeltag erhalten. Diese Bestimmung wird freilich von den meisten Unternehmern nicht innegehalten. Wo kein Küfer, ist auch kein Richter.

Durch den Verband der Gastwirtsgehilfen, der sich seit einiger Zeit mit Erfolg um die Organisation der Destillationsgehilfen bemüht, sind nun die Herren Grobdestillateure aus ihrer Ruhe geschreckt worden. In einer Versammlung beschäftigten sie sich eingehend mit der Lage ihrer Gehilfen und mit dem Verbands. Der Pflicht, den schwer arbeitenden Leuten alle paar Wochen einen Rubeltag geben zu müssen, wollen die weißen Herren damit entgehen, daß sie alle ihre Angestellten als „Hausdiener“ anmelden. Das wird ihnen natürlich nichts nützen; denn nicht auf die Bezeichnung, auf die Beschäftigung kommt es an.

Die Stellenvermittlung, wie sie einem ihrer Mitglieder „ehrenamtlich“ übertragen war, haben sie infolge der Kritik des Verbandes aufgegeben. Diese Einrichtung widersprach auch vollkommen dem Stellenvermittlergesetz von 1910, das bekanntlich die Ausübung der Stellenvermittlung in Gastwirtsbetrieben untersagt. Dafür empfahl ein Herr Gründling, Besitzer mehrerer Grobdestillationen, nunmehr die schwarzen Listen einzuführen. Das soll in der Form von Auskunftsformularen geschehen, die vor der Einstellung von Gehilfen zur Anwendung zu kommen hätten. Da die Stellenvermittlung jetzt aufgegeben sei, wäre es ratsam, so meinte Herr Gründling, daß diese von ihm schon immer geübte „bewährte Maßregel“ im ganzen Verein eingeführt werde.

Es ist immer wieder das gleiche. Die Unternehmer kümmern sich so lange nicht um das Schicksal ihrer Arbeiter, so lange diese in Zufriedenheit dahinleben, keinerlei Forderungen stellen und vor allem, so lange sie nicht organisiert sind. Widerstand nicht entgegenzusetzen vermögen. Kommt dann die Organisation, nimmt sich der unterdrückten und ausgebeuteten Angestellten an, dann finden sich auch die Unternehmer zu dem üblichen Tun bereit, gegen die Arbeiter mit schwarzen Listen, Maßregelungen usw. vorzugehen. Es wird den Unternehmern aber auch in diesem Falle nicht gelingen, „ihre“ Arbeiter und Angestellten gänzlich unter ihrer Vormachtigkeit zu erhalten; die Organisation wird auch hier weiter vordringen.

**Küster, Glasarbeiter.** Die Sperrung bei der Firma Moore-Richt A.-G., Reutbahn, Lichterader Str. 32, ist aufgehoben. Die Differenzen sind durch Verhandlungen beigelegt.

**Tapezierer.** Die Sperrung über die Firma Seher, Dresdener Str. 35, ist aufgehoben, die Differenzen sind beigelegt.

### Deutsches Reich.

#### Verjährung der Keramarbeiterverbände.

In einer am 14. März im Berliner Gewerkschaftshaus abgehaltenen Konferenz der Verbände des Glasarbeiterverbandes, des Porzellanarbeiterverbandes und des Töpferverbandes wurde Stellung genommen zu einer gemeinsam ausgearbeiteten Statutenvorlage für einen in Aussicht genommenen Keramarbeiterverband, der die bisher den Verbänden zugeordneten Berufsgruppen der keramischen Branchen zu einer gemeinsamen Organisation zusammenfassen soll.

In zahlreichen vorausgegangenen Sitzungen hat eine aus je drei Mitgliedern der drei Verbandsverbände zusammengesetzte Kommission das gemeinsame Statut beraten, das nach seiner Ratifizierung den übrigen Verbandsmitgliedern rechtzeitig zugestellt wurde.

Am 14. März fand nun eine vorläufig abschließende Diskussion über den Entwurf statt. Besondere Ausstellungen konnten an der fleißigen Arbeit der Kommission nicht gemacht werden. Beschlüsse wurde nunmehr, im Laufe dieser Woche den fertigen Statutenentwurf zugleich mit dem Sachorgan sämtlichen Mitgliedern der drei Verbände zugänglich zu machen. Eine gleichlautende Erklärung in den drei Sachorganen verweist auf diesen Entwurf und auf die Tatsache, daß alle drei Verbände laut Verbandsratsbeschluss über das Statut und damit die Verjährung durch Abstimmung entscheiden sollen. Die drei Verbände sind jedoch dabei der Meinung, daß es nicht richtig erscheint, über ein nur von den drei Vorständen ausgearbeitetes Statut abzustimmen. Vielmehr sei notwendig, um ein richtiges Bild über die Meinungen in den Mitgliederkreisen zu erhalten, daß die drei Verbände zu gleicher Zeit und am gleichen Ort Verbandstage abhalten, die dann in einem gemeinsamen Kongress der drei Verbände ihren Abschluß finden müßten. Die drei Vorstände lassen sich bei dieser Mahnung von der Auffassung leiten, daß auch den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden muß, über das ausgearbeitete Statut nicht nur zu diskutieren und dann abzustimmen, sondern auch an dem Entwurf Änderungen vorzunehmen. Diese Änderungen können dann nach Stellung entsprechender Anträge die gemeinsame Generalversammlung der drei Verbände treffen, und erst hierauf unterliegt das revidierte Statut nach Verichterstattung und nochmaliger Diskussion der Ratifizierung durch die Mitglieder.

Die Einberufung der drei Verbandstage sowie der kombinierten Generalversammlung soll so schnell wie möglich, die Abhaltung dieser Tagungen spätestens bis Mitte Juli vollzogen werden.

Die drei Vorstände erwarten nunmehr nach Unterbreitung der Statutenvorlage eine sachliche Kritik, die dem allgemeinen Wohl der einzelnen Organisationen und dem anzustrebenden Gesamtverbande dienlich ist. Unzweifelhaft wäre auch diese Forderung der Keramarbeiterverbände ein weiterer Schritt zur Verwirklichung und Schlagfertigkeit der deutschen Gewerkschaftsverbände. Der vereinigte Verband zählte dann sofort circa 45 000 Mitglieder, bekäme damit eine stärkere Verbekraft und wäre vor allem auch weit eher in der Lage, den Unternehmern kampfwürdig entgegenzutreten zu können. Die Festigung der Unternehmerverbände erfordert verschärfte und verbesserte Kampfmethoden des Proletariats.

In dem Transportarbeiterstreik in Stolp i. P., der von der Militärverwaltung durch Vermittlung von Husaren als Arbeitswillige erschwert wird, ist zu bemerken, daß jetzt auch von der Eisenbahnbehörde in den Streik eingegriffen wird. Die Eisenbahnverkehrsinspektion macht in den hiesigen Zeitungen amtlich bekannt, daß sie während der Dauer des Ausstandes bei einem der vom Streik betroffenen Spedituren (Freundlich) das Abrollen der eingehenden Stückgüter, soweit es dem bahnamtlichen Kollisionsunternehmer obliegt, übernimmt. Und tatsächlich sieht man, wie dieses gemacht wird. Die Schrift des Wagens, der den Namen des Spediteurs trägt, ist verdeckt. Darüber prangt ein Schild mit der Aufschrift „Königl. Preuß. Eisenbahn-Verwaltung“. Den Wagen begleiten Bahnarbeiter, die eine schwarzweiße Armbinde mit Insignien tragen und laden die Stückgüter ab. Ein höherer Bahnbeamter ist stets bei dem Abrollen tätig und führt die Aufsicht über den Wagen. Natürlich erregt dieses Straßenbild berechtigter Heiterkeit. Daß im übrigen die Polizeibeamten auch nicht müßig sind, ist selbstverständlich; müssen doch die Arbeitswilligen geschickt werden.

#### Der hineingelegte Arbeitswilligen-Vermittler.

Wegen Urkundenfälschung und Beleidigung hatte sich vor dem Landgericht in Hamburg der gelbe Arbeitswilligenagent Karl Friedr. Karmarck-Berlin zu verantworten. Der in Hamburg wohnende Arbeitswilligenagent Westphalen erhielt im vorigen Jahre aus Dresden einen Brief, in dem er ersucht wurde, für einen Betrieb von Oskar Piech in Dresden, in dem ein Streik ausgebrochen war, mehrere arbeitswillige Schloffer, Heizer und Maschinenarbeiter zu beschaffen. Sollte W. zu dem Geschäft bereit sein, dann solle er sich nur sofort nach dem Hotel Baltic, Berlin, Invalidenstr. 10, begeben, wo er nähere Informationen erhalten könne. W. hatte natürlich nichts eiligeres zu tun, als sofort nach

Dresden zu reisen. Als er in dem genannten Hotel eintraf, erhielt er die Nachricht, daß er sich nach dem Stettiner Bahnhof begeben solle, wo ihm das Buffetskänlein näheres mitteilen könne. Hier angelangt, wurde er wieder mit zwei Männern bekannt, die sich als Vertreter von der Firma P. aus Dresden vorstellten und die näheren Abmachungen über den Arbeitswilligentransport verabredeten. W. fuhr also wieder nach Hamburg, suchte die gewünschte Anzahl Arbeitswillige zusammen und fuhr damit nach Dresden. Hier konnte er jedoch eine Firma Oskar Piech, die die Arbeitswilligen gebrauchte, nicht ausfindig machen. Es blieb ihm also nichts anderes übrig, als mit seinen Siebenmonatskindern wieder nach Hamburg abzufahren. Als er hier wieder eintraf, erhielt er noch einen anonymen Brief, in dem er schmähslich bescholzt wurde. Nach längerer Zeit stellte sich als Schreiber der beiden Briefe der Angeklagte Karmarck heraus. In der Verhandlung erklärte K., daß er sich nur einen Scherz mit W. habe erlauben wollen. Das Gericht verurteilte jedoch K. wegen dieses „Scherzes“ zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten.

### Christliche Abbitte.

Beim Buchbinderstreik im frommen Nevelaer hatte bekanntlich die Christliche Organisation vom Kampfmittel des Wohlwollens Gebrauch gemacht; die Nevelaerer Gebetbücher sollten nicht mehr gekauft werden. Ueber diese selten forsche Tat mögen die Christlichen nachher wohl selbst erwidert gewesen sein, vielleicht auch, daß irgendein Bink von oben sie auf den christlichen Pfad der Demut zurückgebracht hat. Genug, sie sind nach dem Streik emsig bemüht, diese gegen die Unternehmer geübte undringsliche Tat gewissermaßen abzubitten.

Vor uns liegt nachstehendes Schriftstück, das der christliche Graphische Verband an die Buchhändler gesandt hat:

#### „Sehr geehrte Firma!“

Dem verehrlichen Buchhändler teilen wir hierdurch mit, daß der Buchbinderstreik in Nevelaer gestern beigelegt wurde. Durch Vermittlung von dritter Seite wurden Verhandlungen der beteiligten Parteien in Rathaus zu Nevelaer herbeigeführt, die durch beiderseitiges Einigenkommen einen beide Teile befriedigenden Abschluß ergaben. Von Seiten der Arbeiter sind infolge des Kampfes Fabrikate der Nevelaerer Gebetbuch- und Devotionalienindustrie vielfach zurückgewiesen worden. Auch sind die Käufer obiger Artikel ersucht worden, von Nevelaer nicht mehr zu kaufen. Im Interesse unserer wieder zur Arbeit zurückgekehrten Mitglieder bitten wir Sie dringend, von einem Abbruch der geschäftlichen Beziehungen zur Nevelaerer Industrie Abstand zu nehmen bzw. die alten Beziehungen wieder aufzunehmen. Das Arbeiterinteresse erfordert eine schnelle Wiedereinstellung des guten Rufes des Nevelaerer Buchbindergewerbes. Köln, den 21. Februar 1913.

Für den Graphischen Zentralverband: Ad. Hornbach, Zentralvorstand.

Das Anschreiben an die Buchhändler repräsentiert sich als ein wahres Angstprodukt, das zeigt, unter welchen Bedingungen der Friede zustande gekommen sein mag.

Für die Arbeiter ist denn auch nichts weiter herausgekommen, als das Versprechen, im Laufe des Jahres in eine Tarifverhandlung einzutreten. Dafür hat sich der Zentralverband anscheinend verpflichtet müssen, obendrein Restante für die Nevelaerer Unternehmer zu machen, um die üblen Wirkungen, die anscheinend der Wohlwoll im Besolge hatte, gutzumachen. Das nennen die Christlichen dann erfolgreiche Lohnbewegungen.

### Ausland.

Die Möbelmacher, Stuhlbauer und Maschinenarbeiter in den Werkstätten West-London sind im Zustand, weil die Unternehmer auf friedlichem Wege sich zu keinerlei Zugeständnissen auf die von den Arbeitern erhobenen Forderungen herabließen. Diese Forderungen lauten: Erhöhung des Mindestlohnes um  $\frac{1}{2}$  Penny auf 11  $\frac{1}{2}$  Penny (96 Pf.) pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche. — Unter den bestreikten Firmen befinden sich mehrere, die im Auslande (besonders in Paris) größere Etablissements unterhalten, so die Firmen Mahle u. Co., Warnig u. Gilman u. a. Der Verband der Möbelarbeiter Großbritanniens, welcher als Mitglied der internationalen Union der Holzarbeiter angegeschlossen ist, wendet sich an die ausländischen Bruderverbände und Berufsorganisationen mit der Bitte, den Zugang von Holzarbeitern nach London streng fernzuhalten. Die Kampfsenden hoffen auf eine baldige erfolgreiche Durchführung ihrer Forderungen, wenn ihrer Bitte auf Fernhaltung des Zugangs entsprochen wird. In den gemischten Betrieben Londons, wo Bau- und Möbelmacher zusammenarbeiten, haben die Buntmacher zugunsten der Möbelmacher die Arbeit ebenfalls eingestellt. Rasse sich also kein deutscher Kollege dazu verleiten, nach London zu reisen und dort den kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen.

## Letzte Nachrichten.

### Der Bundesrat und die Dedungsfrage.

Köln a. Rh., 19. März. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Das Plenum hat sich heute mit den Heeres- und Steuervorlagen beschäftigt. Sicherem Vernehmen nach hat sich der Bundesrat bei der einmaligen Vermögensabgabe für eine feste, unbewegliche Abgabe ausgesprochen und zwar eine solche in Höhe von  $\frac{1}{2}$  Proz. Der Plan einer progressiven Veranlagung der Vermögen zu der Milliardenabgabe hat also im Bundesrat keine Gegenliebe gefunden. Es wird deshalb Sache des Reichstages sein, diesen Gedanken, der im Volke lebhaft befürwortet wird, zur Geltung zu bringen. Bei einer progressiven Besteuerung des Vermögens könnte auch der kleine Besitz herangezogen werden.

### Juden- und Türkenmassakers aus Anlaß des Attentats auf den König von Griechenland.

Wien, 19. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Saloniki sind der Erregung über die Ermordung des Königs Georg 13 Türken und Juden zum Opfer gefallen. Sie wurden getötet oder mehr oder weniger schwer verletzt. Jetzt ist die Ruhe wieder hergestellt.

### Die Lage in Stutari.

Wien, 19. März. (B. Z. B.) Die „Neue Freie Presse“ erfährt: Angesichts der Nachrichten, die aus Stutari einkämen, kann es bei der Ablehnung des von allen Mächten in Cetinje unternehmen Schrittes, der Zivilbevölkerung von Stutari den Abzug zu gestatten, nicht bleiben. Der Fremdenlegation hat sich bereits Verzichtleistung bemächtigt; es ist eine Hungernot unter den Fremden ausgebrochen. Die montenegrinischen Parlamentäre, die in Stutari zu Unterhandlungen mit Essai Pascha eingetroffen sind, lehnten es ab, die Kollektivprotestnote der Konsulate gegen die Verschlebung der Konsulate und der Fremdenniederlassungen entgegenzunehmen.

### Vom marokkanischen Aufstand.

Kabat, 19. März. (B. Z. B.) Der Posten der Kasbah el Hadjed wurde in der Nacht vom 18. d. M. von Aufständischen angegriffen, die in einem Bajonettkampf zurückgeworfen wurden. Die Franzosen hatten einen Toten und acht Verwundete. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Die Aufstellung der sozialdemokratischen Landtagskandidaten für Berlin-Stadt.

Am Dienstagabend hielten die sechs Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine Generalversammlungen ab, die gleichmäßig Stellung nahmen zu den Märzerrungenschaften und der preussischen Wahlrechtsbewegung und dann die Aufstellung der Kandidaten für die Berliner Landtagswahlbezirke vornahmen.

Ueber den Verlauf der einzelnen Versammlungen erhalten wir folgende Berichte:

Erster Wahlkreis.

Zu einer würdigen Märzfeier gestaltete sich die Generalversammlung im ersten Kreis. Eingeleitet wurde die Versammlung durch stimmungsvollen Gesang des Gesangsvereins „Olympia“.

Zweiter Wahlkreis.

Vor der gutbesuchten Generalversammlung hielt zunächst Herrmann Müller seinen, die Wahlrechtsbewegung einleitenden Vortrag über die Märzerrungenschaften und die Wahlrechtsbewegung.

Kleines Feuilleton.

Ein Kinotheater, das in der Architektur künstlerischen Anforderungen gerecht wird, hat Oscar Kaufmann am Rollendorfsplatz errichtet. Um seinen Wert zu schätzen, ist es nur notwendig nach dem leidenschaftigen Gegenbeispiel, das dem prächtigen Tempel der Lichtspiele gegenüber steht, den Blick zu richten.

Theater.

Deutsches Schauspielhaus: „Das gelobte Land“, Schauspiel von Arthur Meyer-Brandus. In dem, was der Verfasser, ein Berliner Arzt, durch sein Stück zum Ausdruck bringen möchte, muß jeder anständig Denkende ihm zustimmen.

erledigt; das Resultat derselben ist bereits bekanntgegeben; es wurden aufgestellt die Genossen Hugo Bösch, Hermann Müller und Dr. Alfred Bernstein.

Ein Antrag der 5. Abteilung, der die Abschaffung der Urwahlen für die Delegationen zu den Parteitaggen usw. anstrebt, wird nach einer kurzen Aussprache abgelehnt.

Dritter Wahlkreis.

Der Wahlverein für den dritten Reichstagswahlkreis hielt seine gutbesuchte Generalversammlung im „Dresdener Kasino“, Dresdener Straße 96, ab.

Kandidatenfrage.

Die Versammlung stellte einstimmig für den dritten Landtagswahlkreis den Genossen Theodor Glöck als Kandidaten auf.

Dann erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß für den vierten Landtagswahlkreis, der zu einem kleineren Teil zum dritten Reichstagswahlkreis gehört, der Genosse Alfred Bernstein aufgestellt werde.

Darauf nahm Genosse Böhl das Wort zu der Kandidatenfrage im fünften Landtagswahlkreis, wo bekanntlich bereits Genosse Julian Borchardt neulich aufgestellt worden ist.

Im vierten Wahlkreis

referierte Adolf Hoffmann, der seinen Vortrag mit den Versen einleitete: „Und dräut der Winter noch so sehr mit trohigen Gebärden...“

tion keine Stimme und kein Mandat. (Allseitiger Beifall.) Uns kann es egal sein, ob offene oder verkappte Wahlrechtsgegner in den preussischen Landtag kommen.

„Wollt Ihr die großen Toten ehren, Und feiern ihren Genius, So müßt Ihr Eurer Jugend lehren, Wie Wahrheit man bekennen muß.“

(Stürmischer Beifall.)

Ohne jede Debatte wurden sodann die Kandidaten für den preussischen Landtag

Kandidaten für den preussischen Landtag

nominiert, und zwar für den 5. Kreis: Borchardt, für den 6. Kreis: Adolf Hoffmann und für den 7. Kreis: Hirsch.

Hierauf geht die Versammlung zu dem dritten Punkt der Tagesordnung über:

Zusatzanträge zu den Ausführungsbestimmungen.

Zuerst heißt § 4 Absatz 2 zur Diskussion. (Die seitgedruckten Stellen sind Zusatzanträge.)

„Zu den Aufgaben der Bezirksführer gehören: Der erste Bezirksführer trifft die notwendigen Vorbereitungen zum Jahlabend, Maßnahmen für guten Besuch, erfasseter Bericht über die Fragen, die die Organisation betreffen, stellt politische Tagesfragen oder behandelnde Verhandlungen zur Diskussion; sorgt also dafür, daß der Jahlabend zu einer belebenden Stelle wird.“

Hierzu bemerkt der Vorsitzende Paul Hoffmann: In den letzten Jahren ist in unserer politischen Organisation ein erheblicher Aufschwung nicht zu verzeichnen.

Die Frage aufzuwerfen, ob nicht vielleicht hier und dort andere Mittel anzuwenden sind, um ein regeres, geistiges Leben in der politischen Organisation zu erzielen.

mobilitische Dunkelhaftigkeit der Dichter mit Kesseln streicht. Sollen wir für diese „hochgeborenen“ Fäulniser Wilhelms Spottbehalten teilen, so müssen sie uns auf der Bühne schon näher gerichtet werden, als es der Fall war.

Notizen.

Der Kinoreklameredner. Einen neuen Beruf eröffnete am Mittwoch bei der Einweihung eines neuen Kinotheaters am Rollendorfsplatz (das den schönen Namen „Einos“ führt) Herr H. G. Ewers.

Die Dresdener Volks-Singakademie, ein ausschließlich aus Angehörigen der minderbemittelten Volksschicht bestehender 400 Mitglieder starker Chor, der seit 12 Jahren in Dresden an der musikalischen Volksbildung arbeitet, wird am Sonntag, den 20. April im Extrazug in Berlin eintreffen und nachmittags in der Altienbrauerei Friedrichshain, unter Mitwirkung der hervorragendsten Solisten der Dresdener Hofoper und des Blüthner-Dirigenten die Beethoven'sche Messe solennis aufführen.

Der Männerchor Kenölin verankert am 28. März (1. Osterfesttag) im neuen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide, unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchesters, sowie des Konzertänglers Herrn Eduard Peier, ein Konzert. Der Chor bringt unter anderen auch Lieder von Wagner, Schubert und Lisztmann zu Gehör.



Beitrag nicht entrichtet haben, das fällige Geld in der Wohnung abholen zu lassen. Hiermit könnte erreicht werden, daß die Betreffenden sich selber an die Organisation schlossen und dann auch ihren Beitrag am Jahlabend abliefern. Dies hat zahlen die Genossen auch infolge ihrer schlechten Wirtschaftslage nicht und um so härter treffe es sie, wenn sie dann mehrere Monate nachzahlen müssen. Das bewirkt, daß viele Mitglieder gestrichen werden müssen. Aus all diesen Erwägungen habe die Kreisversammlung jenen Antrag ihre Zustimmung gegeben und er (Redner) bitte dringend um Annahme desselben. (Beifall.)

Als nächster Redner spricht **Warenthia**, der sehr warm für den Antrag der Kreisversammlung eintritt. Die Gegner bauen ihre Organisationen aus, also müssen wir dasselbe tun. An Hand von Zahlenmaterial zeigt Redner, wie notwendig die Annahme des Antrags sei. Mit der Hauskassierung sind in der Tat schon günstige Resultate erzielt worden. Redner legt seiner Behauptung statistisches Material aus anderen Städten unter, wo die Hauskassierung besteht und sich trefflich bewährt habe. So hat durch das Abholen der Beiträge in Hamburg die Plutuation ganz bedeutend nachgelassen und die Beitragsleistung ist enorm gestiegen, wie aus einer Zusammenstellung vom 8. Hamburger Wahlkreis zu ersehen ist, die Redner der Versammlung unterbreitet. Allein aus der Gegenüberstellung zweier Jahrgänge ergebe sich dies: 1904: 95 452 männliche und 8296 weibliche, 1910/11: 825 542 männliche und 49 681 weibliche Beiträge. Was dort möglich sei, könne auch im vierten Berliner Reichstagswahlkreis durchgeführt werden. Führt man das gemischte Hauskassiersystem ein, so können die restierenden 15 000 Mitglieder in kurzer Zeit wieder gewonnen werden. Dabei könnte man zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: indem wir die Zahl der Mitglieder stärken und mehr Geld in die Kriegskasse bekommen. Die Stofkraft einer Partei hänge von ihren Zielen und von der Stärke ihrer Organisation ab. Deshalb ersuche er um Annahme des Antrages. (Beifall und Widerspruch.)

**Arndt** wendet sich gegen den Antrag. Die Zahlen, die **Warenthia** angeführt habe, seien ja sehr bescheiden; er warne aber, sich daraufhin auf das Experiment einzulassen. (Sehr richtig!) Die Kassierer würden als „Prozentgenossen“ betrachtet werden. (Aufe: Oh!) Durch die Hauskassierung würden die Genossen den Jahlabend ferngehalten werden. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Der Antrag laufe darauf hinaus, die Jahlabende abzuschaffen. (Widerspruch.)

**Vorsitzender B. Hoffmann**: Vom Vorstand denke niemand daran, die Jahlabende zu beseitigen. (Beifall.) **Prop**: Das Interesse an den Jahlabenden würde durch Annahme des Antrages verloren gehen. Wenn **Hoffmann** nun auch sage, daß man das nicht wolle, die Wirkung wäre aber doch die Beseitigung der Jahlabende. (Die weiteren Ausführungen des Redners gehen in der Unruhe verloren.)

**Dilau**: Er hätte nicht geglaubt, daß man Hamburger Verhältnisse auf Berlin übertragen wolle. Da sei doch ein großer Unterschied vorhanden. Wer erst durch den Vollziehungsbeamten geholt werden müsse, an dem sei nicht viel. Er bitte, den Antrag aus grundsätzlichen Bedenken abzulehnen. (Sehr richtig! und Widerspruch.)

**Davidsohn**: Es sage ja niemand, daß das vorgeschlagene System nun um jeden Preis durchgeführt werden solle. Und wenn es auch eingeführt würde, so wäre dies doch nicht für ewige Zeiten festgelegt. Wenn man später anderer Meinung werde, so könne ja die Einrichtung jederzeit wieder aufgehoben werden. **Arndt** habe seinen Beweis für seine Einwände erbracht. Wenn gesagt werde, die Jahlabende würden dadurch einschlafen, so könne man dem entgegenhalten, daß doch alle Erwägungen gerade mit Rücksicht auf die Jahlabende und ihren Ausbau getroffen würden. Sie sollen besser werden. Dort soll Belehrung ausgetauscht und geschöpft werden, was heute nicht immer möglich wäre. Das Einschließen der Beiträge fällt diese Abende heute sehr oft fast ganz aus. Nicht aufheben, sondern heben wolle man die Jahlabende. Es sei zu begrüßen, daß in dieser Frage gerade der 4. Kreis eine so lebhafteste Initiative ergriffen habe. (Lebhafter Beifall.)

**Kober** verpricht sich vielen Nutzen von einem Hauskassiersystem. Die Hauskassierer besäße ja schon längst, indem die restierenden Mitglieder schon heute in den Wohnungen aufgeschloßen würden. (Sehr richtig!)

Die Versammlung entscheidet zuletzt, daß über den Antrag der Kreisversammlung im nächsten Jahlabend eine Urabstimmung erfolgen soll.

Es folgt dann folgender Antrag zur Besprechung:  
Unter § 7 ist als § 8 zu setzen:

- Bildungsausschuss**  
1. Der Bildungsausschuss besteht aus 7 Personen, die alljährlich von der Generalversammlung zu wählen sind. Der Vorstand delegiert einen Deputierten in den Ausschuss.  
In den Aufgaben des Bildungsausschusses gehören:  
a) Theoretische Abende zu organisieren und für geeignete Lehrkräfte zu sorgen.  
b) Kunst- und Unterhaltungsabende sowie Festlichkeiten zu arrangieren.  
2. Die geschäftlichen Angelegenheiten dürfen nur gemeinsam mit dem Vorstand des Wahlvereins erledigt werden.

Hierzu nimmt **Koppe** das Wort, der einen Gegenantrag begründet und im übrigen Richtlinien für die Bildungsarbeit gibt. **Minor** bittet, an diesem Abend die Aufgaben des Bildungsausschusses nicht zu diskutieren; dagegen die Richtlinien, die **Koppe** vorzüglich gezeichnet habe, dem Ausschuss als Material zu überweisen. (Zustimmung.)

Der Antrag der Kreisversammlung wird angenommen, damit fällt der Antrag **Koppe**.

§ 6, der wie folgt lautet, wird ebenfalls angenommen:

Der Vorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, zwei Schriftführern, sechs Bezirksführern, die als Beisitzer fungieren, und einer Vertreterin der Frauen.

Zur Kontrolle der Kassensführung sind sechs Revisoren zu wählen. Zwei Revisoren, die Mitglieder des Zentralvorstandes, der Vorsitzende der Beschwerdekommision und die Obmannin der Rinderkaufkommission haben im Vorstand Sitz und Stimme.

Desgleichen der Antrag, der besagt, daß auch die Bezirksleitungen herabzugesetzt sind, an der Generalversammlung teilzunehmen, sowie die übrigen Anträge, bis auf § 3, der zurückgestellt wird.

Angenommen wurde noch der Abänderungsantrag zum Regulator für die Kreiswahl:

§ 7. Bei der Wahl entscheidet absolute Mehrheit.

Nachdem noch die Wahl des Bildungsausschusses erledigt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Anwesend waren: Delegierte 863, Bezirksführer 204, Abteilungsleiter 68, Lesendeleiterinnen 36, Vorstands- und Kommissionsmitglieder 48, insgesamt also 1272.

**Sechster Wahlkreis**

Die sehr stark besuchte Versammlung nahm mit lebhaftem Beifall den Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** entgegen, der in einen Appell zur energischen Führung des Landtagswahlkampfes auslief.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führte der Vorsitzende **Friedländer** aus: Wir sind nicht in der Lage, Kandidaten zur Aufstellung vorzuschlagen. Die Kandidaten sind in den betreffenden Landtagswahlkreisen bereits aufgestellt. Wir können das nur zur Kenntnis nehmen. Der fünfte Reichstagswahlkreis ist an drei Landtagswahlkreisen beteiligt. Der sechste Landtagswahlkreis besteht aus Teilen des vierten und fünften Reichstagswahlkreises. Zwischen den für den siebenten Landtagswahlkreis in Frage kommenden Funktionären beider Reichstagswahlkreise gab es keine Meinungsverschiedenheit über die Wiederanstellung des Genossen **Sirch**. Eine Versammlung des siebenten Landtagswahlkreises hat auch bereits den Genossen **Sirch** als Kandidaten „nominiert“, wie der Vorstand des vierten Reichstagswahlkreises sagt. „Aufgebellt“ soll er in der heutigen Generalversammlung des vierten

Reichstagswahlkreises werden, wozu wir eingeladen sind, eine unseren Anteil am Landtagswahlkreis entsprechende Zahl von Delegierten zu senden. Wir haben das abgelehnt und erklärt, wir können ein solches Verfahren nicht mitmachen. Nach dem Beschluß der Verbandsgeneralversammlung vom 20. August 1911 sind die Landtagskandidaten nicht von den Versammlungen der Reichstagswahlkreise, sondern von den Genossen der Landtagswahlkreise aufzustellen. Das ist im siebenten Landtagswahlkreis geschehen und damit ist die Sache erledigt.

Im achten Landtagswahlkreis, der aus Teilen des 1., 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises besteht, ging die Aufstellung des Genossen **Düwelle** ohne Differenz voran.

Es würde nicht nötig sein, über die formalen Meinungsverschiedenheiten mit dem vierten Reichstagswahlkreis zu reden, da ja in der Kandidatenfrage selbst vollkommene Übereinstimmung herrscht. Aber es ist im achten Landtagswahlkreis, der zu zwei Dritteln vom sechsten und zu einem Drittel vom fünften Reichstagswahlkreis gebildet wird, eine Differenz entstanden, welche die Kandidatur selbst berührt. Der zehnte Landtagswahlkreis bietet uns gute Aussichten auf den Sieg. Einer Funktionärskonferenz des zehnten Landtagswahlkreises wurden vier Genossen präsentiert, von denen sie einen als Kandidaten wählen sollte. In dieser Sitzung erhielt Genosse **Cohen** 58 Stimmen, ein zweiter Genosse 26, ein dritter 12 und ein vierter 3 Stimmen. Damit war also **Cohen** mit absoluter Majorität als Kandidat aufgestellt. Die Funktionäre des fünften Reichstagswahlkreises haben nicht für **Cohen** gestimmt. Die Mehrheit stellte der sechste Wahlkreis, was sich dadurch erklärt, daß unter den für den zehnten Landtagswahlkreis in Frage kommenden Funktionären des sechsten Reichstagswahlkreises viele Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sich befinden. Nachdem **Cohen** von den Funktionären des Landtagswahlkreises aufgestellt war, machte sich im sechsten Reichstagswahlkreis eine Strömung gegen ihn geltend. Es hieß, es würden Stimmen gegen die Kandidatur **Cohen** gesammelt. Später hat sich eine Kreisversammlung des sechsten Reichstagswahlkreises gegen die Kandidatur **Cohen** erklärt. Der Vorstand des sechsten Reichstagswahlkreises ersuchte und darauf, wir möchten erneut zur Kandidatenfrage Stellung nehmen, jedoch unter Ausschluß der Kandidatur **Cohen**. Wir haben das abgelehnt, weil die Entscheidung über die Kandidatur dem Landtag, aber nicht dem Reichstagswahlkreis zusteht. Dann hat der Vorstand des sechsten Reichstagswahlkreises eine Funktionärskonferenz des zehnten Landtagswahlkreises einberufen, an der auch Delegierte des fünften Reichstagswahlkreises teilnahmen. Auch hier haben die dem zehnten Landtagswahlkreis angehörenden Funktionäre des sechsten Reichstagswahlkreises mit erdrückender Mehrheit beschlossen, die Kandidatur **Cohen** aufrecht zu erhalten. Ich weiß nicht, was die Generalversammlung des sechsten Wahlkreises heute beschließen wird. Nach unserer Auffassung ist **Cohen** der rechtmäßige Kandidat. Ich kann nichts weiter tun, als Ihnen von der Aufstellung der Kandidaten Mitteilung zu machen. Nach dem Beschluß der Verbandsgeneralversammlung sind die Landtagswahlkreise zuständig für die Aufstellung der Kandidaten. Ich kann also konstatieren, daß Sie von der Aufstellung der Kandidaten Kenntnis genommen haben und mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden sind.

Widerspruch erfolgt nicht, das Wort wünscht niemand. Der Vorsitzende teilte mit, daß das Schiedsgericht die Rüge gegen den Genossen **Neuh** (Zelnow-Beeslow) zurückgenommen hat. — Die Versammlung beschloß, Verurteilung gegen die Urteile nicht einzulegen.

**Sechster Wahlkreis**

Die in den „Germania-Brachisälen“, Chausseestraße, tagende Versammlung ist durch Delegierte außerordentlich gefüllt und auf der Galerie drängen sich die Zuhörer.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung hält der Abgeordnete des Kreises, Genosse **Lebebour**, einen Vortrag über: „Märgererungenschaften und preukische Wahlrechtsbewegung.“ Redner gibt einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen seit der französischen Revolution zu Ende des 18. Jahrhunderts und läßt seine Ausführungen in einem wuchtigen Appell an die Genossen anknüpfen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen mit Begeisterung tätig zu sein, für eine Befreiung von dem preukischen Joch und darüber hinaus für ein freies Deutschland, in dem gleiches Recht für alle, was Menschenansehen trägt, garantiert ist.

In seinen Ausführungen streift **Lebebour** auch die vorzunehmende Proklamierung der Landtagskandidaten und fordert die Genossen auf, bei der Aufstellung ganz besonders vorsichtig zu sein. Mit großen Mandaterfolgen können wir unter dem elenden Wahlsystem nicht rechnen, um so mehr ist es nötig, daß die, welche von uns ins Preukerparlament gewählt werden, Männer von echtem Schrot und Korn sind. Leisetreter können wir da nicht gebrauchen. Die Genossen, die als Kandidaten in Frage kommen, müssen sich in der Partei aus die beste Bewährt haben. Ein Lotteriespiel könnte von den unheilvollsten Konsequenzen begleitet sein. (Stürmischer Beifall.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der

**Aufstellung der Kandidaten**

gewidmet. Der Vorsitzende, Genosse **Henschel**, gibt den Bericht von der Kreisversammlung. Der sechste Reichstagswahlkreis ist an fünf Landtagswahlbezirken beteiligt. Gegen die Kandidaten des 8., 9., 11. und 12. Landtagswahlbezirk sind keine Proteste eingegangen; dagegen liegen gegen die Kandidatur des Genossen **Cohen**, der vom 10. Landtagswahlbezirk vorgeschlagen wird, eine Reihe von Protesten aus einer Anzahl Bezirke sowohl wie aus zwei Abteilungen vor. Redner empfiehlt daher, zunächst über diejenigen Vorschläge abzustimmen, gegen die kein Einspruch erhoben ist.

In diesem Sinne wird verfahren und werden die betreffenden Genossen einstimmig bestätigt. Die Namen derselben haben wir bereits gestern mitgeteilt.

Genosse **Henschel** verbeichtet sich nun über die Gründe, welche die Kreisversammlung veranlaßten, sich mit großer Mehrheit den Protesten gegen die Kandidatur **Cohen** anzuschließen. Zunächst war die Frage zu entscheiden, ob die Genossen des sechsten Wahlkreises das Recht haben, gegen die Kandidatur Stellung zu nehmen, da der 10. Landtagswahlbezirk zu zwei verschiedenen Reichstagswahlkreisen gehört. Während sich ein Teil der Berliner Genossen auf den Standpunkt stellt, daß nur der Landtagswahlbezirk das Recht hat, die Kandidaten zu nominieren, sind die Funktionäre des sechsten Wahlkreises der Ansicht, daß den Kreisorganisationen unbedingt das Einspruchsrecht bei allen Kandidatenaussstellungen gewahrt bleiben muß. Diese Auffassung entspricht auch dem Organisationsstatut unserer Partei, das nur in Reichstagswahlkreise geschilderte Organisationen kennt: Es kann und soll den Landtagswahlbezirken nicht das Recht genommen werden, sich nach geeigneten Kandidaten umzusehen und diese in Vorschlag zu bringen. Die Entscheidung muß aber immer bei den Genossen der zuständigen Reichstagswahlkreise bleiben, und falls zwischen diesen eine Einigung nicht zu erzielen ist, bei der höchsten Instanz, der Generalversammlung von Groß-Berlin. In den gegen die Kandidatur eingegangenen Protesten, denen sich die Kreisorganisation angeschlossen hat, wird darauf hingewiesen, daß die Kandidatur des Genossen **Cohen** im Interesse der Werbearbeit keine glückliche ist. Gegen **Cohen** herrscht in weiten Kreisen große Mißstimmung, die so weit geht, daß einige Funktionäre erklärt haben, ein Teil der Genossen würde bei der Wahl die Mitarbeit verweigern, wenn die Kandidatur **Cohen** bestehen bleibt. So bedauerlich solche Äußerungen auch sind und so sehr man sie verurteilen muß, so sind sie doch ein Gradmesser für die Unbeliebtheit des Genossen **Cohen**. Viel besprochen wurde auch das Verhalten **Cohen**s bei der Kaiserfeier 1906. Redner erinnert an die heftigen Debatten, die im Anschluß an die Kaisersperrung im Jahre 1906 stattgefunden haben. Das Verhalten **Cohen**s war damals wenig parteigegenständig. Seine Erklärungen in Versammlungen und im „Vorwärts“ entsprachen nicht den gepflogenen Verhandlungen. **Cohen** ist außerdem in der Partei nur wenig hervorgetreten. Wo

das aber geschehen ist, geschah es zunächst im Widerspruch zu den Meinungen der Groß-Berliner Genossen und der Gesamtpartei. Es hat keinen Wert, sich jetzt über die Ansichten des Kandidaten zu bestimmten Fragen zu orientieren, indem man ihn um Auskunft ersucht. Bei einem Kandidaten in einem so ausschlagreichen Bezirk muß schon durch seine Vergangenheit kein Zweifel über seine politischen Ansichten möglich sein. Den Vorschlag der Kreisversammlung, im Interesse des Friedens zurückzutreten, hat **Cohen** abgelehnt mit der Motivierung, dazu nicht sei genug zu sein. Es gehört mehr Mut dazu, wenn die Funktionäre eines Kreises die Kandidatur nicht wollen, im Interesse der Agitation und eines reichlichen Ausganges der Wahl zurückzutreten, um damit Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen. Der 10. Landtagswahlbezirk gehört zu denen, die wir mit großer Aussicht auf Erfolg befürchten werden. Schließen Sie sich dem Proteste der Kreisversammlung an, damit ein Kandidat gefunden wird, der der großen Masse unserer Genossen angenehm ist und der darüber hinaus in den Kreisen der Wähler Werbekraft besitzt.

Als nächster Redner erhält Genosse **Cohen** das Wort: Es ist nicht angenehm, hier zu stehen und sich gegen alle möglichen Angriffe zu wehren, aber ich werde es dennoch tun, da ich gewohnt bin, mich meiner Haut zu wehren. Es wird gesagt, eine Anzahl Genossen wollen die Mitarbeit verweigern, wenn meine Kandidatur bestehen bleibt. Dem stehen die Äußerungen anderer Genossen gegenüber, die derartig beiseite stehen wollen, falls mir die Kandidatur genommen werden sollte. Ich mißbillige die Äußerungen ebenso wie Genosse **Henschel** es tut. Erwähnen will ich sie nur, um damit zu zeigen, wie wenig durchschlagend das Argument ist. Was die Kaiserfeier 1906 anbelangt, gebe ich zu, daß wir uns in den Jahren gehabt haben und daß von beiden Seiten scharfe Bemerkungen gefallen sind, Bemerkungen, die bei ruhiger Diskussion sicher weniger scharf ausgefallen wären. In der Sache selbst habe ich nichts zurückzunehmen. Meine Mitteilungen beruhten durchaus auf Wahrheit, was auch von einem Feststellungsgericht, das meine Organisation einberufen hatte, bestätigt wird. Was meine politischen Ansichten betrifft, so kann ich nur sagen: Ich bin Sozialdemokrat und stehe auf dem Boden des Parteiprogramms. Darüber hinaus stehe ich ganz zur Verfügung, wenn jemand über meine Anschauungen zu bestimmten Fragen Auskunft wünscht. An den in unserer Partei alljährlich auftauchenden Streitfragen habe ich mich allerdings wenig beteiligt, doch glaube ich kaum, daß das ein Vorwurf für mich ist. Aber für die Partei war ich stets tätig. Ich war noch Bezirksführer in der Partei, als ich schon zwei Jahre Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes war. Bedeutlich die übergroße Arbeit gelang mir schließlich, das Amt niederzulegen. Man wirft mir mein Verhalten von 1906 vor. Aber Besonnenheit hat mich die Partei auch nach 1906 ständig zu Reserven aufgefordert und ich habe diese auch angenommen, soweit es meine Zeit erlaubte. Es ist nicht das erstemal, daß wir Kandidaturen, besonders bei Reichstagswahlen, angetragen werden. Da die Kreise aber wegen ihrer irdischen Lage von mir nicht genügend bearbeitet werden konnten, bin ich zugunsten von Genossen, die mehr Zeit haben, zurückgetreten. Jetzt aber, nachdem ich den Aufforderungen von Genossen, mich als Kandidat zur Verfügung zu stellen, einmal Folge geleistet habe, geht das Treiben gegen mich los. Wen ich würdig bin, die Partei in Versammlungen rednerisch zu vertreten, dann kann ich auch nicht unwürdig zu einer Kandidatur sein. Und darum erkläre ich auch heute wieder: Ich bin nicht feige genug, zurückzutreten. Ich stehe meinem Rann. Würde ich zurücktreten, dann kann mancher auf den Gedanken kommen, ich hätte etwas zu verbergen. Ich war bereit, den Genossen des 10. Landtagswahlbezirk das gegebene Wort zurückzugeben. Die Genossen haben sich in einer zweiten Abstimmung wieder für meine Kandidatur erklärt. Eine Instanz muß es doch geben, die über die Kandidaturen zu entscheiden hat, und nach meiner Meinung ist die gegebene Instanz der Landtagswahlbezirk. Da die Genossen dieses Bezirks mir Vertrauen entgegenbringen, glaube ich das Recht zu haben, auf meiner Kandidatur zu bestehen. Es gibt keinen, der die Sympathien aller hat, und wenn man wegen jeden Protestes zurücktreten müßte, dann stehe ich bei jedem Kandidaten jemand finden, der einen Protest einbringt. Es ist ganz klar, daß man in meiner Stellung auch Feinde haben muß. Feinde hat jeder, der für die Arbeiterbewegung etwas getan hat. Wenn Sie einen Kandidaten wollen, der keine Gegner hat, dann müssen Sie einen nehmen, der nichts getan hat. Daß meine Gegnerschaft innerhalb meiner Organisation nicht so groß ist, wie es nach der Rede des Genossen **Henschel** den Anschein hat, zeigen die 18 Metallarbeiter-Versammlungen, die sich gestern mit meiner Wiederwahl als Bevollmächtigter beschäftigten. In allen 18 Versammlungen waren kaum 40 Stimmen gegen mich. (Eingestimmter Beifall.)

**Buhl** wendet sich gegen **Cohen**. Schon mit Rücksicht auf die Werbearbeit ist die Kandidatur des Genossen **Cohen** ungünstig. Der 10. Landtagswahlbezirk kann nur erobert werden, wenn die Person des Kandidaten allgemein, in den Kreisen der Genossen so wohl wie in den Kreisen der übrigen in Frage kommenden Wähler, beliebt ist. Nur wenn ein Kandidat gern gesehen ist, wird bei der Agitation die Begeisterung aufgebracht werden, die zu einem günstigen Ausfall der Wahl erforderlich ist. Daß **Cohen** als Reserve Verwendung findet, ist gewiß kein Grund, ihm nun auch eine Landtagskandidatur zu übertragen. Wir tun alle das Beste für die Partei.

**Schulze** wendet sich gleichfalls gegen **Cohen**. Er erhebt Beschwerden wegen der gewerkschaftlichen Tätigkeit desselben, die aber nach Meinung der Versammlung nicht in die Versammlung gehören.

Ein Antrag, je einem Redner für und einem gegen **Cohen** das Wort zu geben, wird ohne Abstimmung angenommen. **Koch** erhebt gegen **Cohen** den Vorwurf, daß er gebildet hat, daß bei dem Neubau des Metallarbeiterhauses vorwiegend unorganisierte Bauarbeiter beschäftigt werden und mit angehehen hat, wie organisierte Arbeiter gemahnt werden.

**Rehbock**: Genosse **Cohen** hat sich politisch nichts ausshulden kommen lassen. Und solange er würdig ist, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes zu sein, muß er auch zu einer Landtagskandidatur würdig sein.

**Reid**: Es ist kein erhebendes Schauspiel, in einer großen Versammlung über Personenfragen sprechen zu müssen in einem Augenblick, da wir uns anschicken, in die Landtagswahlbewegung einzutreten; doch es ist nicht zu vermeiden. Die in Betracht kommenden Bezirke haben das Vorschlagsrecht und die Generalversammlungen sollten nichts daran ändern, wenn nicht ein dringender Grund vorliegt. Berechtigt sind wir aber auf Grund unseres Organisationsstatuts unbedingt dazu, und die Genossen werden sich auch das Recht nicht nehmen lassen. Unsere Parole war immer: Erst die Sache, dann die Person. Gleichgültig ist aber die Personenfrage keineswegs. **Cohen** steht seit langen Jahren an der Spitze einer großen Gewerkschaftsorganisation. Solche Genossen können unter Umständen auch in politischer Beziehung die Arbeiter gut vertreten. Aber ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich gegen die Kandidatur **Cohen** ganz erhebliche Bedenken habe. Ein Mann an der Stelle des Genossen **Cohen** kann es nicht allen recht machen. Aber in großen Kreisen herrscht gegen **Cohen** Mißstimmung, die sich manchmal schon bis zur Erbitterung gesteigert hat. Wir haben nicht zu unterzucken, ob diese Erbitterung berechtigt ist. Die Tatsache, daß sie besteht und daß **Cohen**, wie wir von den verschiedensten Seiten gesagt worden ist, als der bestgehegte Gewerkschaftsführer Berlins gilt, muß uns genügen. Es besteht die Gefahr, daß diese Mißstimmung leicht in die Partei übergreift und das müssen wir vermeiden. Gerade in einem Wahlkreis, der so auf des Reflers Schneide steht, wie der 10. Landtagswahlbezirk, mußte man alles vermeiden, was irgendwie hemmend wirken könnte. Denn es ist nicht gleichgültig, mit welcher Begeisterung bekämpft wird. Ich will nicht sagen, **Cohen** ist als Landtagskandidat ungeeignet, sondern ich will sagen, daß hier in diesem Bezirk eine andere Person mehr Werbekraft und weniger Angriffsflächen in die Agitation hineinbringt. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.



**Denksatz (Schlußwort):** Nach der Diskussion kann ich mich sehr kurz fassen. Es hat kein Mensch daran gedacht, Cohen ehelos zu machen. In der Parteiveranstaltung ist für uns das Material des Parteivorstandes maßgebend. Das Urteil der Feststellungskommission des Metallarbeiterverbandes ist für uns ohne Bedeutung, denn die Partei war bei dem Schiedsgericht ausgeschaltet. Leib hat sehr gut dargelegt, welche Gründe gegen Cohen sprechen. Im Interesse der Agitation wäre es wünschenswert, wenn Cohen jetzt von der Kandidatur zurücktreten würde, da sonst die Kandidatenstreitigkeiten bis zur Generalversammlung Groß-Berlins dauern, wodurch die Stokkraft der Agitation gelähmt werden muß.

Cohen erklärt in seinem Schlußwort zunächst, daß er bei der Vergütung der Bauarbeiten für den Metallarbeiterneubau keinen Einfluß hatte. Die Arbeiten, die er zu vergeben hatte, sind von organisierten Arbeitern ausgeführt worden. Genosse Leib hat streng sachlich gesprochen, aber seinen Schlußfolgerungen kann ich mich nicht anschließen. Es gibt keinen Menschen, der nicht irgendwo mit irgendeiner Handlung Anstoß erregt. Ich kann mich nur in einem Bezirk aufstellen lassen, in dem ich bekannt bin. Meine Stellung zu den Protesten habe ich bei meinen vorigen Ausführungen dargelegt. Die Kandidatenfrage muß dann eben der Entscheidung von Groß-Berlin überlassen bleiben.

Der nunmehr zur Abstimmung gelangende Antrag hat folgenden Wortlaut:

**Die Generalversammlung hält die Aufstellung des Genossen Adolf Cohen als Kandidaten für den sechsten Landtagswahlkreis im Interesse der Verarbeiteten für die Partei nicht für eine glückliche.**

Der Vorsitzende konstatiert, daß dieser Antrag mit überzogener Mehrheit angenommen ist und daß die Kandidatur Cohen damit für den sechsten Reichstagswahlkreis erledigt ist.

## Gerichts-Zeitung.

### Bernunft wird Unfian, Wohlthat Plage.

Dies anerkannter dieser Tage das Kammergericht gegenüber einer Anklage, die in der Tat behauptete, ein Bürger sei straffällig, weil er durch Fortwerfen eines Straßenbahnbillets die Straße verunreinigt habe.

Die Tilsiter Strafkammer kammerierte sich an den Wortlaut der Straßenpolizeiverordnung und bestrafte einen Bürger Spanghel wegen „Verunreinigung der Straße“.

Gegen die wie ein Satz und Ironie klingende Verurteilung legte der Angeklagte Revision ein.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht hielt die Anklage und die Verurteilung für unhaltbar. Er meinte, wenn man dem Patriarchen folgen wollte, könnte man sich ja kaum auf der Straße bewegen. Es müßte ja dann auch das Wegwerfen eines Zigarrenstummels, ja selbst das Abschlagen der Asche von der Zigarre strafbar sein. Er bitte den Senat auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen, obwohl die Freisprechung des Angeklagten schon wegen formeller Ungültigkeit der Verordnung erfolgen müßte.

Das Kammergericht hat die Voraussetzungen auf und sprach den Angeklagten frei, indem es auch dessen bare Auslagen der Staatskasse auferlegte. Es führte aus: Wegen die Ansicht des Landgerichts sprächen ganz erhebliche Bedenken. Die Frage, ob hier eine Verunreinigung der Straße durch das weggeworfene Bilet erfolgt sei, könne aber dahingestellt bleiben, weil die ganze Straßenpolizeiverordnung formell ungültig sei. Nach den vom Regierungspräsidenten für die formelle Gültigkeit von Polizeiverordnungen im Jahre 1888 erlassenen Vorschriften müßte die Polizeiverordnung, um gültig zu sein, ausdrücklich auf den § 143 des Landesverwaltungs-gesetzes Bezug nehmen. Da sie dies nicht tue, sei sie ungültig, woraus sich schon die Freisprechung ergebe. Aber noch Tage der Sache erscheine es angezeigt, der Staatskasse auch die notwendigen Auslagen des Angeklagten aufzuerlegen.

So ist's recht, die „interessante“ Frage, ob das Wegwerfen eines zerissenen Biletts, vielleicht auch das Gehen auf der Straße eine strafbare Verunreinigung darstelle, muß noch „dahingestellt“ bleiben. Es wänten ja sonst gleich schöne Anklagen nicht erhoben werden. Und dem Staatsbürger muß das Recht auf Drangsalierung und Belästigung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht erhalten bleiben, wozu zählt er denn seine Steuern? Außerdem hat nun endlich die Tilsiter Polizei ein großes Betätigungsfeld. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wird Spanghel angeklagt, so müssen auch die übrigen „Verunreiniger“ unter Anklage gestellt werden. Zunächst freilich muß eine formell einwandfreie Polizeiverordnung erlassen werden.

### Urteil im Bernsteinprozeß.

Der seit 6 Wochen vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte große Bernsteinprozeß ist nun gestern nachmittags zu Ende gegangen. Nach mehrstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, das Urteil dahin: Es werden

wegen Betruges verurteilt: die Angeklagten Kaufmann Adolf Brumbach in Duisburg und Kaufmann Emil Friede in Essen zu je 1000 M. Geldstrafe eventl. 100 Tagen Gefängnis; der Kaufmann Hermann Bach in Ruhla zu 2000 M. Geldstrafe eventl. 200 Tagen Gefängnis; der Kaufmann Walter Woeller wegen Beihilfe zu 9000 M. Geldstrafe eventl. für je 10 M. 1 Tag Gefängnis, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 2 Jahren Gefängnis. Die Angeklagten Schwalm-Dangig, Wendefelder-Dangig und Dargatz-Stolz werden freigesprochen. Auf Grund der Beweisaufnahme hat der Gerichtshof die Überzeugung gewonnen, daß die drei ersten Angeklagten von vornherein nicht die Absicht gehabt haben, das gesamte ihnen von den Bernsteinwerkern überlassene Rohmaterial zur Fabrikation zu verwenden, sondern gewisse Mengen dieses Materials unter Täuschung der Bernsteinwerke nach Wien zu verkaufen. Woellers Tätigkeit hat nach Ansicht des Gerichts dahin gezielte, in bewußtem und gewolltem Zusammenhang mit den drei Angeklagten die Bernsteinwerke zu täuschen. Bezüglich der Urkundensäufchung ist das Gericht zur Freisprechung gelangt. Die Behauptung Wachs, daß sein verstorbenen Schwiegervater ihm die Erlaubnis gegeben, auf Paketadressen seinen Namen zu setzen, ist nicht widerlegt. Auch ist nichts davon erwiesen, daß ihm die Nachkommen des Verstorbenen diese Erlaubnis etwa entzogen hätten. Er hat also bona fide gehandelt. Woeller hat Gelbanweisungen unter dem Namen Urndt abgehandelt, letzterer hat aber als Zeuge bekundet, daß er ihm die Genehmigung hierzu erteilt hat. — Was das Strafmaß betrifft, so hat das Gericht erwogen, daß die Angeklagten nicht als gemeine Verbrecher anzusehen sind, es sind unbestrafte Männer und dies ist ihnen zugute gehalten worden. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände mußte aber die Strafe nach dem Umfange des Vergehens hoch bemessen werden. Bei Woeller liegt die Sache so, daß er in drei Fällen am Betrüge mitgewirkt hat und da hat der Gerichtshof die höchste zulässige Geldstrafe von je 9000 M. eingesetzt und somit auf insgesamt 9000 M. Geldstrafe erkannt.

## Aus aller Welt.

### Das Militärluftschiff „L. Z. I“ vollständig zerstört.

Aus Karlsruhe bringen telegraphische Meldungen die Nachricht, daß das Militärluftschiff L. Z. I bei der Landung, die es gestern nachmittags nach einer zwanzigstündigen Fahrt auf dem Eggenzierplatz in Karlsruhe unternommen wollte, von dem herrschenden Sturmwind erfasst, hochgehoben und dann so heftig auf den Boden geschleudert wurde, daß es mitten auseinanderbarst. Das Luftschiff ist durch den Sturm vllständig zerstört. Der Rumpf ist in zwei Teile geborsten, die Spitze ist abgeknickt. Die Militärmannschaften wurden, als sie die hintere Hälfte des Luftschiffes mit Tauen festhielten, durch Emporziehen des Kreuzers beträchtlich in die Höhe getrieben und mußten daher schleunigst die Leine loslassen. Unfälle sind, soweit bis jetzt bekannt, nicht vorgekommen.

Erfolg L. Z. I machte seine erste Probefahrt am 16. Januar 1918 zunächst in Friedrichshafen und wurde später nach Cos bego, nach Baden-Baden übergeführt, wobei es eine stürmische Schneewaldfahrt zu überstehen hatte. Vom 24. bis 26. Januar wurde unter Führung des Oberingenieurs Dürr eine 16stündige Dauerfahrt ausgeführt, der sich am 16. Februar eine achtstündige Höhenfahrt anschloß, die über 2000 Meter führte. Dann erfolgte die Abnahme des Luftschiffes durch die Militärbehörde. Seitdem hat das Luftschiff eine Reihe wohlgeleitener Flüge unter der Führung des Hauptmanns Horn ausgeführt, der auch die Leitung bei dieser Fahrt hatte.

### Ein Ballonunglück.

In Bremen ist gestern mittag der Freiballon „Kalkstein“, der vormittags in Düsseldorf aufstieg, bei dem Versuch, auf dem Werder zu landen, mit der Gondel auf die Telegraphendrähte geraten und vom Winde gegen ein Haus gedrückt worden. Der Ballon riß einen Teil eines Schornsteines um. Inoffen des Ballons waren zwei Herren und eine Dame. Die Dame und ein Herr wurden verletzt und ins Krankenhaus geschafft. Von dem herabstürzenden Schornstein wurde ein achtjähriges Mädchen ziemlich erheblich verletzt.

### Die Namen der Kaffern im Transvaal.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns: Ein Kaffer, der in die Stadt übersiedelt, muß sich in einem besonderen Bureau des Einwohneramts registrieren lassen, was dadurch geschieht, daß er eine Nummer (auf einer Blechplatte) erhält, die ihm am Fuß oder sonstwo befestigt wird. Sein Name ist also die laufende Nummer. Geht er in Stellung bei einem Weißen und lebt er sich ein, so wählt er sich selbst einen Namen, und zwar mit Vorliebe die Bezeichnung einer Münze: Mister Penny, Halfpenny (halber Penny) und dergl. Zum Schilling wagt er sich selten heran, er ist schon stolz, wenn er sich Mister Sixpence (halber Schilling) nennt. Kulturhistorisch sind diese Namen außerordentlich bezeichnend für unsere kapitalistische Erziehung der „Wilden“. Ein

Mister Sixpence, dem es gut geht, bekommt große Vorliebe für bunte Westen — er kauft sich von diesen ein halbes Duzend und zieht sie alle an, eine auf die andere, sonst aber auch nichts . . . Dabei wären die Kaffern durchaus bildungsfähig, wenn man es nicht vorzöge, sie im Zustande grotesker Halbbarbarei zu erhalten. Mancher Kaffer legt ziemlich große Intelligenz an den Tag. Schreiber dieser Zeilen weiß z. B. von einem Jim (Dschim), der in der Peacockschen Apotheke zu Pretoria angestellt ist und seine Sache besser versteht, als so mancher diplomierte Pharmaceut.

### 120 000 Mark auf der Straße gefunden.

Einen recht wertvollen Fund machte am Dienstag der Buchbinder Regenstein aus Brandenburg. Als er nachmittags von einer Radtour nach Genthin zurückkehrte, entdeckte er auf der Chaussee nicht weit von Brandenburg eine Aktentasche. Er nahm sie an sich und fand in der Tasche Wertpapiere für 120 000 Mark. Kurz vorher war dem Buchbinder ein Automobil begegnet, dessen Inoffen offenbar die Verlustere waren. Da in der Mappe der Name des Besitzers verzeichnet war, konnte der Verlustere, ein Fabrikant aus Ragdeburg, noch am demselben Tage ermittelt und benachrichtigt werden. Noch am gestrigen Abend traf dieser in Brandenburg ein, um die Wertpapiere in Empfang zu nehmen. Der Finder erhielt eine angemessene Belohnung.

### Kleine Notizen.

**Fünf Mann in Erstickungsgefahr.** Auf der Höhe „Präsident“ der Bochumer Bergwerksaktiengesellschaft entstand in der Nacht zum Mittwoch infolge Selbstentzündung ein Feuersbrand. Bei den Abkämpfungsarbeiten gerieten durch aufsteigende Gase fünf Mann in Erstickungsgefahr. Sie wurden zutage gebracht und befreit. Ein Ausnahmefall eines Beamten, der verstarb, außer Gefahr.

**Zwei Steinbrucharbeiter durch einen Sprengschuß getötet.** In einem Steinbruch auf der Reitiviger Landstraße bei Eissen a. R. explodierte vorzeitig ein Sprengschuß. Hierdurch wurden der Schichtmeister und zwei Arbeiter getötet.

**Tödlicher Jagdunfall.** Auf tragische Weise hat in Kolberg der Hauptmann Amman vom 44. Infanterie-Regiment sein Leben eingebüßt. Als er während der Jagd im Kölliner Buchenwald die Jagdangel besteigen wollte, stürzte diese plötzlich unter der Last zusammen. Das Gewehr des Hauptmanns entlud sich und die Ladung drang ihm in den Kopf und hatte seinen sofortigen Tod zur Folge.

**Opfer der letzten Stürme.** Von dem Atonaer Fischdampfer „Gansa“ wurden in der Nordsee drei Matrosen, Wilhelm Stükel aus Glatzsch, Friedrich Schmidt aus Kopenhagen und Gustav Renslow aus Schwabmünchen durch eine Sturzsee über Bord gespült. Alle drei sind ertrunken.

**Feuer wird aus Gesteinände vom Mittwoch gemeldet:** In der letzten Sturmnacht sind auf der Weser zwei Schiffe gesunken, zwei gestrandet und sechs von ihnen Wägen vertrieben.

**Explodierte Petroleumquelle.** Mehrere Bohrungen in dem petroleumhaltigen Gebiet von Ruten in Rumänien, die bereits Petroleum zu Tage förderten, gerieten in Brand. Ein Ingenieur und mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt; einige Arbeiter werden vermisst.

**Verhaftung einer Einbrecherbande.** Am 18. März überraschte die Polizei New York eine Verbrecherbande, die seit geraumer Zeit ganz New York in Schrecken versetzt hatte. Der Führer der Bande legte ein Geständnis ab. Er gab zu, daß die Bande seit Monaten eine ganze Reihe Geschäfte ausgeraubt und Personen auf den Straßen angefallen habe. Man schätzte den Wert der geraubten Güter auf über 100 000 Dollar, ohne auch die Automobile abzuschätzen, die zum Zwecke der Ausübung der verbrecherischen Handlungen der Banditen gestohlen wurden. Die Bande, die 12 Mitglieder zählt, wurde in einem Keller festgenommen, woselbst ein ganzes Waffenarsenal aufgefunden wurde.

**Tödlicher Pflegersturz.** Mittwoch vormittag stürzte der Kommandant der Militärfliegerschule in Somma Lombarda (Italien), Hauptmann Moreno, während eines Gleitfluges aus der Höhe von 200 Metern ab und blieb unter den Trümmern der Flugmaschine tot liegen.

**Marktpreise von Berlin am 18. März 1918, nach Ermittlungen des Amtl. Polizeipräsidiums.** 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,50 bis 19,00, mittel 19,20—19,40, geringe 19,10—19,20. Roggen, gute Sorte 16,00—16,10, mittel 16,07—16,08, geringe 16,05—16,06 (ab Bahn). Buttergerste, gute Sorte 16,20—16,20, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,80—19,70, mittel 16,00—17,20 (frei Wagen und ab Bahn).

**Markthallenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße 35,00—60,00. Linien 35,00—60,00. Kartoffeln (Reinbl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rulle 1,80—2,40. Rindfleisch, Hammelfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kalle 1,80—3,20. Jander 1,80—3,60. Dichte 1,00—2,80. Barke 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 4,00—24,00.



## Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung

jeder Art, fertig und nach Mass

zum Selbstkostenpreis + 10% Umsatzgebühr

Bedeutende Ersparnisse

Bei einem Lagerbestand im Werte von ca. 600 000 Mark bieten wir in allen Abteilungen unserer 4 Verkaufshäuser eine nicht zu übertreffende Auswahl in allen Artikeln, Preislagen und Grössen

Wir senden Ihnen unseren Katalog gratis

# Herren-Kleider-Vertriebs-Ges.

Neue Schönhauser Str. 1  
Ecke Münz- u. Weinmeisterstrasse

Neukölln, Kottbuser Damm 72  
Ecke Lenu-Strasse

Charl., Wilmersdorfer Str. 165  
Ecke Berliner und Scharren-Strasse

Moabit, Turmstrasse 73  
vis-à-vis der Emdener Strasse



# Oeffentl. Versammlung.

## Ist Jesus gekreuzigt?

Vortrag des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann**  
am Karfreitag, den 21. März, abends 6 1/2 Uhr, in **Riems Fest-  
sälen, Hafenside 13-15.**

Eintrittspreis 10 Pf.  
537\*

Der Einberufer.  
A. Harndt, Pappellallee 15.

# Deutscher Holzarbeiter - Verband

Verwaltung Berlin.

Heute Donnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

Die Kassierung der Beiträge erfolgt in allen Zahlstellen  
am Sonnabendabend von 6 bis 8 Uhr.

Sonntag, den 23. März (1. Osterfeiertag):  
**Urania-Vorstellung**

Taubenstraße 48/49:

**Paris und die Königsschlösser**

(Vortrag mit Lichtbildern).

Eröffnung des Physikalischen 4 Uhr, Beginn der Vorstellung pünktlich 5 Uhr.  
Billets inkl. Garderobe a 65 Pf. sind im Bureau, Engelauer 14,  
zu haben. Die Ortsverwaltung.

# Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“

herrlich am Havelsee an der Chauffer Eckner sowie im Walde gelegen,  
empfiehlt sich den Vereinen, Fabrikern, Gesellschaften usw. zu beschäftigen  
Tampferpartien resp. Ausflügen. Das Lokal steht nach wie vor der  
Arbeiterkass zur Verfügung; das Nähergehörige in der Lokalliste ist  
nur verbehalten. Siehe Nr. 23 vom 26. Januar 1913.  
Ebenso empfehle ich meine Dampfz. 28830\*  
**Friedrich Saewert, Amt Eckner 149.**

# Kapitän-Kautabak

Nur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der  
den guten Ruf, den er unstreitig besitzt. Machen Sie einen  
Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von  
seiner Güte überzeugt sein.

Verkaufsstellen, wo auch die Kautabakdosen gratis ver-  
abfolgt werden, weist gern nach:

**C. Röcker, Berlin, Schillerweg 119 (Römisches 3961).**



# Das Ideal der Hausfrau ist eine Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden  
mit nebenstehendem „S“-Schild  
oder durch unsere Agenten

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipziger Straße 92.  
filialen in allen Stadtteilen.

# Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie ein-  
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen  
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 58.  
Kein Abzahlungsgeschäft.

**Spezialarzt**  
i. Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Reizkrankte jeder  
Art, Ehrlich Gata-Kuren in  
n. Co. fong.  
Laborat. i.  
Blut-  
untersuchung, Häden i. Harn usw.  
gegenüber  
**Friedrichstr. 81, Panoptikum.**  
Epr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

Recht

Kulant

# MÖBEL

## Wohnungs-Einrichtungen

mit und ohne  
**Anzahlung**  
u. ganz leichter Abzahlung

Bedingung, sind in mein. Kontor einzusehen

# Richard Krumbeck

## Frankfurter Allee 154'

Garderobe für Damen  
Nur hochmoderne Sachen  
in grösster Auswahl

Garderobe für Herren  
Nur streng moderne Fassons  
auch nach Mass

# Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer zu Berlin.

Die ordentliche  
**General-Versammlung**  
der Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer findet am Donnerstag,  
den 27. März, abends 8 1/2 Uhr,  
bei **Werkmann, Große Frankfurter  
Straße 16** statt, wozu sämtliche Ver-  
treter hiermit eingeladen sind.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen-  
bericht. 3. Bericht der Rechnungs-  
prüfungskommission. 4. Antrag des  
Vorstandes: Statutenänderung § 29.  
5. Anträge und Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

# Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin.

Die von der Generalversammlung  
vom 26. Oktober 1912 beschlossene  
II. Abänderung des Statuts ist vom  
Bezirksausschuss genehmigt.  
Die Statutenmitglieder werden in  
fünf Klassen eingeteilt.  
Kassentüchtigkeit wird für jeden  
Kalendertag gezahlt.  
Die Beiträge sind dementsprechend  
erhöht.  
Diese Abänderung des Statuts  
tritt am Montag, den 31. März, in  
Kraft.  
Vorderemplare können im Kassen-  
lokal in Empfang genommen werden.  
**Der Vorstand.**  
H. Bille, V. Dery,  
Vorstand. Schriftführer.

---und wieder sind es die  
**Salamander-Stiefel**  
die als schönste Frühjahrsneuheiten  
sich entpuppen.



LOUIS  
OPPEN-  
HEIM

# Simpli-Kakao als Hausgetränk



erheblich billiger als Kaffee!

**50 Tassen Kakao = 1/2 Pfund = 60 Pfg.**

Bei der herrschenden Teuerung ist Kakao das rationellste und billigste Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast un-  
erschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch  
einen hohen Nährwert und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. Kakao ist  
dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. Simpli-Kakao ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen  
Kreisen als Hausgetränk eingeführt. Simpli-Kakao wird nur in Originalpackung zu 1/2 und 1/4 Pfund verkauft, in  
garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katsenzungen usw.) werden  
in vollendeter Weise hergestellt von der Firma „Sarotti“ A.-G., Berlin.

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

# Achtung! Ortskrankenkasse der Handwerker Spandau.

Am Donnerstag, den 27. März er.,  
abends 8 Uhr, findet im „Hotel zum  
Stern“ die  
**ordentliche Generalversammlung**  
statt.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht.  
2. Bericht der Rechnungsprüfung-  
kommission. 3. Erziehung des Vor-  
standes (1. Arbeitnehmer). 4. Ver-  
schiedenenes. 267/6  
**Der Vorstand.**  
H. Zudewig, Vorstand.

**Gustav Palm**  
Hutmacher  
Berlin SO., Reichenberger Str. 60.  
Spezialgeschäft für  
Herrenhüte.



Stadtverordneten-Versammlung.

12. (außerordentliche) Sitzung vom Mittwoch, den 19. März, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Wahl für den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage wegen Beitritts der Stadt zum Schutzbund für die Grundwald...

Die Versammlung möge beschließen, gegen die das Vereinsrecht der Feuerwehrleute schwer gefährdenden Verfügungen des Polizeipräsidenten zu Berlin im Interesse der Bürgerschaft und der beteiligten Feuerwehrleute Protest zu erheben...

Zur den ersten Teil des Antrages beschloß man Verbrieflichung des Materials und bestellte die Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) und Sonnenfeld (A. L.) zu Referenten bzw. Korreferenten. Die Verbrieflichung des vom Polizeipräsidenten dem Ausschussvorsitzenden Stadtv. Damborg (A. L.) überreichten Materials konnte nicht erfolgen...

„In der Erwägung, a) daß den Beamten das Vereins- und Versammlungsrecht nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 19. April 1908 zusteht und ihnen erhalten bleiben muß; b) daß die vom Verein Berliner Feuerwehrmänner gegebene Tatsachenabklärung von der des Polizeipräsidenten von Berlin so erheblich abweicht, daß eine Feststellung des wirklichen Tatbestandes ohne die der Versammlung nicht zustehende Beweishebung nicht möglich ist; c) daß sich deshalb nicht erkennen läßt, ob das Verhalten des Vereins Berliner Feuerwehrmänner wirklich die Disziplin ernstlich bedroht und ob sich die Maßnahmen des Herrn Polizeipräsidenten als eine unbedingt notwendige Abwehr darstellen.“

Verständlicher ist Stadtv. Damborg. Es geht der Antrag ein, dem Erwägungsgrund sub a den Satz hinzuzufügen: „daß über dieses Recht nur in den Grenzen der Beamtendisziplin ausgeübt werden darf.“

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Der Ausschuss hat, wie Sie sehen, unsere Anträge nicht besonders glimpflich behandelt; man ist über sie zur Tagesordnung übergegangen. Herr Cassel rechnete es sich erst neuerdings als Verdienst an, daß er und seine Freunde unsere Anträge nicht beiseite schoben, sondern sachlich behandelten; aber die Ausschussberatung scheint diese Ansicht nicht sehr zu rechtfertigen. So begnügt man sich hinsichtlich des ersten Teils mit der Feststellung, daß die Versammlung kein Recht zur Beweishebung habe. Dazu war wirklich keine Beweishebung nötig. Als der Ausschuss an die Arbeit ging, dachte sicherlich noch kein Mitglied daran, daß es unmöglich sein werde, ein Urteil über das Verhalten des Polizeipräsidenten abzugeben. Allerdings fiel uns dieser sofort in den Arm, indem er sein Material als vertraulich bezeichnete. Hier lag zur Geheimhaltung wahrhaftig kein Grund vor; es war ja das Material im wesentlichen in der Versammlung schon von dem Stadtrat Damborg, zum Teil auch im Abgeordnetenhaus verlesen worden. Als man schließlich so weit war, auf Grund des Materials sich zu entscheiden, da fiel es der Mehrheit ein, daß sie kein Recht der Beweishebung hat. Das ist denn auch nicht der wahre Grund für die Ausschussmehrheit, sondern nur ein Vorwand, sich zu drücken. Im Abgeordnetenhaus hat Abg. Kopsch erklärt: daß ein Druck auf die Feuerwehrleute ausgeübt worden sei, geht auch aus dem Schreiben des Polizeipräsidenten an den Magistrat hervor, worin gefordert werde, daß nur die Mitglieder freiwillig aus dem Verein ausgeschieden sei. Herr Kopsch erklärte dann das Vorgehen für unmoralisch. Wenn Sie nun auch Herrn Kopsch von Ihren Rücksichten abschütteln, Herr Cassel können Sie nicht abschütteln. (Unruhe.) Herr Cassel hat sogar gesagt, es sei ein „ungehörlicher Druck“ ausgeübt worden, und noch schlimmer sei der ausgeübte verächtliche Druck. Nach diesen Verkündungen liberaler Parlamentarier hielten wir die Möglichkeit für gegeben, etwas zugunsten der Feuerwehrleute durch eine einmütige Kundgebung zu erreichen, und darin haben wir uns gründlich getäuscht. Bedäglich dem einen Satz des Antrages der Ausschussmehrheit, der sich über das Vereins- und Versammlungsrecht im allgemeinen ausspricht, konnten wir zustimmen. Aber aus diesem sehr schönen Satz heißt es nun doch die Ruhanwendung ziehen, und da verlag die Konsequenz der Ausschussmehrheit gründlich. Welche Empörung brach in der Versammlung bei der ersten Beratung aus, als ich den Herren, auch Herrn Goldschmidt, zurief, sie hätten jetzt Gelegenheit zu zeigen, ob es ihnen mit dieser Auffassung des Vereinsrechts ernst sei; jetzt zeigt sich, wie begründet meine damalige Verurteilung war. Die eigenen Angaben des Polizeipräsidenten reichen völlig für uns als Vertreter der Bürgerschaft zu dem Protest aus, den wir zu erheben beabsichtigen. Den erwähnten Druck auf die Chargierten bestreitet auch der Polizeipräsident nicht. Das Verbot des Beitritts zum Verbande deutscher Feuerwehrmänner hat der Polizeipräsident allerdings anfangs geleugnet, er schrieb an den Magistrat, er habe ihn nur nicht unterrichten können. Aber der nationalliberale Abg. Schröder-Cassel hat glücklicherweise den Vorfall des betreffenden Erlasses mitgeteilt, worin gesagt wird, der Polizeipräsident bleibe dabei, den Beitritt nicht zu gestatten. Beim Verhalten der Konventionen mögen ja Ungeklärtheiten im Verkehr mit Herrn Jagow vorgekommen sein, aber solche formellen Mängel können doch das Vorgehen des letzteren nicht rechtfertigen. Schließlich ist eingedrungen worden, daß der Polizeipräsident den Mitgliedern des Vereins den Austritt abverlangt hat, wenn sie nicht die Kündigung erhalten wollten. Anstrengung, Protest zu erheben, ist und bleibt also vollauf begründet. Die prinzipielle Forderung der Übertragung des Feuerlöschwesens auf die Stadt hat seit Jahrzehnten bei beiden städtischen Behörden einmütige Zustimmung genossen; sie ist auch wiederholt mit Energie erhoben worden; aber jetzt ist die Forderung eingetreten, daß die Mehrheit sich von Opportunitätsgründen leiten läßt, daß sie umfällt, so wie die Regierung ein böses Gesicht macht. Das machen wir nicht mit. Wir müssen diese Forderung um so energischer erheben, als sich der Wandel unseres Einflusses bei den Feuerwehrleuten ganz bedenklich zu zeigen beginnt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Sonnenfeld: Diese Auslegung trifft nicht zu; hätten wir das gewollt, so hätten wir den Antrag abgelehnt. Wir haben der Darstellung des Vereins Glauben geschenkt, aber auch die amtliche Auskunft des Polizeipräsidenten hat Anspruch auf Glaubwürdigkeit. (Zuruf des Stadtv. Hoffmann.) Der Ausschuss fern. Wir nehmen in der motivierten Tagesordnung, die beantragt wird, eine klare und einwandfreie Stellung ein und werden auch dem Feuerwehverein gerecht. Die Ausübung des Vereinsrechts hat eben ihre Grenzen in den Pflichten, die der Beamte seinen Vorgesetzten gegenüber übernommen hat. Herr Rosenfeld schies sich noch zu Gemüte, daß es kein Verringerer als Singer war, der hier im Saale, als wir die Proportionalwahl bei den Gewerbergerichten einführen wollten, dagegen auftrat und auf Vorhalt, daß er damit gegen sein Programm verstoße, kaltblütig erwiderte, wir könnten doch nicht erwarten, daß die Sozialdemokraten mitmachen, was sie direkt schädige. Zu einer bloßen Demonstration mit dem zweiten Teil gehen wir uns jetzt nicht her; damit wären wir gerade die Würde der Versammlung (Lachen bei den Sozialdemokraten). Dem Gegner Motive unterschoben, die er auf Bestimmteste ablehnt, heißt die Diskussion vergiften. (Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtv. Dr. Knauer (A. L.) weist auch seinerseits die Angriffe Rosenfelds auf die Objektivität der Ausschussmitglieder zurück. Den beantragten Zusatz bittet er abzulehnen, da er eine Abschwächung der Erklärung zu a, somit aber gleichzeitig eine Stärkung der Position des Polizeipräsidenten bedeuten würde.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Die Darlegungen des Kollegen Sonnenfeld haben nur den Zweck gehabt, die Schwäche seines Standpunktes zu verbergen. Er sprach sogar von „Vergiften durch böswillige Unterschreibungen anderer Motive“ um. Ein solcher Tiefstand der Debatte ist mir noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Sonnenfeld hat sich auf unsere leider zu früh verstorbenen Kollegen Singer bezogen. Was Herr Sonnenfeld da vorbrachte, ist eine völlige Verleumdung der Wahrheit und eine Schwächung meines verstorbenen Freundes. Auch diese Behauptung ist nach der alten Fälschung: „Galt den Dieb!“ aufgestellt, um zu maskieren, was eigentlich gegen das Koalitionsrecht beabsichtigt ist. Selbstverständlich sind wir für das Proportionalwahlrecht, aber auch für seine allgemeine Einführung. Es aber nur da einführen, wo es eine einzelne Partei, in diesem Falle die sozialdemokratische Partei, besonders schwächt, ist ungerecht. So wurde damals unterdessen erklärt, und nichts berechtigte Herrn Sonnenfeld, diese vollberechtigten Ausführungen meines Freundes Singer hier in den Saal zu ziehen. (Wiederholte lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Sonnenfeld sprach davon, daß unsere Anträge hervorgegangen aus politischer Agitations- und Verleumdungssucht. Wer soll denn berechtigt werden? Soll er der Hund sein, der heult, oder das Wildschwein, das gehtet wird? (Große Heiterkeit.) Was sollten diese Ausführungen anders für einen Zweck haben als den, die Aufmerksamkeit davon abzuziehen, daß sein Antrag ein fundamentaler Angriff gegen das Koalitionsrecht aller Feuerwehrlente, aller Beamten überhaupt ist. Wir haben es hier nicht mit dem Zukunftsstaat zu tun, auf den Herr Sonnenfeld auch anspielt, sondern mit dem Gegenwartsstaat. Was er uns da über unsern Zukunftsstaat unterstellt hat, ist purer, platter Blödsinn. (Der Vorsitzende erklärt diesen Vorwurf für unzulässig.) Ich habe nicht Herrn Sonnenfeld Blödsinn vorgeworfen, sondern das, was er uns unterstellt, als Blödsinn bezeichnet. (Vorsitzer: Dann ist die Sache damit erledigt.) Herr Sonnenfeld meint, das Vereins- und Versammlungsrecht könne eingeschränkt werden durch Verträge. Das ist die reaktionäre Auffassung, welche vor kurzem der Staatssekretär Delbrück kundgab, es ist diesem sofort unter Berufung auf die Verhandlungen bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch entgegengetreten, wo von allen Seiten erklärt worden ist, daß Verträge, welche sich gegen das Koalitionsrecht richten, gegen die gute Sitte verstoßen, und also eine ausdrückliche Bestimmung in dieser Richtung überflüssig sei. Ein solches Vertragsrecht gibt es nicht. Richtig ist, daß Herr Delbrück etwas Derartiges zu konstruieren versuchte, und er berief sich dabei auf den Kommentator Plank, aber zu Unrecht, denn Herr Plank konstatiert an der betreffenden Stelle gerade das Entgegengesetzte. Solche Verträge sind im Gegenteil dem wucherlichen gleichgestellt. Herr Sonnenfeld meinte weiter, das Vereinsrecht könne für die Beamten auch durch Gesetz beschränkt werden. Da zeigt er, daß er reaktionärer denkt als selbst der preussische Landtag, der die Verfassung gemacht hat. Nach preussischem Recht haben die Beamten das volle Vereins- und Versammlungsrecht, nicht beschränkt durch das Verhalten des Vorgesetzten, nur das Heer hat dieses Recht nicht; und die Verträge, die damals von Exzellenzparolen in dieser Richtung gemacht worden sind, sind abgelehnt worden, — aber ein liberaler Mann wie Herr Sonnenfeld stellt sich jetzt auf diesen Boden und legt auch das Reichsvereinsgesetz in diesem Sinne aus! Was der Zusatzantrag eigentlich bedeutet, hat Herr Knauer zutreffend dargestellt. Der Polizeipräsident erklärt, er könne den Beitritt nicht gestatten; wenn das kein Verbot ist, so hört doch jede Logik auf; diese Auffassung des Herrn Sonnenfeld heißt doch nur: „Jawohl, Ihr habt das Koalitionsrecht, aber Ihr dürft es nicht gebrauchen; Ihr dürft es nur gebrauchen, wenn und soweit es der Vorgesetzte erlaubt.“ Im Abgeordnetenhaus haben die Redner des Fortschritts, der Rationalisten und des Zentrums mit aller Deutlichkeit geltend gemacht, daß ein Unterschied gemacht werden müsse, daß die Beamtendisziplin doch nur maßgebend sei für das, was im Arm gefehle, und Beamtendisziplin und militärischer Gehorsam seien zweierlei. Die Feuerwehrleute sind nicht Militärfunktionäre, wenn auch militärisch organisiert. Gerade wegen der Tragweite dieses Zusatzantrages bitte ich Sie, dagegen zu stimmen. Es handelt sich hier gar nicht um zivilprozessuale Glaubwürdigkeit und ähnliche Formalien, sondern um ein Grundrecht preussischer Staatsbürger. Soll das den Beamten und Lehrern durch den Zusatzantrag genommen werden oder nicht? Ich zweifle nicht, die große Mehrheit wird den Zusatz, der ein so schwer erklärtes Recht wieder beschränkt, ablehnen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Wir werden für den unbedingten Ausschussantrag stimmen. Den Zusatz lehnen wir ab; ich unterschreibe dabei dem Kollegen Sonnenfeld nicht Motive, wie sie ihm Kollege Stadthagen unterschoben hat. Tatsächlich sind wir trotz gründlicher Ausschussarbeit nicht imstande, dem Polizeipräsidenten Unrecht oder dem Verein Recht zu geben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Rosenfeld mich mit seinem Ausfall verdächtigen wollte, so muß ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich sehe ein Menschenalter im Kampf für das Koalitionsrecht und habe dessen Bedeutung weit früher erkannt, als viele Sozialdemokraten, die es früher mit Nachhilfe als ein Koalitionsmittel verwarfen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Rufe: Wo steht das?) Der Vorfall mit dem Proporz ist seinerzeit mit von mir veranlaßt worden; es ist damals lebhaft hin und her gestritten worden, was eigentlich von Singer und von anderen Herren gesagt worden sei. Wozu aber überhaupt diese maßlose Gehässigkeit in der Debatte? Ich höre, daß im beiderseitigen Einverständnis ein neuer Feuerwehverein in der Bildung begriffen ist. Die Polizeibehörde soll sich hüten, Organisationen zu schikanieren; sie soll Gerechtigkeit üben.

Stadtv. Sonnenfeld: Ich war durchaus zu meiner Abwehr verpflichtet. Mein Zusatzantrag lautet ja jetzt nicht mehr dahin, daß das Vereinsrecht nur in den Grenzen der „Beamtendisziplin“, sondern daß es nur in den Grenzen der „Beamtenpflicht“ ausgeübt werden darf. Ich muß dabei bleiben, daß wir gar nicht in der Lage sind, ein Urteil abzugeben. Das Reichsgericht hat noch ganz vor kurzem eine vertragliche Vereinbarung über die Rürzung des Vereinsrechts aufzuheben. Das Reichsvereinsgesetz hat auch ausdrücklich festgestellt, daß damit in das Disziplinarrecht der Behörden nicht eingegriffen werden solle.

Stadtv. Cassel (A. L.) stellt fest, daß er im Landtage tatsächlich von einem „ungehörlichen Druck“ gesprochen, aber auch eine Untersuchung verlangt habe. Diese habe nicht stattgefunden, man bleibe auf Vermutungen angewiesen. Sei ein neuer Verein im Entstehen, so seien Vermutungen angebracht. Der Antrag Sonnenfeld spreche nur etwas Selbstverständliches aus.

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Die heutige Stellung des Herrn Cassel ist unvereinbar mit derjenigen, die er im Abgeordnetenhaus eingenommen hat. Daß er seine damaligen Ausführungen nur hypothetisch gemeint hat, wird durch den Vorfall des fotografischen Berichts widerlegt. (Redner verliest diesen.) Mit Herrn Sonnenfeld brauche ich mich nach der moralischen Stümpfung, die er durch Stadthagen erfahren hat (große Unruhe), nicht mehr zu beschäftigen. Nur die Verunglimpfung des verstorbenen Kollegen Singer fühle ich mich verpflichtet, aufs entschiedenste zurückzuweisen. Er hat, ob bewußt oder unbewußt, die Unwahrheit in diesem Punkte gesagt. Er hätte sich das Protokoll ansehen müssen und nicht darauf los schwärzen dürfen. (Redner zitiert die Ausführungen des Stadtv. Singer aus dem Protokoll der bezüglichen Sitzung von 1907.) Damit wird hoffentlich dieser immer wieder auftauchenden Legende der Garaus gemacht.

Stadtv. Goldschmidt: Herr Singer hat damals also erklärt, daß es seiner Partei nicht einfallt, da, wo der Liberalismus einen Vorteil habe, für die Proporzwahl zu stimmen. Herr Singer hat mir damals nicht eine einzige liberale Stadtverwaltung nennen können, welche einen solchen Antrag abgelehnt hätte.

Stadtv. Stadthagen: Herr Goldschmidt also will sich nur auf einen Teil der Singerschen Äußerung berufen; dagegen müssen wir uns eben verwahren — das ist keine Lokalität mehr. Wunderbar, was die Herren hier alles in das Vereinsrecht der Berliner Feuerwehrleute hineinziehen! Das Koalitionsrecht ist ein Naturrecht; aber die Schäden der heutigen Gesellschaft kann es nicht beistimmen; das hat früher die Sozialdemokratie erklärt, und das hätte Herr Goldschmidt auch im Zusammenhang zitieren sollen; freies Vereins- und Versammlungsrecht, nicht nur Koalitionsrecht, haben die Sozialdemokraten von allem Anfang an, schon vor Schweiger, im Norddeutschen Reichstage verlangt. Herr Kopsch hat am 4. Dezember 1912 bei Begründung der Interpellation wegen der Feuerwehrleute im Abgeordnetenhaus bezüglich des Reichsvereinsrechts Ausführungen gemacht, welchen die heutigen der Herren Sonnenfeld und Cassel diametral widersprechen. Die Beamtendisziplin hat in diesem Reichsrecht nicht eingegriffen; die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung sind nicht aufgehoben. Lehnen Sie den Antrag Sonnenfeld ab und bekennen Sie Farbe, indem Sie unseren Antrag annehmen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Goldschmidt schließt die Beratung.

Persönlich weist Stadtv. Cassel nach, daß er sich nicht mit dem Abg. Kopsch in Gegenwart befinden habe.

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Herr Cassel hat mich offenbar mißverstanden; ich habe ihm nicht einen Widerspruch mit Kopsch nachweisen wollen, sondern ausgeführt, daß Herr Cassel hier mit den Herren Cassel und Kopsch im Abgeordnetenhaus in Widerspruch stehe, und das halte ich aufrecht. Herr Cassel hat ausdrücklich die Ausführungen des Herrn v. Jeditz als hypothetisch gekennzeichnet, sich dann aber mit aller Schärfe für den Verein der Feuerwehrleute und gegen den Polizeipräsidenten ins Zeug gelegt, und hier in vollem Gegensatz zu seiner dortigen Haltung diesen Standpunkt verleiht. (Der Vorsitzende erklärt die letzte Bemerkung für nicht mehr persönlich.)

Stadtv. Cassel: Ich gebe jeden Versuch auf, mich mit dem Kollegen Rosenfeld über Tatbestände zu einigen; aus dem Titel betrifft des Herrn v. Jeditz folgt für meine Stellung gar nichts.

Stadtv. Rosenfeld wird, als er erwidern will, durch stürmische Schlußrufe zunächst daran verhindert, der Vorsitzende schafft ihm dann aber Gehör. Er führt aus: Die Herren sind zu sehr daran gewöhnt, daß Herr Cassel hier das letzte Wort hat. (Heiterkeit.) Herr Cassel ist im Abgeordnetenhaus auf das deutlichste von Herrn v. Jeditz abgerückt; er hat dort eine freie Meinung vertreten, hier aber nicht.

Stadtv. Cassel: Ich überlasse es jedem Mitgliede der Versammlung und jedem Leser der Sitzungsberichte, darüber zu urteilen, ob meine Worte dort und meine Worte hier einen beschriebenen Inhalt gehabt haben.

Stadtv. Rosenfeld: Wenn Herr Cassel jedem einzelnen überläßt, sich an der Hand der Protokolle seine Meinung zu bilden, so bin ich in diesem Punkte vollkommen seiner Meinung.

In namentlicher Abstimmung wird das Amendement Sonnenfeld mit 48 gegen 44 Stimmen angenommen und mit dieser Einfügung der Ausschussantrag.

Hierauf wird mit der Spezialberatung des Stadthaushaltsetats für 1913 begonnen.

Ueber die Etatsabschnitte „Grundstücke“, „Ralksteinbruch zu Müdersdorf“, „Dotationen“, „Renten“, „Abgaben“, „Bezugsgerechtigkeiten“, „Erblose Nachlässe“, „Hundeboten“, „Polizeikosten“, „Feuerlöschwesen“, „Gewerbegericht“, „Kaufmannsgericht“, „Standesämter“, „Öffentliche Beleuchtung“, „Straßenreinigung“, „Abfuhrwesen“, „Bedürfnisämter“, „Borst- und Gartenverwaltung“, „Gemeindefriedhöfe“, „Armenatorium“ referiert namens des Etatsausschusses Stadtv. Böfer (A. L.) Zum Etat der „Gemeindefriedhöfe“ ist ein Antrag auf Gleichstellung der ständigen Friedhofsdienstleistungen auf dem Invalidenfriedhof in Busch mit den städtischen Arbeitern gestellt worden; der Ausschuss empfiehlt Ueberweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung. Außerdem soll zur Hebung der Sicherheitsverhältnisse auf dem Friedhof in der Gerichtstraße ein Nachwachter mit einem Wochlohn angestellt werden, wodurch jährlich 1700 M. Kosten erwachsen.

Das Kapitel „Polizeikosten“ wird für heute zurückgestellt, im übrigen findet eine Diskussion nicht statt, die Versammlung genehmigt die angeführten Etatteile durchweg nach den Ausschussanträgen.

Ueber die Etats für das gesamte städtische Unterrichts- und Erziehungswesen hat Ein. Söfelund (A. L.) das Referat zu erlassen. Im Etat für die Turnhallen der höheren Lehranstalten, Spielplätze usw. ist der Etatansatz von 10 000 M. Honorar für die Turn- und Spielstunden der Bewegungsspiele für die Schüler der höheren Lehranstalten auf 12 500 M. erhöht worden, nachdem der Magistrat das Stundenhonorar von 2 auf 2,50 M. heraufzusetzen beschlossen hat; außerdem soll auch noch ein Posten von 8500 M. im Extraordinarium für die „Errichtung von Spielflächen auf dem Spielplätze der Berliner Turnvereine im Grundwald zugunsten von Berliner Schulkindern“ eingestellt werden. In einer Resolution soll der Magistrat ersucht werden, den Wohnungsgeldzuschuß für die Direktoren der Taubstummenschule und der Blindenanstalt von je 900 auf je 1000 M. zu erhöhen. Im Etat der Volkshochschule hat der Ausschuss die Honorare für die Lehrer wieder auf die Höhe des Etats von 1912 gebracht, d. h. den Antrag von 177 000 Mark um 12 300 auf 189 300 M. erhöht. Der Abstrich war von der Verwaltung damit motiviert worden, daß sehr zahlreiche Kurse mit weniger als 20 zahlenden Schülern besetzt seien, was nach den Grundsätzen von 1882 nicht zulässig sei; diese scharfe Beschränkung hat der Ausschuss für unangebracht gehalten. Die „Technische Mittelschule“ soll vom 1. April 1913 als „Lehrerschule“ heißen. Für den Neubau der Gemeindefschule in der Jellstraße werden statt 100 000 M. eingestellt 300 000 M.

Auf Anfrage des Stadtv. Hildebrandt (A. L.) teilt Stadtschulrat Michaelis mit, daß die städtische Technische Mittelschule jetzt auch hinsichtlich des einjährigen Zeugnisses die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Anstalten erhalten hat.

Die Versammlung tritt durchweg den Ausschussanträgen bei. Um 4 10 Uhr muß die Beratung wegen eingetretener Dunkelheit abgebrochen werden.



**Briefkasten der Redaktion.**

Am Sonnabend, den 22. März, fällt die juristische Sprechstunde aus.

**N. S. 12.** Mitten Sie Ihre Anfrage an die Volkshilfe Hamburg 5, beim Storchhaus 32. Nach erfolgter Verehelichung erlischt u. E. Ihre Zahlungspflicht. — **Julius 1001.** Der Verein, sofern nicht die Übernahme des Stempels mit dem Gattinrecht vereinbart ist. Die Höhe des Stempels beträgt 5 R. Es kann Ermäßigung erfolgen, wenn es sich um

eine Sukzession geringfügiger Art handelt. — **L. G. 100.** Ihre Tochter ist nur dann erbschaftlich, wenn ihr Verstorbenen nachgewiesen werden kann. Nach Ihrer Darstellung erscheint dies ausgeschlossen. — **Seeliger 1001.** 1. Kein 2. Ja. — **L. S. 27.** Sie haben Anspruch auf Befreiung von der Steuer ab 1. I. Der Antrag ist an den Vorsitzenden der Besatzungskommission unter Beifügung der Inwohnenkarte, eventuell auch einer Bescheinigung des Arbeitgebers zu richten. — **G. S. 22.** Sofern die Steuer nicht länger als 1/2 Jahr rückständig ist, ja. — **Pythagoras 311.** Nur beim Tragen einer Waise. — **J. N. S.** Etwa 20 W. wöchentlich. — **C. S. 21.** Lesen Sie den Artikel „Steuerfragen“ im „Bismarck“ vom 18. März. — **H. N. 33.** Das erscheint zweifelhaft, falls nicht besondere

Umstände vorliegen. Da Sie in Ihrem Schreiben nähere Angaben nicht machen, so kann die Frage nicht bestimmt beantwortet werden. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. S.** Nur sofern die Rasse ihre Zustimmung zur Aufnahme erteilt hat. Andernfalls braucht die Rasse nur die Willensleistungen, die sich aus dem Statut ergeben, gemährt. — **S. S. 83.** Die Strafe ist bewirkt, sobald der Befreiungstermin verstrichen und Sie sich bis dahin nicht geteilt haben. — **So. 11.** 1. Ja, sofern im Testament nichts anderes bestimmt ist. 2. Die Kinder können alsdann den Pflichtteil verlangen. 3. u. 4. Ohne nähere Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten.

Unserem Jahlabendmit  
**Gen. Louis Wulf**  
zu seinem 61. Geburtstag  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Genossen vom Bezirk 409,  
Teil I, 4. Kreis. 398

---

Unserem Genossen  
**August Kamperl nebst Braut**  
die herzlichsten Glückwünsche zu  
ihrer heutigen Vermählung.  
Die Genossinnen und Genossen  
des 97. Bezirks II. Kreis.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Tischler  
**Max Klein**  
Lauziger Straße 22, im Alter  
von 39 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 20. März, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle  
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-  
kölln, Hermannstraße, aus statt.  
80/16 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreise**  
Am 18. d. Mts. verstarb unser  
Genosse, der Arbeiter  
**Otto Kupper**  
Wüllerstr. 135, Bezirk 771a.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Städti-  
schen Friedhofs, Wüllerstraße, Ecke  
Seelstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
226/10

Am 18. d. Mts. verstarb nach  
kurzem schweren Leiden unser  
lieber Vater, Schmiegenater und  
Großvater, der Fuhrherr  
**Wilhelm Damsch**  
im 61. Lebensjahre. 84a  
Es bitten um stille Teilnahme  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Georg Damsch,  
Max Gebel und Frau.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend nachmittags um 2 1/2 Uhr,  
von der Halle des Emmaus-Kirch-  
hofes, Hermannstraße aus statt.

Hierdurch die traurige Nach-  
richt, dass meine Frau 14b  
**Emilie Dittrich**  
am Dienstag verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend nachmittags 5 Uhr von der  
Halle des Philipp-Kopel-Strich-  
hofes, Wüllerstr. 44/45, aus statt.  
Robert Dittrich und Kinder.

**Zentralverband der  
Zivilberufsmusiker Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Allen Kollegen die traurige  
Nachricht, dass unser langjähriges  
treues Mitglied  
**Rudolf Kummer**  
nach langen Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Donnes-  
tag, den 20. d. Mts., nachmittags  
4 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof  
in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung er-  
sucht  
Der Vorstand.  
50/1

**Dankfagung.**  
Für die große Teilnahme und reichen  
Kranzschleiden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes sage ich allen  
meiner herzlichsten Dank. 30006  
Frau **Friederike Behnfeld.**  
Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme beim Einsegnen  
meines lieben Mannes, unseres guten  
Vaters. 13b

**Hermann Löffler**  
sagen hiermit allen Freunden, Be-  
wundern und Bekannten meinen  
herzlichsten Dank.  
Witwe **Hulda Löffler nebst Kindern.**

Nach langen, schweren Leiden  
verstarb am 17. März unser lieber,  
teuer Freund und Vater  
**Rudolf Kummer.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 20. März, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentralfriedhofes in Friedrichs-  
hagen aus statt. 35/16  
**Kummersches Quartett**

**5 Proz. Rabatt**  
beim Vorzeigen dieses Inserats

Engros-Für-Damen!  
Lager  
ca. 250 hocheleg.  
**Kostüme**  
in prima engl. u.  
blauen Stoffen  
kommen wegen  
: vorgerückter :  
Engros-Saison  
in dieser Woche  
zu enorm billigen  
: Preisen zum :  
Verkauf. — Wert  
bis 25, 40, 60, 90 M.  
jetzt 15, 25, 45, 65 M.  
Fern enorm bill.:  
Bäckfisch-Paletots  
Schwarze Frauen-  
Mäntel, Kleider,  
Blusen und Röcke.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Trans-  
portarbeiter  
**Karl Staar**  
am 16. März im Alter von  
63 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 20. März, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Bartholomäus-Kirch-  
hofes, Falkenberger Straße,  
Weißensee, aus statt.  
Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, dass unser Kollege, der  
Arbeiter  
**Otto Kupper**  
am 17. d. Mts. im Alter von  
34 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 22. März, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Städtischen Friedhofes,  
Wüller-Str. Ecke Seelstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
62/11 Die Bezirksverwaltung.

Einzelverkauf nur v. 12-8Uhr  
Kein Laden  
Sonnt. geöffn. Fabr. ersetzt

**H. Heymann**  
Grüner Weg 48, part.,  
an der Koppenstraße.  
Fahrgelegenheit: Elektr. Bahnen:  
Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 46, 76, 78, 79.  
Stadtbahn: Schles. Bahnhof.  
Umtausch gestattet.  
Versand nach außerhalb  
portofrei gegen Nachnahme.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, nicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Statt Karten.  
**Danksagung.**  
Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen  
meinen herzlichen Dank für die vielen Beweise liebe-  
voller Teilnahme, sowie für die reichen Blumenspenden  
anlässlich des Heimanges meines geliebten Mannes  
auszusprechen, so erlaube ich mir auf diesem Wege  
meinen tiefgefühlten Dank abzustatten.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Clara Gabriel, geb. Meewes.**

# Schuhwarenhaus für Gelegenheitskäufe

Hauptgeschäft:  
**Friedrichstr. 105 b**  
a. d. Weidendammerbrücke

2. Geschäft:  
**Turm-Straße 53**

3. Geschäft:  
**Kottbuser Damm 9**

4. Geschäft:  
**Frankfurter Allee 150**

Wir kaufen große Posten la Herren- und Damenstiefel, welche wir unter besonderen Umständen billig erhalten. Diese kommen dann bei uns billig zum Verkauf.

## Einige Beispiele:

<b>Herren-Stiefel</b> . . . . . Paar	<b>3,85</b>	<b>5,85</b>	<b>7,85</b>
<b>Damen-Stiefel</b> neueste amerik. Fassons mit und ohne Lackkappe	<b>3,85</b>	<b>5,85</b>	<b>7,85</b>
<b>Kinder-Stiefel</b> . . . . .	<b>1,35</b>	<b>2,85</b>	<b>3,85 4,85</b>

**Hausschuhe, Pantoffel billig!**

## 300 000 Paar Gummiabsätze und Ecken 10, 25 Pf.

Diese Absätze sind keineswegs schlechte Qualität, sondern sie stammen aus einer der größten deutschen Fabriken und sind zum Teil mit kleinen Schönheitsfehlern, welche auf die Haltbarkeit nicht einwirken.

**Enorme Auswahl! Unser Lager beträgt über 8000 Paar! Verkauf soweit am Lager. Machen Sie einen Versuch, Sie müssen unbedingt unser Kunde bleiben.**

**Achtung! Achtung!**  
**Ortskrankenkasse der Tischler Spandau.**  
Am Donnerstag, den 27. März cr. abends 8 1/2 Uhr, findet bei Bergstr. 22 die  
**Ordentliche Generalversammlung**  
statt.  
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Rechnungsprüfungs-Kommission. 3. Verschlebens.  
Der Vorstand. 267/7  
**Karl Wenziger, Vorsitzender.**

Fort mit der Rundschrift  
man schreibt jetzt

## Kunst-Schrift

Ly  
To

**Heintze & Blanckertz**  
Berlin NO. 43

„Vorwärts“-lesern Rabatt.  
Diese Woche!!  
**Diwandecken**  
extra billiger Verkauf!

Buntpersische doppelseitige  
**Diwandecken**  
à M. 6,75-8,75 (bisher 10-15 M.)  
einfachere Qualität 4<sup>35</sup> 4<sup>85</sup>

Rot, blau, oliv, bunte  
**Mokett-Plüsch-Decken.**  
Moderne 18<sup>75</sup> (bisher 27 M.)  
kleine Muster  
Mokett-Tischdecken 9<sup>35</sup> (bisher 15 M.)

**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Seit 1882 nur  
**Oranienstr. 158**  
Der neue Katalog  
mit bunten Teppichmustern,  
750 Abbildungen gratis u. franko.

# Möbel-Cohn

1. Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 58**  
2. Geschäft: **Grüner Weg 109**  
Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

## Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche:  
Mark **15 30 50 75**  
bis 25 bis 45 bis 70 bis 160

Moderne  
**Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer**  
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke | Größte Rücksicht bei  
von 5 M. Anzahlung an. | Krankheit und Arbeits-  
losigkeit.  
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
resp. nach Uebereinkunft.  
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Karfreitag 12-2 geöffnet.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
**Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
Amt 4, 3014.

**Wegen gänzlicher Aufgabe**

**Total-Ausverkauf**

der Charlottenburger Meise  
**Mehringstr. 34.**  
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

# ewinsohn

1. Geschäft:  
**Rosenthaler Str. 40-41**  
Hackescher Markt

2. Geschäft:  
**Gr. Frankfurter Str. 110**  
Strausberger Platz

3. Geschäft:  
**Charlottenburg Mehningstr. 34**  
Ecke Magasinstr.

**W. Zapel**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filzhüte.  
Lager in Schirmen und Mützen.

**Teilzahlung Woche 1 M.**  
**Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, elegante Kleider.**  
**F. u. H. Schmidt, Petersburger Str. 23**  
erste Etage.











Der Kampf um Treptow.

Der Magistrat von Neutölln hat eine Petition an den Landtag... Die Stadtvorordnetenversammlung verurteilt die Petition...

Die Stadtvorordnetenversammlung verurteilt die Petition des Magistrats an den Landtag in Sachen der Eingemeindung...

Zur Begründung dieses Antrages führte Stadtb. Groger (Sog.) aus, daß seine Fraktion gegen die Petition des Magistrats die allerhöchsten Bedenken habe...

Im Oktober hatte die sozialdemokratische Fraktion zwei Anträge gestellt, die zum Schutz des durch den Polizeipräsidenten bedrohten Koalitionsrechtes...

Es folgte dann die zweite Beratung des Stadthaus-haltsetats. An dem Entwurf des Magistrats hatte der Ausschuss wenig geändert...

Das Kuratorium der städtischen Sparkasse zu Berlin macht öffentlich bekannt, daß nicht weniger als 98 Spar-lasfenbücher...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

statt. Mitwirkende sind: Berliner Volksorchester, Kapellmeister Herr A. Hirsch...

Schwargendorf, Karfreitagfrüh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung vom Restaurant Waldater, Joh. Götsch, Barnemänder Str. 14/15 aus.

Petershagen. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Forsthaus“...

Berliner Nachrichten.

Die Stadtvorordnetenversammlung

solte sich gestern hauptsächlich mit der zweiten Beratung des Stadthaushaltsetats beschäftigen.

Im Oktober hatte die sozialdemokratische Fraktion zwei Anträge gestellt, die zum Schutz des durch den Polizeipräsidenten bedrohten Koalitionsrechtes...

Es folgte dann die zweite Beratung des Stadthaus-haltsetats. An dem Entwurf des Magistrats hatte der Ausschuss wenig geändert...

Das Kuratorium der städtischen Sparkasse zu Berlin macht öffentlich bekannt, daß nicht weniger als 98 Spar-lasfenbücher...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

Die merkwürdige Haltung Neutöllns hat in Berliner Magi-strats- und Stadtvorordnetenkreisen lebhaftes Erstaunen hervor-gerufen...

sein, daß die Vorarbeiten für die neue Gasanstalt in der Buhl-keide begonnen werden sollen. Zu erwähnen ist ferner, daß das Verwaltungsgebäude der Gaswerke in der Stralauer Straße...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden

ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind, es ist aber noch nicht gelungen, sie zu fassen.

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Der große Juweliendiebstahl im Union-Theater Unter den Linden ist jetzt aufgeklärt. Die Kriminalpolizei hat ermittelt, wer die Täter sind...

Partei - Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Karfreitag findet eine Herrenpartie statt. Treffpunkt um 9 1/2 Uhr in Fischlamp (Kantine)...

Zu der letzten Sitzung der Deputation der städtischen Gaswerke wurde darüber beraten, welche Bauten und Arbeiten in den einzelnen Gasanstalten...

Zur Untersuchung des Automobilanfalls wurde gestern am Latort bei Hennigsdorf und in der Umgebung eine Ortsbegehung veranstaltet...







Vorort-Nachrichten.

Neufölln.

Stadtvorordnetenversammlung (Fortsetzung der Statberaterung). Im Etat der Schulverwaltung... Die Stadtvorordnetenversammlung... (Text continues with details of school administration and budget discussions).

Die Stadtvorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, noch im Laufe des Etatsjahres eine Vorlage zu unterbreiten, in welcher für Einrichtung einer Schutzschleuse Mittel bereit gestellt werden.

Stadtv. Abraham bekämpfte die Resolution, nachdem die Freunde des Befürworters derselben im Rechnungsausschuss keinen bezüglichen Vorschlag gebracht hätten. Auch Bürgermeister Dr. Weinreich hat von einem Beschlusse noch abzusehen. In 4 Monaten seien über 3000 Zahnbehandlungen zu verzeichnen gewesen und manche Anerkennung habe man gehört. Mit einer solchen Mittel könne Neufölln auch nicht auskommen; es müßten mindestens vier sein. Stadtv. Groger hielt dem Bürgermeister vor, daß doch sonst immer der Anfang im Kleinen gepredigt werde; jetzt aber werde merkwürdigerweise der Standpunkt „ganz oder gar nichts“ vertreten. Es müsse endlich der erste Schritt getan werden. Wenn der Stadtv. Abraham sich die Verbunderungsmühe aufsehe, weil im Ausschuss kein positiver Antrag gestellt wurde, so liege dazu kein Anlaß vor, da die Fraktionen doch selbständig über ihr Tun zu bestimmen hätten. Stadtv. Dr. Dietrich bezweifelte die Resolution als verfrüht, da noch nicht feststehe, wie das bisherige System funktioniert. Er beantragte, die Angelegenheit der neubegonnenen schulpflichtigen Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Antwoorterklärten sich damit einverstanden und die Versammlung beschloß demgemäß.

Zur Verbesserung des Schulmuseums wünschte Stadtv. Klotz (Soz.) die Erweiterung desselben durch Angliederung eines Vortragssaales. Bürgermeister Dr. Weinreich verwies darauf, daß kürzlich eine Lehrerversammlung ähnliche Beschlüsse gefaßt habe. Die jetzigen Räume des Museums seien aber doch sehr schön und erst vor 4 Jahren in Benutzung genommen worden. Mit allzu schnellem Tempo könne doch nicht vorgegangen werden, obwohl der Wert eines Vortragssaales anerkannt werden müsse. Der Magistrat werde das noch einmal prüfen. — Die ausgeworfenen Beträge für die Vereinigung für Schülerwanderungen in Neufölln und den Verein für Schülerwanderungen in Berlin wurden von 300 auf 1000 R. bzw. von 600 auf 1000 R. erhöht.

Charlottenburg.

Liberaler Rückentwicklung. Mit vielem Fleiß haben sich die Liberalen immer bemüht, den größten Vorort Berlins als eine Pflanzgemeinde anzupreisen, in der die liberale Stadtverordnetenmehrheit im Bunde mit einem ebenso einsichtigen Magistrat das Menschlichste aus dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der Volksschulpflege geleistet habe. So wurden denn auch die bisher getroffenen Einrichtungen Charlottenburgs von manchem Fremden gelobt und zur Nachahmung empfohlen. Insbesondere imponierte die Waldschule und der sorgsam organisierte Nachhilfunterricht für zurückgebliebene Volksschüler den Besucher. Auch der teilweise Gewährung freier Vermittel wie der Säuglingsfürsorge wurde

manches Lob gewährt. Unsere „Liberalen“ waren auch nicht wenig stolz auf ihre soziale Einsicht und habendehenden Einrichtungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Bis ihnen dann eines schönen Tages ein mächtiger Schreden ob ihrer grenzenlosen Reformfähigkeit ankam. Und das war, als ihnen der Magistrat einen Etat mit 110 Proz. Gemeindefteuern vorlegte. Das gab's nicht, das konnte es nicht geben! So war die einstimmige Meinung der liberalen Stadtväter. Und in der Tat machten sie es möglich, noch einmal mit dem alten Steuerfuß anzukommen. Alle verfügbaren Reserven wurden zu diesem Zwecke herangezogen, Abschreibungen zurückgestellt und der Ausgleichsfonds geplündert. Daneben handelte man ferner nach dem Grundiaz, alle Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiet zu unterlassen und, wo es irgend angehe, bestehende Ausgaben dieser Art einzuschränken.

Diesem Prinzip fiel in erster Linie der Nachhilfunterricht zum Opfer. Dafür sollten — nach Maßgabe der bestehenden Einrichtungen — 77 418 R. ausgegeben werden. Die liberale Mehrheit — im Bunde mit den rechts stehenden „Unpolitischen“ — strich 5000 R. von dieser Summe. Damit besteht der Nachhilfunterricht freilich noch weiter, aber diese geradezu kleinliche Streichung sollte auch nichts anderes bedeuten, als daß die liberalen Herrschaften bereits wieder genug von dieser Reform haben. Mit der Zeit wird man dann immer mehr und mehr von dieser den Nindern der unteren Bevölkerungsschicht zugute kommenden Einrichtung abdrödeln. Wie man auch auf andere Art bemüht ist, die mit so vielem Geräusch ins Leben gerufene Hebung der Volksschulen wieder aufzuhalten. Und zwar geschieht das durch die Errichtung neuer Vorschulen. Es war bisher im Programm der Liberalen, die bestehenden Vorschulen eingehen zu lassen und die Volksschulen so zu heben, daß von diesen aus der Uebergang in eine höhere Schule ohne Verlust für den Schüler vollzogen werden könnte. Das aber kostet Geld. Wozu noch kommt, daß die Hausbesitzer in den „besseren“ Stadtteilen neue Vorschulen verlangen, um dadurch eher Mieter für die leer stehenden Wohnungen heranziehen zu können. Und vor diesen materiellen Interesse der Hausbesitzer auf Bestehen kapitalisierten die anderen Liberalen nicht dem Magistrat. Beide gaben damit den Plan einer gründlichen Hebung der Volksschule preis.

Den zweiten Stoß der Rückwärtsbewegung der „Liberalen“ hatte die Waldschule zu ertragen. Hier forderte der Magistrat eine Erweiterung derselben nach der Richtung hin, daß zwei Klassen für die Kinder der Nachhilfklassen neu eingerichtet werden sollten. Der Kostenpunkt hätte rund 28 000 R., davon 13 000 R. dauernde Ausgaben, betragen. Und sicherlich wäre diese Einrichtung gerade den bedürftigsten Kindern zugute gekommen. Aber die „Liberalen“ waren in ihrer Mehrheit der Auffassung, daß für diese Kinder ohnedies mehr getan werde, als unbedingt notwendig sei, und man strich diese Summe. Unsere Genossen legten sich mit allem Eifer für diese Forderung ins Zeug. Aber es half nichts: die hundert Prozent Gemeindefteuern mußten gerettet werden.

Angeht dieser Methode war denn auch keine Aussicht für die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung, 12 000 R. mehr in den Etat dafür einzusetzen, daß zumindest allen Kindern, die die beiden untersten Volksschulklassen besuchen, die Vermittel frei gewährt werden. Früher teilten die Liberalen die Forderung der Gewährung freier Vermittel an alle Kinder wenigstens im Prinzip mit uns. Aber in der Praxis wurden nur den bedürftigsten Kindern auf Antrag der Eltern Vermittel frei abgegeben. Weiter wollten die Liberalen nicht gehen. Und zu ihrer Sicherheit schlossen sie mit dem Magistrat ein Kompromiß, daß es bei dieser Einrichtung bleiben soll, bis die Durchführung des Nachhilfunterrichts geschehen sei. Das ist bereits der Fall. Aber dennoch lehnten die Liberalen den sozialdemokratischen Antrag ab und selbst die Schulleute unter den liberalen Stadtvätern stimmten dagegen.

Ebenso abweisend benahmen sich die „Liberalen“, als unsere Genossen für einen Ausbau des Säuglingschutzes dadurch sorgen wollten, daß sie beantragten, für die Abgabe von Rindermilch 7000 R. mehr in den Etat einzusetzen. Nur fünf Liberalen stimmten für diesen sozialdemokratischen Antrag, der damit fiel.

So wirken diese Ablehnungen, zusammen betrachtet, wie ein Symptom, das deutlich erkennen läßt: den „Liberalen“ wird angehts einer geringen Erhöhung der Gemeindefteuern vor ihrem eigenen Liberalismus und ihrer bisher betätigten Sozialpolitik angst und bange. In ihren Kreisen siegt wieder der Hausbesitzer. Und zum Leibel mag der künstlich genährte Ruhm Charlottenburgs, eine Mustergemeinde in sozialer und volksschultechnischer Beziehung zu sein, gehen, wenn es nur bei 100 Proz. Gemeindefteuern bleibt. Voraus sich ergibt, daß auch den Charlottenburger „Liberalen“ für 10 Proz. Kindersteuer ihr ganzer Liberalismus und was drum und dran hängt flöten geht.

Treptow-Baumshulentweg.

Die Gemeindefteuern für das Rechnungsjahr 1913 sind in der Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstagabend abweichend von den zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegten Vorschlägen festgelegt worden und zwar: bei der Einkommensteuer auf 110 Proz.; bei der Grundwertsteuer auf 2,25 Proz. vom gemeinen Werte der bebauten und 2,50 Proz. der unbebauten Grundstücke bisher 2,20 bzw. 2,40 Proz.; bei der Gewerbesteuer auf 200 Proz. in der 1. und 2. Klasse, bisher 165 Proz., 175 Proz. in der 3. Klasse, bisher 150 Proz., und 160 Proz. in der 4. Klasse, bisher 150 Proz. Die Grundbesitzer erhalten aber für die geringfügige Erhöhung der Grundwertsteuer die Gegenleistung, daß die Gemeinde von der beschleunigten Aufbahrung der Reinigungspflicht für die Fußwege Abstand nimmt.

Schöneberg.

Freie Elternvereinigung Schöneberg. Polizeiliche Sämannelung und Saalabtreibung zwingen uns, den Spielbetrieb im Saale des Herrn Rühle, Dammwegstr. 13, vorläufig einzustellen. Dafür üben die Abteilungen auf dem städtischen Spielplatz an der Außenstraße. Am Karfreitag findet in den „Neuen Rathauskellern“, Reiningstr. 8, ein Elternabend statt. Anfang 1/6 Uhr abends. Eintritt frei. Die Arbeiterschaft wird besonders ersucht, die freie Elternvereinigung zu unterstützen.

Bichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Nach Erledigung einiger Vorlagen von untergeordneter Bedeutung wurde in der Statberaterung fortgefahren, nachdem die Statkommission mit einigen unwesentlichen Änderungen demselben ihre Zustimmung erteilt hatte. In knapp einer Stunde wurden die einzelnen Positionen des 5-Millionenbaushaltes durchberaten, und nur hier und da machte sich ein größeres Bedenken bemerkbar, wenn z. B. die Aufstellung einer neuen Latrine gewünscht oder Angelegenheiten von ähnlicher Bedeutung zur Sprache kamen. Die Statkommission hatte sich ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, keine Steuererhöhung eintreten zu lassen; der bisherige Einkommensteuerfuß von 110 Prozent bleibt also bestehen. Angeregt wurde die Vergrößerung der verlängerten Wilhelmstraße, um nach Lieberführung der Anhalter Bahn die Einlegung von Straßenbahnlinien ermöglichen zu können. Ferner schweben zurzeit Unterhandlungen mit dem Kreis bezüglich des Ausbaus der Straßenbahnlinie Handelsplatz — Lichterfelde-Süd. Während heute zwischen den beiden Endpunkten ein Zwanzigminuten-Verkehr nur in dem Mittelfeld Bahnhof Botanischer Garten — Zehlendorferstraße ein Zwanzigminuten-Verkehr besteht — ein Zustand der ebenfalls merklich ist — soll baldigt auf der ganzen Strecke der Zwanzigminuten-Verkehr eingerichtet und ebenso auf der Stahndorfer Linie ständig der Zwanzigminuten-Verkehr durchgeführt werden. — Beim Etat der Armenverwaltung wurden 2000 R. eingestellt für Errichtung einer Fürsorgestelle für Lungentranke. Gemeindeverordneter Seidermann forderte 500 R. für Einführung

der Generalvormundschaft. Gemeindefindefitus Dr. Dominio ist durchaus ein Anhänger dieser unter gewissen Voraussetzungen gewiß sehr segensreichen Einrichtung. Mit Recht wies er jedoch darauf hin, daß mit 500 R. nicht viel zu machen sei. Bei den in Bichterfelde vorhandenen 80 Wänden müßte mit einem Betrage von 4000 R. gerechnet werden. Die Hauptsache jedoch sei die Personenfrage. Nur dann, wenn der Berufsvormund mit Leib und Seele dabei sei, könne die Berufsvormundschaft Ersprießliches leisten. Der Gemeindevorstand wird sich mit dieser Frage noch eingehend beschäftigen. — Der Etat wurde hierauf einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde noch eine Änderung der Hundesteuer-Vordnung beschlossen, dahingehend, daß vom 1. April ab die Hundesteuer von 20 auf 30 R. erhöht wird.

Steglich.

In der Generalversammlung des Wahlvereins würdigte zunächst Genosse Heinrich Schulz in einer kurzen markigen Ansprache die Bedeutung des 18. März für das klassenbewußte Proletariat. Die debattelose Aufnahme des Vorstandes- und Bildungsausschusses bewies, daß die Genossen im allgemeinen an der Tätigkeit beider Korporationen nichts anzusetzen hatten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Jachow gewählt, nachdem Genosse Alfermann eine Wiederwahl abgelehnt hatte. Der Posten des zweiten Vorsitzenden blieb zunächst offen. Als Schriftführer wurden die Genossen Stahl und Hähner und als Kassierer die Genossen Spiesgardt und Polenar gewählt. Die Statkommission setzt sich zusammen aus den Genossen Hajel, Paul Schulz und Wolf. Als Revisoren fungieren die Genossen Wleschmidt, Höbe und Leimbach; in den Bildungsausschuss wurden die Genossen Peters, Vied, Seidel und Genossin Schulz gewählt. Die Gemeindevorteilerkommission besteht aus den Genossen Alfermann, Leimbach und Paul Mohr. Die Zeitungsbekleidungskommission bilden die Genossen Wleschmidt, Willy, Schmidt und Röber.

Wannsee.

In der Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Lehnhardt den Bericht von der letzten Kreisgeneralversammlung, welcher Zustimmung fand. Als Mitglied aufgenommen wurde der Wlisenbesitzer R. G. Witt, der bei der letzten Reichstagswahl für die Demokratische Vereinigung kandidierte. Zur bevorstehenden Landtagswahl wurden schon jetzt die Wahlmänner aufgestellt, es soll eine rechte rege Agitation getrieben werden, um auch diesmal wieder einige Wahlmänner für uns zu gewinnen. Eine lebhasse Debatte entpann sich über den am Orte gegründeten Jungdeutschlandverein. Nach Ostern wird über diese Sache eine öffentliche Verammlung einberufen, zu welcher die Eltern der jungen Leute besonders eingeladen werden sollen. Der 1. Mai wird durch eine Abendveranstaltung im „Fürstenthof“ gefeiert, bei welcher Gelegenheit auch auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden soll. Von der letzten Gemeindevertreter-Sitzung konnte kein Bericht gegeben werden, da die Sitzung nicht beschlußfähig war, auch ein Zeichen des Interesses, das die Gewählten den Gemeindeangelegenheiten entgegenbringen. Trotzdem besteht noch eine gewisse Eden, Sozialdemokraten zu wählen, die ganz gewiß das Vertrauen ihrer Wähler besser rechtfertigen würden.

Dabendorf bei Jossen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Groger-Neufölln über das Thema: „Programm und Ziele der Sozialdemokratie“. Sodann teilte Genosse Lau bei Erstattung des Jahresberichts mit, daß der Mitgliedsbestand zurzeit 83 männliche und 7 weibliche beträgt. Der Verammlungsbericht des letzten Jahres ist als ein guter anzusehen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Lau, zum zweiten Kelle, zum Kassierer Reichstein, zum Schriftführer Schumack und als Revisoren wiederum wiedergewählt. Als Revisoren wurden Lehmann, Degen und Schwach gewählt.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertreter-Sitzung. Aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen richtete Genosse Reichardt an den Gemeindevorsteher die Anfrage, ob derselbe bereit sei, beim Minister des Innern vorstellig zu werden, statt der Terminwahl die Fristwahl zu gestatten; sollte es abgelehnt werden, so ersuche er, die Wahlzeit für die Gemeinde Mariendorf so festzusetzen, daß es der arbeitenden Bevölkerung und den Gewerbetreibenden möglich ist, ohne allzu großen Zeitverlust und Ausfall an Arbeitsverdienst sich an der Wahl beteiligen zu können. Der Gemeindevorteiler versprach, nach Möglichkeit dem Wünsche Reichardts Rechnung zu tragen. Die Eingabe an den Minister des Innern müsse er aus dem Grunde ablehnen, weil ein ablehnender Bescheid erst zur Ertragwahl ergangen sei. — Die Gärtnermeister Schwarz und Koad wollen auf ihren Gärtnergrundstücken an der nicht regulierten Priyer Straße Wohnhäuser errichten; diese Wünsche haben die Gemeindevertretung schon zweimal beschäftigt und waren bisher immer abgelehnt worden. Nach einer sehr ausgedehnten Debatte, an welcher sich fast sämtliche Gemeindevorteiler beteiligten, wurde das Gesuch ausnahmsweise genehmigt; unsere Genossen stimmten aus Prinzip dagegen, nachdem Genosse Reichardt vorher die Gründe dafür angegeben hatte. — Die Vergebung der Tonrohrlieferungen für 1913 und 1914 erfolgte an die Firma Schwandorf, welche das günstigste Angebot gemacht hatte. — Zur Beschaffung von Lehrmitteln für das Lyzeum wurden 21 100 R. und für den gleichen Zweck für die III. Gemeindefchule 8800 R. gefordert. Auf eine Anfrage des Gemeindevorteilers Koad teilte der Vorsteher mit, daß das Lyzeum mit ca. 250 Schülerinnen eröffnet wird. — Es folgte noch eine geheime Sitzung.

Vorjigwalde.

Ein schweres Brandunglück hat sich vorgestern in dem Hause Schubartstraße 2 zugetragen. Die dort wohnende Arbeiterfrau Guthier verlor, um zum Lebensunterhalte beizutragen, eine Aufwartestelle und mußte inzwischen ihren einjährigen Knaben allein zu Hause zurücklassen. Sie stellte den Korb, in dem das Kind lag, neben die Kochmaschine in der Küche. Auf einem Ringhänder auf dem Herde hing ein Lappen, der Feuer fing. Ein Stiel des brennenden Stoffes fiel auf den Korb, und die Betten gerieten ebenfalls in Brand. Hausbewohner nahmen den Brandgeruch wahr und benachrichtigten Frau Guthier. Als die Mutter die Wohnung betrat, fand sie diese vollständig verqualmt und den Knaben mit schweren Brandwunden bestimmungslos vor. Der Kleine wurde in bedenklichen Zustand nach dem Sinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße geschafft.

Eingegangene Druckschriften.

- Kriegsbauer oder Kriegsanleihe von G. Diebel. Geh. 1,00 R.
J. E. B. Rober, Lötzingen.
Die Tarifverträge im Essener und Dortmunderbergwerk.
142 S. Selbstverlag des Verbandes. Berlin, Schöndr. 10b.
Kettenbäuer, Nr. 1. Zähler, Goethe und die Ketten von G. Holzhauber. — 2. Briefe eines christlichen Mannes bei einem widerwilligen Aufenthalt in Beirut. — 3. Kunst und Kirche von G. v. Holzhauber. — 4. Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen von J. Kant. — Parisfal und der Graf von S. Götter. — 5. Berlin von G. Eptro. — 7. Der Hof der Königin Luise von G. v. Petersdorff. — 8. Der Tölk der Lady Brandel von R. Arminius. — 9. Das Wunder von Oberpurgelsheim von G. Hirschfeld. — 10. Der Genant von Maurice de Guerin. — 11. Ein Ring. Novelle von G. v. d. Gabelenk. — 12. Die Hochzeitsnacht u. a. Novellen von G. Selus. Eingeb. 10 Bl. Ketten-Verlag, Leipzig.
Alberine. Roman von R. Kroh. 182 S. J. Neffner, Hamburg.
Die herbenen Turtel von Pierre Loti. 2 B., geb. 3 R. J. Lohmann, Berlin W. 50.
Im Ring des Offers von G. Schell. 3 B., geb. 4 R. 2. Standmann, Leipzig.
Handwörterbuch zum Krankenversicherungsrecht von R. Kundt. 177 S. nebst Anhang. Deutsche Krankenlosen-Zeitung, Berlin O. 54.



# Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Kaufen Sie von Kavaliereu getragene Jackett-anzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Sonntags geöffnet.  
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

## M. Schulmeister

Berlin SO 26, Dresdener Str. 4  
Hochbahn-Station Kottbuser Tor



### „Cutaway“ die grosse Model

„Cutaway“ mit Weste  
38<sup>50</sup> 42<sup>00</sup> 46<sup>00</sup> 48<sup>00</sup>  
52<sup>00</sup> 56<sup>00</sup> 60<sup>00</sup> Mark

Dazu passende Beinkleider  
8<sup>50</sup> 10<sup>00</sup> 12<sup>50</sup> 14<sup>00</sup>  
16<sup>00</sup> 18<sup>00</sup> 20<sup>00</sup> Mark

Jackett und Weste  
in 24 Grössen am Lager  
26<sup>00</sup> 28<sup>00</sup> 32<sup>50</sup> 36<sup>00</sup>  
38<sup>00</sup> 42<sup>00</sup> 46<sup>00</sup> 52<sup>00</sup> M

Verlangen Sie bitte  
die neueste Modenbeschreibung  
„Der gute Geschmack“  
porto- u. kostenfrei

# MÖBEL

Wir bieten soliden Leuten Gelegenheit zur leichten Anschaffung von einzelnen Stücken und ganzen Einrichtungen, speziell für Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Mäßige Anzahlung, kleine monatliche Raten. Unsere Preise sind an jedem Stück deutlich vermerkt und bei weitem niedriger als sonst bei Teilzahlungskäufen üblich. Diskrete Lieferung, keine Einkassierer. Durch Lieferung nur dauerhafter Möbel, kulantes Entgegenkommen bei Zahlungsstockungen und durch Weiterempfehlung seitens unserer Kundschaft ist unser Geschäft in fünfzehnjährigem Bestehen von Jahr zu Jahr gewachsen. Jeder Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

## Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6 Laden, I. und II. Etage,  
dicht an der Potsdamer Straße.  
Mitglied des Vereins Berliner Möbel-Industrieller

Sonntags geöffnet

### Zahnpraxis B. Wieser,

Wilmsdorfer Str. 60-61. Nähe Kantstraße.  
Sprechstunden 8-1. 3-7, Sonntags 9-1 Uhr. Nach vorheriger  
Anmeldung auch abends von 7-9 Uhr. Telefon: Wilhelm 89.

Kostenloses Zahnziehen.

Zahnersatz ohne Gaumenplatte, Plomben, Stützähne, Goldkronen.  
Reparaturen sofort. Mäßige Preise.  
Kulante Zahlungsbedingungen.

### HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 36.

### Max Flatauer

Berlin S., Prinzenstr. 90  
zwischen Moritzplatz und Ritterstraße  
(früher 23 Jahre Oranienstr. 152  
am Moritzplatz).

Sämtl. Neuheiten der Saison sind  
in reichhaltiger Auswahl am Lager.

Anzüge streng moderne Fassons  
1 u. 2reihig 18  
M. 54, 48, 42, 36, 30, 25, 21,

Ulster u. Paletots das Neueste  
vom Neuen 18  
M. 52, 46, 42, 38, 35, 30, 25, 21,

Beinkleider i. den modernsten  
Streifen M. 18, 15,  
12, 10, 50, 9, 7, 50, 6, 4, 50, 3, 50, 2, 50

Anfertigung nach Maß unter Garantie.

Verleihinstitut  
für Frack u. Gesellschafts-Anzüge.

1 großer Posten Burschen-Anzüge Größe  
zurückgesetzter 40-44  
bedeutend unter Selbstkostenpreis.



### Möbel

Ganze Wohnungseinrichtungen,  
Zimmer- und Küchen-Einrich-  
tungen, sowie jedes Stück ein-  
zeln zu den billigsten Preisen  
in guter, gedieg. Arbeit empfiehlt  
Wilh. Lambrecht,  
Berlin SW., Simeonstr. 19.

Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

### Carl Dittmann

Größtes Spezialgeschäft für Wild, Geflügel, Fische  
Neukölln, Berliner Str. 42  
gegenüber dem königl. Amtsgericht  
Fernsprecher Neukölln No. 490

## Zum Karfreitag und Osterfest:

Große Zufuhr  
lebendfrischer Seefische:  
Schellfisch . . . . . Pfd. 0.40  
an billigsten Preisen  
Kabliau, 1-4 Pfd. 0.40  
Kabliau im Anschnitt  
Pfd. 0.35-0.40

Lebende Fische  
Lebende Hechte . . . . . Pfd. 1.20-1.40  
Lebende Karpfen . . . . . Pfd. 1.00-1.20  
Lebende Aale . . . . . Pfd. 1.30-1.40  
Lebende große Plötzen Pfd. 0.70-0.80  
Schleie . . . . . Pfd. 1.40-1.60

Große Ziegenlämmer Stck. 3<sup>50</sup> an  
Junge Enten - Junge Tauben - Junge Gänse  
Prima Paten  
Große junge Kapaunen à Stück von 4.00 Mark an

Große fette Suppenhühner  
Stück 2.75 und 3.00 Mark

### Kredit eventl. ohne Anzahlung

erhalten Sie im  
Möbel- u. Waren-Kredithaus  
H. Lövisohn, Charlottenburg

132<sup>1</sup> Wilmsdorfer Strasse 132<sup>1</sup>

Ganze Wohnungs-Einrichtungen  
sowie einzelne Möbel-Ersatzstücke

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe  
auf bequemste Teilzahlung

Bei Bareinkäufen billigste Preise.  
Vorzeiger dieses erhält beim Einkauf 2 M. Rabatt

Wochenrate 1 Mark

Schleuder-Dähne  
Zigarren-Zigaretten-Engros.  
Private erhalten Engrospreise!  
Berlin S., Kottbuserdamm 23.

Heines Werke  
3 Bände 4 Bände  
Buchhandlung Vorwärts

Zöpfe und Perücken  
Gegr. 1898  
Haargeschäft  
Neukölln, Erkstr. 3

## Braulteute Möbelkaufhaus M. Goldstaub

Ecke Gneisenastr. 38 Zossener Str. 38 Parterre u. I. Etage.  
An jedem Stück ist der Preis deutlich vermerkt. Uebervorteilung daher gänzl. ausgeschlossen.  
Langjährige Garantie für Haltbarkeit der Möbel. - Bei Krankheit und Arbeitslosigkeit größte Rücksicht.  
Auch Sonntags geöffnet.

welche sich ein freundliches Heim  
gründen wollen, und Vermieter, die ihre  
Zimmer gut zu vermieten beabsichtigen,  
aber nicht in der Lage sind, gleich zahlen zu  
können, werden nirgends vorteilhafter,  
günstiger u. reeller kauen wie im

### MÖBEL auf KREDIT

Grösste Auswahl  
Anzahlungen auf Stube und Küche  
M. 20 30 40 60

Moderne  
Schlaf-, Speise-, Wohnzimmer  
BUNTE KÜCHEN

### Kredithaus

zum  
Rollkrug

Hermann-  
str. 257 Neukölln Berliner  
Str. 1

### GARDEROBE

für  
Herren und Damen  
modern und schloß zu streng soliden Preisen  
von 5 Mark Anzahlung an.

Reichhaltiges  
Lager in  
TEPPICHEN  
PORTIEREN und GARDINEN